

1-2/95



Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

4-2026

Spendenempfehlung: 4,00 €

Kuba: Chronik der Konterrevolution

Redaktionsnotiz.....	3
Statt eines Vorwortes.....	4
<i>Redaktion offen-siv: Welchen Zusammenhang haben Ware, Geld und Kapital und was der Sozialismus/Kommunismus? (Juli 2026)</i>	
Grundsätzliches: Sozialismus/Kommunismus, was ist das?.....	5
<i>Herman Jacobs: Über politökonomische Weichenstellungen beim Aufbau des Sozialismus. (2010).....</i>	
<i>Hermann Jacobs: Präludium–gegen „Marktsozialismus“! Eine Initiative der Kommunistischen Initiative und der KPD (2016).....</i>	

<i>Lampros Stavropoulos: Harte Kritik der KKE an der KP Kubas</i> (Dezember 2016).....	12
(Unvollständige) Chronik der marktwirtschaftlichen Reformen in Cuba, aufgezeichnet von uns seit 2010.....	16
<i>Raúl Castro Ruz: "52. Jahr der Revolution". Text der Rede vor der</i> <i>Nationalversammlung der Poder Popular (Volksmacht) am 1. Au-</i> <i>gust 2010.....</i>	18
<i>Prof. J. Petras: Das „Trojanische Pferd im Anmarsch“ - Zur neuen</i> <i>Strategie der USA gegen Cuba (Juni 2015).....</i>	37
<i>Frank Flegel: Analyse der Wirtschaftsreformen des sozialistischen</i> <i>Kuba (2020).....</i>	39
<i>Redaktion offen-siv: Weitere Stärkung des privaten Wirtschaftssek-</i> <i>tors in Kuba (2021).....</i>	67
<i>Frank Flegel: Kuba – besorgniserregende, aber auch vorhersehbare</i> <i>Entwicklungen (Juli 2023).....</i>	71
<i>Frank Flegel: Kuba in großer Gefahr (März 2024).....</i>	77
<i>Tim Schoenmakers: Die kubanische Bourgeoisie erhebt ihr Haupt –</i> <i>Auswertung einer Reise (Mai 2024).....</i>	88
<i>Redaktion offen-siv: Das Gaesa-Konsortium.....</i>	94
<i>Redaktion offen-siv: 18. Juni 2026 – Kuba verlässt endgültig den</i> <i>sozialistischen Weg und kehrt zum Kapitalismus zurück.....</i>	96

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: foffensiv@aol.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Wir haben immer wieder über Kuba berichtet, haben den Umbau der kubanischen Ökonomie Richtung „Marktwirtschaft“, was ja nichts anderes ist als Kapitalismus, seit mehr als 15 Jahren analysiert und problematisiert.

Aus aktuellem Anlass, nämlich dem jetzt erfolgten vollständigen Übergang Kubas zum Kapitalismus, haben wir diese Arbeiten zusammengetragen, um den fortschreitenden Prozess der Erosion des Sozialismus im Überblick greifbar zu machen. Der Beginn der privatwirtschaftlichen Reformen Kubas lag in der Zeit der „periodo especial“. Damals öffnete sich Kuba für ausländische Investitionen, um den Verlust der Unterstützung durch die RGW-Staaten auszugleichen. An der Wende von den 1990er zu den 2000er Jahren war die Restauration des Kapitals bereits im Gange. Damals haben wir leider nicht alle Quellen dazu gesammelt. Dies taten wir erst ab 2008, denn zu diesem Zeitpunkt war uns klar, dass es sinnvoll sein könnte, diesen konterrevolutionären Prozess zu dokumentieren und zu analysieren. So sind in der Zwischenzeit auch zwei Sonderhefte zu dieser Problematik entstanden. Nun ist der Prozess abgeschlossen, die Konterrevolution vollendet. In diesem Heft fassen wir den Gesamtprozess zusammen.

Wir stellten einmal mehr fest, dass man bei einer solchen Arbeit an den grundsätzlichen Fragen der Ökonomie des Sozialismus/Kommunismus, also der Planwirtschaft, des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, der Aufhebung des Wertgesetzes nicht vorbeikommt. Deshalb haben wir einleitend zwei grundsätzliche Reflexionen über sozialistische Ökonomie von Hermann Jacobs und eine Arbeit der griechischen Genossinnen und Genossen von der KKE über Kuba ins Heft aufgenommen.

Wir wollen mit diesem Heft die Zusammenhänge aufdecken und gleichzeitig zeigen, dass der Marxismus-Leninismus mit seinen Bestandteilen, dem dialektischen und historischen Materialismus, der ökonomische Analyse des Kapitalismus, mit Lenins Imperialismusanalyse und den Schlussfolgerungen für eine den Kapitalismus überwindende Ökonomie in der Lage ist, die Logik historischer ökonomischer Prozesse zu erfassen. Deshalb kann der Marxismus-Leninismus künftige Entwicklungen absehen und uns so das Rüstzeug an die Hand geben, das Richtige zu tun und das Falsche zu lassen.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Statt eines Vorwortes

Redaktion offen-siv: Welchen Zusammenhang haben Ware, Geld und Kapital und was ist der Sozialismus/Kommunismus? (Juli 2026)

Die Ware hat Gebrauchswert und Wert. Wie der Name „Gebrauchswert“ schon sagt, bezieht sich dieser auf den Nutzen, den die Ware als Gegenstand für den Menschen hat. Der Wert hingegen drückt die in der Ware enthaltene Arbeit aus und zwar die durchschnittlich gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Produktion dieser Ware. Die Ware ist also ein Arbeitsprodukt, allerdings ein sehr spezielles: An sich selbst Gebrauchswert, kann sie ihren Wert nur im Verhältnis zu anderen Waren ausdrücken. Indem Waren ihre Werte in einer bestimmten anderen Ware, die sich als Wertmaß gut eignet, also z.B. Silber, Gold oder ähnliches, ausdrücken, wird diese spezielle Ware zum Wertmaß, also zum Geld. So entsteht aus der Ware das Geld und die Warenzirkulation. Die Warenzirkulation, also Kauf und Verkauf der Waren, erzeugt an verschiedenen Stellen Geldvermögen. Ist ein solches Geldvermögen ausreichend angewachsen, kann es Rohstoffe und Werkzeuge einkaufen sowie Arbeitskräfte auf Zeit chartern. Nun fungiert das Geld als Kapital. Da die Arbeitskräfte bei ausreichender Produktivität und Intensität der Arbeit, die beide heute gegeben sind, mehr Produkte herstellen können, als sie selbst pro Tag verbrauchen, also größere Werte produzieren als sie selbst kosten, entsteht der Gewinn, den der Besitzer des Betriebes bekommt, denn er hat ja alle Komponenten der Produktion bezahlt. Das Produkt ist also sein legales Eigentum, der Erlös aus dem Verkauf der Produkte gehört ihm. Der Produktionsmittelbesitzer wird so zum Profit einstreichenden Kapitalisten, der Produzent so zum Lohnarbeiter. Mit den erzielten Gewinnen kann der Kapitalist seinen Betrieb vergrößern, indem er einen Teil der Gewinne zusätzlich investiert, also mehr

Maschinerie anschafft und weitere Arbeitskräfte engagiert. Nun sind wir bei der Akkumulation des Kapitals angekommen. Das Kapital wächst, der Kapitalist wird reicher.

Also: Aus der Ware folgt das Geld, aus der Warenwirtschaft, die zur Ausbeutung der Arbeitskraft führt, folgt der Gewinn, der zur Akkumulation von Kapital führt. Was sagt uns das über den Sozialismus/Kommunismus?

Der Sozialismus muss die Warenproduktion so schnell wie möglich überwinden, muss zur reinen Gebrauchswertproduktion werden, um die Ökonomie ohne Wertgesetz und Selbstverwertung des Wertes durchführen zu können, also zum Kommunismus zu gelangen. Gelingt ihm das nicht, gilt also noch längere Zeit das Wertgesetz im Sozialismus, dann besteht die Gefahr der Restauration des Kapitalismus.

Letzteres haben wir zu Genüge erlebt.

Grundsätzliches: Sozialismus/Kommunismus, was ist das?

***Herman Jacobs: Über politökonomische Weichenstellungen beim Aufbau des Sozialismus. (2010)*¹**

Thesen über den Sozialismus von der KKE

Ja, es sollte wohl mehr aus dieser Reaktion der DKP-Berlin auf ein Grundsatzdokument der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) werden, denn die DKP-Berlin hatte in einem Vorwort zu diesem Dokument (wir werden gleich sagen, welches) noch geschrieben, es „lege Vorstellungen vor, aus denen Schlüsse für eine künftige Orientierung gezogen werden“ können, es „setze auch neue Akzente“, „unterziehe politökonomischen Weichenstellun-

¹ Überschrift von der Redaktion offen-siv. In der offen-siv erstmals veröffentlicht im Jahr 2010. Wir bitten, den Artikelbeginn nicht falsch zu verstehen: Es geht uns hier nicht um die DKP und deren Positionen, sondern um die Grundsätze einer sozialistischen Ökonomie.

gen beim Aufbau des Sozialismus einer gründlichen Kritik“, aus der „eine Orientierung auf eine kommunistische Planwirtschaft abgeleitet werde“, die „eine klare Absage an jegliche Form eines ‚Marktsozialismus‘ enthält“. Und abschließend hieß es: „Wir sind davon überzeugt, dass der hier vorgelegte Beitrag unserer Bruderpartei auch der Diskussion innerhalb der DKP neue Impulse verleihen wird.“ Gezeichnet: Sekretariat des Landesvorstandes der DKP Berlin.

Und was ist nun seitdem geschehen? Nun, nichts ist geschehen, keine Hoffnung hat sich erfüllt. Die KKE erntete – Schweigen ... Verschweigen? Ist denn ein so großes Problem mit den Auffassungen der KKE verbunden? Sagen wir es rundheraus: Für manche „Ja“.

Die KKE hat ein Dokument veröffentlicht, das an eine Position anknüpft, die vor 60 Jahren noch in der kommunistischen Orientierung der gesellschaftlichen Geschichte der Menschen gang und gäbe war, Anerkennung fand, eine Position bestimmte; die aber ab dann mehr und mehr aus den Debatten verschwand, kaum noch markiert wurde und schließlich in einer anderen Position „aufgehoben“ wurde: Ich meine die Frage einer Warenproduktion im Sozialismus, der ersten Phase des Kommunismus, ob es bereits in dieser ersten Phase zu einer Aufhebung der Warenproduktion kommen soll und wie es dazu in der Praxis der Sowjetunion gekommen ist, - und wie es in der Geschichte des sozialistischen Aufbaus weiter gehen würde: Weiter in Richtung Kommunismus, weiter in der Frage eben der Aufhebung der bürgerlichen Form der Produktion – oder nicht?

Ich betone: Dies war die *erste theoretische wie praktische Position*, die sich die den Kommunismus aufbauende Gesellschaft verschaffte. Sie galt ab Marx, sie galt bei Lenin, in einer erst politisch sein könnenden Periode des Sozialismus, und sie galt auch beim Übergang zum ökonomischen Aufbau der ersten sozialistischen Gesellschaft der Welt, sie galt bei Stalin, d.h. sie galt bis zum Jahr 1953. Sie galt bis Lenin theoretisch, ab Stalin praktisch.

Aber die Revision dieser Position, die dann ab 1954 einsetzte, bestand aus der These, dass es umgekehrt im Sozialismus noch einmal zu einer Entwicklung der Warenproduktion kommen solle/müsse, der Sozialismus selbst eine spezifische/besondere Form - dritte Form hieß es zuletzt - der Warenproduktion wäre. Und es hieß auch, bezogen auf die frühere, erste Position (Marx, Lenin,

Stalin), die für den Aufbau des Sozialismus gefunden war, dass diese erste Position eine „dogmatische Position“ gewesen sei, die dem Sozialismus nicht dienlich gewesen sei, ihn sogar gehemmt habe (Chruschtschow, Kossygin, Gorbatschow). Wer der Autor dieses Dogmatismus wäre, wurde auch gesagt: Stalin.

In der Tat setzt nach Stalins Tod eine Wende in der Sowjetunion und auch in den Diskussionen der kommunistischen Weltbewegung in der Frage des Verhältnisses zur bürgerlichen Ökonomie am Beginn des Aufbaus des Sozialismus ein: Warenproduktion - Nein oder Ja? Stalin also Nein, die Abkehr von ihm hieß Ja. Sagen wir so: Erst Nein, allmählich immer mehr Ja, und schließlich ein Ja in aller Konsequenz - bis zur Katastrophe.

Und im Jahr 2008 kehrt die KKE zum Nein zurück. Die KKE kehrt zu diesem Nein zurück unter der Bedingung, dass sich die kommunistische Weltbewegung im allgemeinen die allmählich – ausgehend von der Sowjetunion und der KPdSU, aber auch von weiteren Ländern und KP'en des Sozialismus – um sich greifende „neue Position“ einer Bejahung der Warenproduktion zu eigen gemacht hat. Und sogar ziemlich weitgehend, weitgehender noch als die KPdSU selbst im Laufe ihrer geschichtlichen Praxis. Der Sowjetunion wird (heute) zur Last gelegt, dass sie gerade wegen so „mancher Inkonsistenz“ in der Frage der Einführung der Marktwirtschaft letztlich einen Grund dafür gelegt habe, dass sie und der Sozialismus (mindestens in Europa) sich zunächst aus der Geschichte verabschieden musste. „Mit Warenproduktion und Wertgesetz“ wäre der Sozialismus effektiver gewesen, und eben nicht „zusammengebrochen“, lautet der aktuelle Glaubenssatz.

Die KKE setzt dagegen, dass es genau umgekehrt gewesen ist.

Und die DKP-Berlin scheint sich dieser Position, jedenfalls in einer ersten Reaktion, angeschlossen zu haben: Siehe ihre positive Erwähnung der „klaren Ablehnung einer jeglichen Form des ‚Marktsozialismus‘“ durch die KKE. Wie soll man denn „jegliche Form“ anders auffassen als allgemein, d.h. alle Experimente meinent, die im Sozialismus in dieser Hinsicht gestartet worden sind (ich nenne nur Kossygin-Reform, NÖS der DDR, Ungarische marktwirtschaftliche Reform; den „Prager Frühling“ (ausgerechnet Frühling!!).

Man kann unschwer verstehen, warum das Thema schließlich doch gemieden wird: Eine positive Aufnahme der *griechischen Position* würde einem Bruch

mit jenen revisionistischen Auffassungen gleichkommen, die sich in den letzten sechs Jahrzehnten des Kommunismus im Allgemeinen bemächtigt haben, sie würde eine Neubestimmung der kommunistischen Position bedeuten, quasi nach dem Nein (zur Warenproduktion im Sozialismus), dann dem (revisionistischen) Ja nun wieder ein Nein und damit wäre die Lehre aus der Geschichte der ökonomischen Entwicklung der bisherigen sozialistischen Praxis gezogen. Der Kommunismus hätte einen überflüssigen Kreislauf beendet.

Ich will es klar und deutlich sagen, was zur Debatte steht: Die Stalinsche Position (ich will sie mal so nennen) steht in Kontinuität zu den Auffassungen von Marx und Engels, was aber danach kam, ab sagen wir 1954, war ein Bruch mit dieser Kontinuität; der Kommunismus *brach* mit der Kontinuität und *schien eine neue zu begründen*. Da dieser Neubeginn von der KPdSU ausging, besaß er auch die Autorität einer erfolgreichen Partei.

Und um die Tragweite dieser Entscheidung anzudeuten, sei angefügt: Es war dann auch unvermeidlich, dass sich mit einer Veränderung der Kommunisten im Sozialismus zur Frage der Warenproduktion auch das Verhältnis der Kommunisten im Kapitalismus zur bürgerlichen Ökonomie änderte. Warum soll man, ja, kann man denn noch die bürgerliche Ökonomie in ihrer Grundlage der Kritik aussetzen, wenn der Sozialismus sie zu neuem Leben erwecken will, wenn sie damit auch (zumindest zum Teil) eine ... kommunistische, na, mindestens eine „sozialistische“ Ökonomie sei?

Die Erklärung der KKE schafft nun natürlich eine neue Lage für die kommunistische Bewegung in ihrer Gesamtheit. Sie stellt die alte Lage wieder her. Es geht um einen *Bruch mit dem Bruch!*

Es ist also zu sagen: Indem wir mit dem Bruch brechen, vollziehen wir nichts anderes als die Rückkehr an den Ursprung des wissenschaftlichen Kommunismus, d.h. die Rückkehr zur theoretischen Orientierung durch Marx und Engels und zu den ersten Erfahrungen und Lehren der Sowjetunion und der KPdSU. Von da ausgehend können wir den Faden der Erkenntnis von neuem knüpfen.

Damit würde die Zeit, in der sich die kommunistische Weltbewegung von dieser ersten Erkenntnis löste, in eine bloße Zwischenperiode der revisionistischen Abweichung umqualifiziert werden, und die heutige wie zukünftige kommunistische Bewegung müsste sich in der Frage eben dieser Warenproduktion theoretisch wie praktisch vertieft, geläutert (belehrt) *noch einmal kon-*

stituieren. Sie würde theoretisch wieder das werden, was sie einst war: Eine kommunistische Bewegung entgegen der Warenproduktion. Oder historisch direkter: Ein Sozialismus/Kommunismus wirklich entgegen dem Kapitalismus.

Hermann Jacobs, Berlin

Hermann Jacobs: Präludium–gegen „Marktsozialismus“! Eine Initiative der Kommunistischen Initiative und der KPD (2016)

Sicherlich unbemerkt vom allgemeinen politischen Getriebe veröffentlichte die Zeitschrift „offen-siv“ in ihrer Ausgabe vom Mai/Juni 2016 eine Erklärung der „Kommunistischen Initiative Deutschland“ über den Beginn einer „engen Zusammenarbeit mit der KPD“; es werden Punkte aufgeführt, worin Übereinstimmung zwischen diesen beiden Organisationen besteht resp. entsteht. Genannt ist auch dieser Punkt: „...*die Ablehnung des so genannten 'Marktsozialismus'*“.

Die Frage einer Marktwirtschaft im Sozialismus, ob sie einer Planwirtschaft des Sozialismus gegenüber zu stellen wäre, ist die umkämpfte Frage in der inneren Geschichte der bisherigen sozialistischen Staaten geworden – sie hat den realen Sozialismus, der einer mit Planwirtschaft war, überdauert. Sie könnte die umkämpfte theoretische Frage bei jedem erneuten Versuch, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, bleiben.

Was ist „Markt“, was „Sozialismus“, was soll die Verbindung von Beidem sein: „Marktsozialismus“? Was meint „für den Marktsozialismus sein“? Ich denke da an Liebermanns Ideen von einer (wieder) neuen – oder auch alten – Rolle des Gewinns in der betrieblichen Ökonomie oder an die Kossygin-Reformen in der UdSSR oder an die Dubcek- resp. Ota-Sik-Reformen in der CSSR oder das NÖS der DDR. Aber man hat auch zu denken an die „Selbstverwaltungs-Ökonomie“ Jugoslawiens, an das heutige „System“ in China, also die Deng-Reformen von 1978, wie schließlich an die „Reformen“, die in der letzten Periode der Sowjetunion, also unter M.S. Gorbatschow zwar ins Gespräch gebracht, aber nie in die Tat umgesetzt wurden, somit wohl nur dazu dienen sollten, den Abschied vom Sozialismus zu kaschieren.

Es ist eine sehr breite Palette, die sich da dem kritischen Geist anbietet. Was setzt man dagegen als das Eigentliche des Sozialismus? Man muss schließlich auch eine entwickelte Vorstellung dessen anbieten, was beim Sozialismus von der Sache her das Richtige ist, gewesen ist und noch immer ist – denn wir wollen nicht übersehen, dass alle der genannten Reformen sich gegen das richteten, was real zur Existenz gelangte: den planwirtschaftlichen Sozialismus, wie er *begonnen* wurde, zunächst in den theoretischen Prämissen von Marx und Engels, dann auch von Lenin – denn diese Planwirtschaft begann bekanntlich mit dem GOELRO-Plan, dem Plan der Elektrifizierung der Sowjetunion als der Grundlage für eine entwickelte Wirtschaft – 1920 begonnen, 1931 im wesentlichen vollendet.

Selbst als Lenin dann für die Wirtschaftspolitik die Neue Ökonomische Politik vorschlug, bleiben weiterhin 120 der großen/größten Betriebe einer staatlichen, also gesellschaftlichen Regulierung unterworfen, blieb also das erste Element der sowjetischen ökonomischen Geschichte, Planung, erhalten. Die NÖP war/wurde dann zwar wesentlich, aber nicht die Planung von Produktion dadurch unwesentlich; wir haben von zwei ökonomischen Elementen in der Zeit der NÖP (ab 1921 bis 1929) in der UdSSR zu sprechen.

Erst der Begriff der Fünf-Jahr-Planperiode brachte eine Konzentration wieder auf das nur eine Element – die allgemeine Planwirtschaft des Sozialismus, in der Form, wie sie zum entwickelten Kommunismus überleitet, überleiten sollte. Stalin setzt also schon, wenn man so sagen darf, in einer mittleren Periode der Entwicklung einer sozialistischen Ökonomie an. Unter seiner Leitung wird nur ein System vervollkommenet, was zuvor schon ein Element war. Ab der Periode der Fünf-Jahr-Pläne kann man in Bezug auf die Planwirtschaft schon von einem System sprechen – wichtig, sich auch des *System-Charakters einer Planwirtschaft* in einer Übergangsperiode zum entwickelten Kommunismus bewusst zu werden. Es war Planwirtschaft, was sich in den Dreißiger Jahren in der Sowjetunion entfaltete, allerdings noch *mit* den Formen Preis und Geld, jedoch von *eigenem* Mechanismus!

Wenn wir mal versuchen, alle oben genannten Reformen unter einen Begriff, unter eine Absicht zu bringen, dann geht es immer um die so genannte Selbsterwirtschaftung wie auch (darauf beruhend) Selbstverwaltung der so genannten finanziellen Mittel, die Betriebe (!) beim „Verkauf“ ihrer „Waren“ an „andere“ erzielen. Die „Betriebe“ sollen/wollen „ihr Geld“ behalten. Und selber

damit „arbeiten“.² Und an wessen Stelle? An Stelle „des Staates“, der nicht länger eine zentrale ökonomische Institution sein sollte.

Die Kritik am Staat (der „sich Rechte anmaßt“) ergänzt die Kritik an der Preisgestaltung, am neuen ökonomischen Subjekt (Planung statt Wertgesetz). Marktsozialismus ist Staatskritik des Sozialismus, denn keine Kritik an der planwirtschaftlichen Ökonomie des Sozialismus kommt ohne Kritik am staatlichen Sozialismus, an den neuen herrschenden Subjekten, aus.

Was wird kritisiert? Dieses: Die Betriebe verfügen nicht selbst über das Geld, das sie einnehmen (aus den Verkäufen), sondern die Verfügung wird an eine zentrale gesellschaftliche Behörde/Institution weitergeleitet, und erst auf dieser „Ebene“ wird das Geld wieder an die Betriebe - im Verhältnis zu den Planaufträgen (!) - umgeleitet, um jetzt von den Betrieben ausgegeben werden zu können – für Käufe.

Vom Verhältnis her ist das eine Versorgung der Produzenten mit Geld für den *Verbrauch*. Es ist eine Bestimmung der Produktion durch die Konsumtion, nicht umgekehrt eine der Konsumtion durch die Produktion, wie es das Verhältnis in der Warenökonomie - oder eben „Marktwirtschaft“ - ist. Die Geldfondsausstattung der Betriebe ist eine Form der Aneignung, die von *Gebrauchswerten* ausgeht! Also eine *kommunistische Form*. Dem Geld im Sozialismus - der ersten Form des Kommunismus - kommt die Rolle zu, zu diesem neuen Regulierungsverhältnis des Kommunismus überzuleiten. Geld im Sozialismus ist nicht mehr in einem Verhältnis zur Warenökonomie, sondern in einem Verhältnis zur Gebrauchswertökonomie zu erklären.

In der Kritik an diesem System, d.h. am realen Sozialismus resp. an einem durch Planung geleiteten Sozialismus wird dieser Grund, d.h. wird überhaupt ein Grund für diese Wende im ökonomischen System verschwiegen.

Es ging normaler Weise so: „Den Betreibern wird etwas genommen“, Punkt. „Die Betriebe, die Arbeiter dieser Betriebe, sind nicht Eigentümer der Betriebe-

² Stalins vorbeugender Gedanke von der „volkswirtschaftlichen oder Gesamtrentabilität“ einer Wirtschaft, der einen Durchbruch durch das bisherige betriebswirtschaftlich orientierte Denken bedeutet, fand da keine Gnade mehr. Selbst Otto Reinhold, Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, sprach von „stalinschen Dogmen“.

be, der Produktion“. Wieder Punkt. „Der Staat ist es“, ein – „fremdes Organ“. Ausrufezeichen.

Wie eignet man Gebrauchswerte unmittelbar an? Nach dem Bedürfnis. Wann mehr, wann weniger? Wenn das Bedürfnis größer oder kleiner wird. Die Produktion hat sich nach dem Bedürfnis zu richten. Sie akkumuliert nicht an sich, sondern den Bedürfnissen entsprechend, also proportional den Schwankungen dieser. Die produzierte Menge an Gütern dagegen meldet – anders als eine produzierte Menge von Waren – kein eigenes Bedürfnis an außer dem, von den Bedürfnissen der Menschen selbst geleitet zu werden (und nicht, diese mittels Werbung zu bestimmen, damit die „Verwertung“ klappt). Die Produktion – steht zur Verfügung. Weiter nichts. Sie sichert/hat zu sichern: Bedürfnisse. Und: Ist denn das schlecht, gar falsch?

Das soll mal erst einer beweisen.

Lampros Stavropoulos: Harte Kritik der KKE an der KP Kubas (Dezember 2016)

Was bedeutet der Tod von Fidel Castro für die Zukunft des sozialistischen Kubas? Wohin führen die „Öffnungen“, die in den letzten Jahren unternommen werden?

Das Studium der Entwicklungen in diesem Land anhand der Ausarbeitungen der Positionen und Entscheidungen der KP Kubas hat Perissos (dort befindet sich der Sitz der KKE; d.Red.) zu der Auffassung geführt, dass „die Maßnahmen, die Kuba ergreift, um unter den schwierigen Bedingungen der imperialistischen Einkreisung zu überleben, die sozialistische wirtschaftliche Basis abbauen und zu einer Verschlechterung der Lage der volkstümlichen Mehrheit in Kuba führen werden, während die Arbeiter- und Volksbewegung entwaffnet sein wird, da die KP ihren revolutionären Charakter und ihre Rolle verloren haben wird.“

Die Fehler der kubanischen „Genossen“

Die KKE schlägt bei den kubanischen „Genossen“ schon seit Jahren Alarm wegen der möglichen katastrophalen Folgen der angestrebten Veränderungen für die Volksmacht in Kuba selbst und wirft ihnen falsche Entscheidungen und Illusionen vor. „Die Veränderungen, die an der wirtschaftlichen Basis

Kubas vorgenommen werden, haben bereits (siehe die Illusionen der KP Kubas bezüglich Obama) und werden in Zukunft unweigerlich auch große Auswirkungen auf den politischen Überbau des Landes haben“, heißt es in einem „vertraulichen Vermerk“ des Politbüros des Zentralkomitees der KKE, das 2011 im Vorfeld des 6. Parteitags der KP Kubas parteiintern in Umlauf gebracht wurde.

Ein Text, der bis heute sein volles Interesse behält, da der 7. Parteitag der Partei, der erst im vergangenen April stattfand, das wirtschaftliche und soziale Modell des Sozialismus in Kuba aktualisierte. Umso mehr, als seitdem spektakuläre Schritte in der Annäherung an die USA unternommen wurden, die im Besuch von Barack Obama in Havanna gipfelten.

Was den Leser überrascht, ist das Ausmaß der Kritik der KKE an einer Reihe von tiefgreifenden Entscheidungen für die Gegenwart und Zukunft des kubanischen Volkes sowie die offensichtliche Besorgnis über den Kurs des sozialistischen Kubas.

„Wie wir nach dem Sieg der Konterrevolution in der UdSSR und Osteuropa geschlussfolgert haben, dürfen wir uns als Partei nicht nur auf das stützen, was die Bruderpartei vertritt, sondern müssen die Entwicklungen in eigener Verantwortung studieren und uns eine eigene Meinung dazu bilden“, heißt es in der parteiinternen Notiz, während über diese Positionen auch die Kubaner angemessen informiert wurden, mit denen trotz der geäußerten Kritik feste genossenschaftliche Bande der Freundschaft und der internationalistischen Solidarität bestehen.

Die Zugeständnisse der „Sonderperiode“

Als das sozialistische Lager und die UdSSR zusammenbrachen (1989-1991), befand sich Kuba in einer schwierigen Lage. Es verlor seine Energiequellen, litt unter Nahrungsmittelmangel und musste Industrie- und Agraranlagen wegen fehlender technologischer Infrastruktur und Treibstoff schließen. „Diese Schwierigkeit wurde vom amerikanischen Imperialismus ausgenutzt, der sich nie mit der Existenz des Sozialismus abgefunden hat...“

In der „Sonderperiode“ wurde Kuba zu „bewussten Zugeständnissen“ gezwungen (Doppelwährung, um ausländische Devisen aus dem Tourismus abzuschöpfen, Zusammenarbeit mit ausländischen kapitalistischen Unternehmen

im Tourismus, im Schiffsreparatursektor usw.). Zu den ergriffenen Maßnahmen gehörte auch die Reduzierung des staatlichen Sektors um 1 Million Arbeitsplätze, wobei die Beschäftigten entweder in andere öffentliche Stellen, in landwirtschaftliche Genossenschaften oder in den Dienstleistungssektor gelenkt wurden. Zudem gab es eine Wende hin zur Selbstständigkeit in allen Formen von Dienstleistungen und den Versuch, einen Teil der Arbeitnehmer für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse aufs Land zu lenken, indem unkultiviertes Land an Privatpersonen, landwirtschaftliche Genossenschaften und öffentliche Unternehmen vergeben wurde.

Die zersetzende Wirkung „des Marktes“

Die beschlossenen Änderungen bewegen sich nach Ansicht der KKE „in die entgegengesetzte Richtung des sozialistischen Aufbaus, während die systematische ideologische Beeinflussung, dass die zentral geplante Wirtschaft nicht in der Lage ist, Probleme zu lösen (z.B. die Begrenzung von Importen) und diese im Gegenteil über den Markt gelöst werden können, eine zersetzende Wirkung auf das Volksbewusstsein hat“.

Zu diesen Änderungen, die Perissos ablehnt, gehören Unternehmen mit „gemischtem Kapital“, das System der Eigenfinanzierung staatlicher Unternehmen und die Abwicklung defizitärer Unternehmen nach Marktbedingungen, die Möglichkeit für landwirtschaftliche Genossenschaften, eigenes Eigentum zu haben, die Möglichkeit für Genossenschaften, Privatpersonen und staatliche Unternehmen, einen Teil der produzierten Produkte außerhalb der zentralen Planung zu verwalten, die Möglichkeit für Unternehmen, die Löhne der Arbeitnehmer selbst nach den Gesetzen des Marktes festzulegen, die Abschaffung des Systems der Verteilung eines Teils des Sozialprodukts, das über Gutscheine an alle gleichermaßen verteilt wurde, die Gewährung wirtschaftlicher Autonomie an Gemeinden und Regionen usw.

Perissos ruft Havanna / Das „nationale Modell“ und die Gefahren

„Diese Maßnahmen (die von der KP Kubas gefördert werden) werden nicht als Rückzug von dem Sozialismus dargestellt, den wir in Kuba kannten, sondern als Elemente des ‚neuen sozialistischen Modells‘“, heißt es in dem parteiinternen Vermerk. Gleichzeitig wird angemerkt, dass „in den Stellungnah-

men der Parteikader nicht von den Prinzipien des sozialistischen Aufbaus die Rede ist, sondern das Konzept der nationalen ‚Modelle‘ (‚sowjetisches‘, ‚chinesisches‘, ‚kubanisches‘ usw.) übernommen wird, das grundlegende Prinzipien des sozialistischen Aufbaus im Namen der ‚nationalen Besonderheiten‘ revidiert und Maßnahmen zur Stärkung der kapitalistischen Beziehungen als nationale sozialistische Besonderheit rechtfertigt; eine Auffassung, die eine Grundidee des Eurokommunismus und generell des Opportunismus darstellte.“

Die KKE ist zu der Einschätzung gelangt, dass „die oben genannten Maßnahmen, die die KP Kubas ergreift oder zu ergreifen beabsichtigt, die bestehenden sozioökonomischen Probleme, mit denen Kuba konfrontiert ist, nicht nur nicht lösen, sondern verschärfen werden, mit möglichen verheerenden Folgen für die Volksmacht, für die volkstümliche Mehrheit in Kuba.“

Die Gefahren, auf die sich Perissos beruft, bestehen darin, dass die ergriffenen Maßnahmen „das gesellschaftliche Eigentum an den konzentrierten Produktionsmitteln und die zentrale Planung der Wirtschaft noch weiter schwächen, welche durch die Logik der Eigenfinanzierung der staatlichen Unternehmen, die Ausweitung von Unternehmen, die ausländische Lohnarbeit nutzen, und der Genossenschaften ständig geschwächt wird“. „Es handelt sich um Maßnahmen, die in Richtung der kapitalistischen Restauration gehen“, wird betont

Mit strengem kritischem Blick betrachtet die KKE auch die Maßnahmen zur Vergabe von Brachland an Privatpersonen und Genossenschaften, zur Schaffung kleiner privater Unternehmen und Genossenschaften, was „möglicherweise Kapital von konterrevolutionären kubanischen Kräften anziehen und deren Handeln erleichtern könnte“, die Abschaffung von Sozialleistungen „unter dem Vorwand, den ‚Schwarzmarkt‘ zu bekämpfen“, sowie die Integration in zwischenstaatliche Wirtschaftsunionen auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse, was „die konterrevolutionären internen Prozesse, aber auch die Aussetzung dem kapitalistischen Wettbewerb beschleunigen wird, was zu einer zunehmenden Abhängigkeit Kubas von ausländischen Krediten und den kapitalistischen Märkten führt“.

Die „Fehler-Rhetorik“

Die KKE hat mit Sorge in den Berichten der Kader der KP Kubas festgestellt, dass „eine ‚Fehler-Rhetorik‘ in Bezug auf den Weg, den sie bisher verfolgt

haben, reproduziert wird, indem sie hauptsächlich sagen, sie hätten 'fälschlicherweise kopiert', ohne genau zu spezifizieren, wo sie einen Fehler gemacht haben“.

„Die Maßnahmen, die sie als 'notwendig' und 'unvermeidlich' beschreiben, zeigen jedoch, dass sie grundlegende Prinzipien des sozialistischen Aufbaus als 'Fehler' begreifen“, wird in dem Text betont, während eingeschätzt wird, dass „diese Entscheidungen der KP Kubas falsch sind und keine Einbahnstraße darstellen (wie sie präsentiert werden)“. Es wird sogar angedeutet, dass diese „Abweichungen“ vom Weg des „sozialistischen Aufbaus“ in Kuba das Ergebnis eines parteiinternen Kampfes innerhalb der KP Kubas sind.

„Eine Kommunistische Partei führt, selbst unter Bedingungen einer negativen Wendung der Kräfteverhältnisse, den Kampf aus der Sicht des Volksinteresses und nicht des Kapitals, auch wenn sie Gefahr läuft, in einer bestimmten Phase des Klassenkampfes zu verlieren“, wird unterstrichen.

(Unvollständige) Chronik der marktwirtschaftlichen Reformen in Cuba, aufgezeichnet von uns seit 2010

Frank Flegel: Ist ein 1989 nicht genug? (September 2010)

Kann es wirklich sein, dass Cuba sich selbst aufgibt? Ist es möglich, dass 20 Jahre nach der Katastrophe des Sozialismus in Europa, die ausgelöst wurde durch die Erosion der KPdSU, dieser Partei Lenins, dieses „Urgesteins der sozialistischen Revolution“ (Kurt Gossweiler), die nach Jahrzehnten innerer Zersetzung schließlich von einem Pizza-Hut-Vertreter und einem Alkoholiker aufgelöst wurde, dass also 20 Jahre nach dieser Katastrophe die KP Cubas den gleichen Weg geht wie die KPdSU bis zum bitteren Ende namens Gorbatschow?

Die aktuellen Dokumente geben zu höchster Sorge Anlass, denn Cuba gibt die ökonomische Grundlage des Sozialismus auf.

Interessant ist die Argumentationslinie: man argumentiert nicht mit einer akuten Notlage (Lenin: NÖP, Fidel Castro: periodo especial), sondern ideologisch. „*Es geht außerdem darum, ... uns von jenen Konzeptionen zu entfernen,*

die die selbständige Gewerbetätigkeit fast zum Aussterben verurteilten und diejenigen stigmatisierten, die in den 90er Jahren beschlossen, diese Arbeit legal aufzunehmen.“ (Leticia Martinez Hernandez; siehe unten). „Der Erfolg dieses Prozesses wird in hohem Maße von der politischen Absicherung abhängen, die wir unter der Leitung der Partei und mit der aktiven Beteiligung der CTC und der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen leisten müssen. Es kommt darauf an, ein Klima der Transparenz und des Dialoges zu erzeugen,...“ (Raul Castro Ruz; siehe unten).

Zur ideologischen Begründung gehört selbstverständlich auch, die Zerstörung des Zentrums des Sozialismus, die Zerstörung der Planwirtschaft als einen annähernd natürlichen Prozess, als kaum der Rede wert, als gemeinschaftlich gewollt und als ganz harmonisch darzustellen. So erklärte Raul Castro Ruz, dass manche Berichterstatter „in schriller Übertriebenheit die Bekanntgabe mutmaßlicher Reformen in unserem ökonomischen und sozialen System, sowie die Anwendung von kapitalistischen Rezepten zur Neuordnung der Wirtschaft vorwegnahmen; wobei einige sich sogar soweit vorwagten, die Existenz eines Kampfes zwischen verschiedenen Linien in der Führung der Revolution zu beschreiben...“ (siehe unten).

Aber nochmals zurück zur Ökonomie: „Die neue Regelung erlaubt es, Arbeitskräfte unter Vertrag zu nehmen und weitere selbständige Tätigkeiten auszuführen.“ (Leticia Martinez Hernandez; siehe unten). Und die nächsten Schritte stehen an: Es wurde erklärt, „dass die Erteilung neuer Genehmigungen für die Gewerbeausübung vorläufig in neun Tätigkeiten eingeschränkt bleibt, weil es keinen zulässigen Markt für den Erwerb der Rohstoffe gibt, obwohl Alternativen untersucht werden, die ihn möglich machen.“ (Leticia Martinez Hernande; siehe unten). (Alle Hervorhebungen: F.F.)

Produktionsmittel und Rohstoffe als Waren im Sozialismus!? Wann fällt das Außenhandelsmonopol, schon nächstes Jahr oder erst übernächstes?

Wer solche Maßnahmen heute (gemeint ist das Jahr 2010) im Sozialismus einleitet, der kann das – 20 Jahre nach der Konterrevolution in Europa – nicht aus Dummheit machen.

Um den Unterschied der aktuellen Situation mit der der Neuen Ökonomische Politik Lenins zu verdeutlichen, dokumentieren wir im Folgenden nicht nur die Ansprache von Raul Castro Ruz vor der Nationalversammlung der Pöder

Popular, den Artikel von Leticia Martinez Hernandez in der Granma und die Erklärung des Cubanischen Gewerkschaftsbundes, sondern danach Auszüge aus Lenins Reden zur Neuen Ökonomischen Politik bei der VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz und beim II. Gesamtrussischen Kongress der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung.

Frank Flegel, damals Hannover, heute Bodenfelde

Raúl Castro Ruz: "52. Jahr der Revolution". Text der Rede vor der Nationalversammlung der Poder Popular (Volksmacht) am 1. August 2010

Liebe Genossinnen und Genossen:

Diese Sitzung der Nationalversammlung hat zwei wichtige juristische Dokumente verabschiedet, das Änderungsgesetz der aktuellen verwaltungspolitischen Gliederung (des Landes) und das Gesetz zur Verkehrssicherheit.

Die Veränderungen der verwaltungspolitischen Gliederung sind ausführlich in unserer Presse verbreitet und während der vergangenen Monate in den betroffenen Gebieten, sowie in den entsprechenden Instanzen von Partei, Regierung und Staat diskutiert worden, was es mir erlaubt hier nicht weiter in die Einzelheiten zu gehen, sondern nur zu unterstreichen, dass die Hauptabsicht dieses Vorhabens darin liegt, den Anliegen der Bevölkerung mittels einer funktionaleren und rationaleren Organisation von Verwaltung und Regierung in verbesserter Weise Rechnung zu tragen. Damit erfüllen wir außerdem auch die von mehreren aufeinander folgenden Parteitagungen angenommenen Vereinbarungen über die Notwendigkeit, nach Ablauf eines angemessenen Zeitraumes die verwaltungspolitische Ordnung einer Analyse zu unterwerfen, um sie den bestehenden Bedingungen anzupassen.

Die neuen Provinzen Artemisa und Mayabeque werden am 1. Januar 2011 entstehen, ohne die Irrtümer zu wiederholen, welche die Arbeit der örtlichen Gremien der Poder Popular bisher begleitet haben, sowie unter Maßgabe einer Konzeption der Sparsamkeit und des rationalen Gebrauchs aller Ressourcen, insbesondere mit ihren jeweiligen Aufgaben angepassten Personalbeständen und einer klaren Abgrenzung von Befugnissen in den Wechselbeziehungen

mit den Gremien der zentralen Verwaltung des Staates, den Staatsbetrieben und den politischen Organisationen, sowie den Massenorganisationen.

Das Gesetz zur Verkehrssicherheit wiederum, dessen Verabschiedung wir in der vorhergehenden Sitzung verschoben haben, um es in seinem Gehalt zu vertiefen, damals noch bestehende Unstimmigkeiten auszuräumen und in der Ausarbeitung der Ergänzungsvorschriften voran zu kommen, stellt einen Beitrag zur Anhebung der sozialen Disziplin und zum Schutz des menschlichen Lebens, wie auch zur Verminderung erheblicher wirtschaftlicher Verluste dar.

Um zu weiteren Angelegenheiten überzugehen, so sind mir die Erwartungen nicht fremd, die logischerweise von den Reden aus Anlass des 26. Juli und im Parlament geweckt werden. Einige waren davon überrascht, dass der zentrale Wortbeitrag in Santa Clara vom Genossen Machado Ventura gehalten wurde, übrigens eine ausgezeichnete Rede.

Es stimmt, dass seit dem Sieg der Revolution, diese Aufgabe immer dem Genossen Fidel zukam und bei seltenen Gelegenheiten auch mir, wichtig aber ist nicht der Redner, sondern der Inhalt des entsprechenden Beitrages, der die gemeinsame Meinung der Führung von Partei und Staat über die bedeutendsten Fragen der nationalen Obliegenheiten zum Ausdruck bringt.

Verschiedene Presseagenturen und selbsternannte "Analysten" des Themas Kuba haben in den Tagen vor und nach dem Festakt zum 26. Juli unzählige Berichte und Artikel verfasst, in denen sie in Verfälschung unserer Realität und in schriller Übertriebenheit die Bekanntgabe mutmaßlicher Reformen in unserem ökonomischen und sozialen System, sowie die Anwendung von kapitalistischen Rezepten zur Neuordnung der Wirtschaft vorwegnahmen; wobei einige sich sogar soweit vorwagten, die Existenz eines Kampfes zwischen verschiedenen Linien in der Führung der Revolution zu beschreiben und alle darin übereinstimmen, schnellere und tiefer gehende Veränderungen in Richtung auf einen Abbau des Sozialismus von uns zu fordern.

Wenn man nun diese Pressekampagnen einmal ganz kühl betrachtet, dann wird offensichtlich, dass sich fast alle Agenturen von ein und demselben Leitfaden lenken lassen. Dabei beziehe ich mich nicht auf die Journalisten, die dazu gezwungen sind, sich der Verlagslinie zu unterwerfen, die ihnen vorgegeben wird und die die Medienkonzerne bezüglich Kuba von ihnen verlangen, obwohl sie zuweilen die selben vorfabrizierten Sätze und Begriffe verwenden.

Nicht selten findet man da vollständig identische Absätze, ganz unabhängig davon, ob sie aus der einen oder der anderen Weltgegend stammen.

Angesichts der in mehr als 55 Jahren revolutionären Kampfes angesammelten Erfahrung scheint es, dass wir gar nicht so schlecht dastehen und weder Mutlosigkeit noch Enttäuschung unsere Reisebegleiter zu sein haben. Würde man uns lobpreisen, dann hätten wir Gründe uns Sorgen zu machen.

Es ist wie der Genosse Machado am vergangenen 26. Juli bekräftigt hat, ich zitiere: "wir fahren mit Sinn für Verantwortung, Schritt für Schritt und in einem Rhythmus fort, den wir selbst bestimmen, ohne Improvisationen oder Voreiligkeiten, um nicht falsch zu handeln und um Irrtümer oder Maßnahmen hinter uns zu lassen, die nicht mit den aktuellen Bedingungen in Einklang stehen" (Ende des Zitats).

Die Einigkeit unter den Revolutionären und zwischen der Führung der Revolution und der Mehrheit des Volkes unsere wichtigste strategische Waffe, die es uns ermöglicht hat bis hierher zu kommen und in Zukunft fort zu fahren, den Sozialismus zu perfektionieren.

Auch wenn es die Feinde schmerzen mag, ist unsere Einheit heute gefestigter als je zuvor, ist kein Ergebnis falscher Einmütigkeit oder opportunistischer Vortäuschung, die Einheit schließt ehrliche Meinungsverschiedenheiten nicht aus, sondern ist Voraussetzung für die Diskussion unterschiedlicher Vorstellungen, steht aber unter den gleichen Zielvorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und nationaler Souveränität, was uns immer gestatten wird, zu den besten Entscheidungen zu gelangen.

Die Einheit fördert und erzielt man durch breiteste sozialistische Demokratie und in der offenen Diskussion aller Angelegenheiten, so sensibel diese auch seien, mit dem Volk.

Um von sensiblen Themen zu sprechen, muss ich Euch darüber informieren, dass, nach Monaten der Untersuchungen im Rahmen der Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells, der Ministerrat bei seinem letzten Zusammentreffen am 16. und 17. Juli unter Beteiligung der Vizepräsidenten des Staatsrates, weiterer Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees, der ersten Sekretäre der Provinzkomitees der Partei und der Präsidenten der provinziellen Verwaltungsräte, sowie der zentralen Kader der

CTC (Kubanischer Gewerkschaftsbund), der übrigen Massenorganisationen, des Kommunistischen Jugendverbandes UJC und hoher Funktionäre der entsprechenden Gremien ein Bündel von Maßnahmen verabschiedet hat, um etappenweise die Reduzierung der im staatlichen Sektor beträchtlich aufgeschwemmten Personalbestände in Angriff zu nehmen.

In einer ersten Phase, die wir im ersten Quartal des nächsten Jahres abzuschließen planen, wird die arbeits- und entlohnungsmäßige Behandlung der verfügbaren und beurlaubten Werktätigen einer Reihe von Organismen der zentralen Staatsverwaltung modifiziert, um die paternalistischen Einstellungen zu beseitigen, die sich gegen die Notwendigkeit richten, zu arbeiten um zu leben und damit die unproduktiven Ausgaben zu senken, die durch die egalitäre Bezahlung bewirkt werden und die, unabhängig von den Jahren der Beschäftigung, über lange Zeiträume hinweg Leuten, die nicht arbeiten, eine Gehaltsgarantie geben.

Der Erfolg dieses Prozesses wird in hohem Maße von der politischen Absicherung abhängen, die wir unter der Leitung der Partei und mit der aktiven Beteiligung der CTC und der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen leisten müssen. Es kommt darauf an, ein Klima der Transparenz und des Dialoges zu erzeugen, in dem die angemessene und durchsichtige Information der Werktätigen vorherrschend ist und in dem die Entscheidungen auf geeignete Weise gemeinschaftlich getroffen werden und die erforderlichen organisatorischen Bedingungen geschaffen werden sollen.

Die strikte Einhaltung des Prinzips der nachweislichen Eignung zum Zeitpunkt der Entscheidung darüber, wer am ehesten dazu berechtigt ist, eine Stelle einzunehmen, muss dafür sorgen, jede Erscheinungsform von Begünstigung wie auch von Diskriminierungen auf Grund der Geschlechtes oder aus anderen Gründen zu vermeiden, denen mit aller Entschlossenheit entgegen getreten werden muss.

Der Ministerrat kam ebenfalls überein, die Arbeitsausübung auf eigene Rechnung auszuweiten und deren Nutzbarmachung als eine weitere Alternative der Beschäftigung überzähliger Werktätiger anzusehen, wobei verschiedene gültige Verbote im Hinblick auf die Ausgabe neuer Lizenzen und die Vermarktung einiger Produktionslinien aufgehoben werden, um die Anstellung von Arbeitskräften zu flexibilisieren.

Zur gleichen Zeit wurde bei dem zitierten Zusammentreffen an den erwähnten Tagen des 16. und 17. Juli die Anwendung eines Steuersystems für die Arbeit auf eigene Rechnung beschlossen, die dem neuen wirtschaftlichen Szenarium entspricht und die sicherstellt, dass diejenigen, die diesem Tätigkeitsbereich angehören, zur Sozialversicherung beitragen, Steuern auf ihre persönlichen Einkünfte und Verkäufe abführen und diejenigen, die Arbeiter einstellen, entsprechende Abgaben für die Inanspruchnahme der Arbeitskraft entrichten.

Demnächst wird eine erweiterte Vollversammlung des Nationalrates der CTC abgehalten, auf der wir mit den wesentlichen Arbeiterführern diese wichtigen Beschlüsse im Einzelnen behandeln werden, die in sich einen strukturellen und konzeptuellen Wandel im Interesse der Bewahrung und Entwicklung unseres sozialen Systems begründen und es für die Zukunft nachhaltig machen, damit wir somit den Auftrag des kubanischen Volkes erfüllen, der in der Verfassung der Republik erfasst ist und dahin geht, dass ihr sozialistischer Charakter und das in ihr enthaltene politische und gesellschaftliche System unwiderruflich sind (Applaus).

Wir hegen keine Zweifel, dass wir bei der Verwirklichung dieser Maßnahmen über die entscheidende Unterstützung der Arbeiterklasse verfügen, die zusammen mit der Bauernschaft und den übrigen Sektoren der Gesellschaft begreift, dass es ohne die Steigerung der Effizienz und der Produktivität unmöglich ist, die Löhne anzuheben, die Exporte zu vermehren und Importe zu ersetzen, die Produktion von Nahrungsmitteln zu steigern und schließlich die enormen sozialen Kosten zu tragen, die unserem sozialistischen System zu eigen sind, ein Bereich, in dem wir ebenfalls in der Pflicht stehen, uns rational zu verhalten, in dem wir sehr viel mehr einsparen, ohne jedoch an Qualität zu opfern.

Andererseits denke ich, dass niemandem der übergreifende Beitrag zur Verbesserung der sozialen und arbeitsmäßigen Disziplin entgehen kann, der von der Anwendung dieser Maßnahmen ausgeht.

Bei der Annahme dieser Übereinkünfte gehen wir davon aus, dass niemand seinem Schicksal überlassen wird, der Sozialistische Staat bietet mittels des Systems der sozialen Hilfe denjenigen die notwendige Unterstützung für eine würdiges Leben, die tatsächlich nicht zu arbeiten in der Lage sind und für ihre Familien den einzigen Unterhalt darstellen. Es muss für immer mit der Vor-

stellung aufgeräumt werden, dass Kuba das einzige Land der Welt ist, in dem man leben kann ohne zu arbeiten.

Ebenso sind wir mit den Untersuchungen vorangeschritten, mit denen die Kommission für Wirtschaftspolitik des Sechsten Parteitages beauftragt ist, während gleichzeitig ununterbrochen die verschiedenen Arbeitsgruppen tätig sind, die zur Ausarbeitung von Vorschlägen geschaffen wurden, die wir dann vorher mit den Parteimitgliedern und der gesamten Bevölkerung analysieren werden.

In Mitten der Widrigkeiten der internationalen Wirtschaftskonjunktur und ihrer unvermeidlichen Auswirkungen auf unser Land, zeichnen sich, trotz der Nichterfüllung des Planes beim Zucker und in anderen landwirtschaftlichen Produktionszweigen auf Grund von Fehlern in der Leitungstätigkeit und den Auswirkungen der Trockenheit, in den Einschätzungen des ersten Halbjahres ermutigende Ergebnisse für die nationale Wirtschaft ab.

Die Ankünfte ausländischer Besucher nehmen zu, die Ölproduktion liegt im Plan; das interne monetäre Gleichgewicht wird gehalten und verbessert sich sogar, die Arbeitsproduktivität spiegelt einen Rhythmus wieder, der das mittlere Einkommen übersteigt, ein Ziel das seit mehreren Jahren nicht mehr erreicht wurde, die Exporte steigen in bescheidenem Maße und der Energieverbrauch geht ausgehend von der Neuordnung des Transportwesens und weiterer Einsparungsmaßnahmen zurück.

Der Elektrizitätsverbrauch spiegelt im staatlichen Sektor positive Resultate wieder, während er im Unterschied dazu im Wohnungsbereich in stärkerem Maße steigt als vorgesehen.

Vor genau einem Jahr nahm ich Bezug auf die äußeren Finanzrestriktionen, denen wir uns auf Grund der Anhäufung von Zahlungsverpflichtungen und der Notwendigkeit der Durchführung von Neuverhandlungen von Schulden ausgesetzt sahen. Heute kann ich Euch darüber informieren, dass es uns dank des Vertrauens und des Verständnisses der Mehrheit unserer Schuldner gelungen ist, einige Fortschritte beim Aufschub von Verpflichtungen zu erzielen, denen wir bezüglich der neu vereinbarten Fristen verbindlichst Rechnung tragen wollen. Ebenso beträgt die Ansammlung der bis dato zurückgehaltenen Überweisungen an Lieferanten im Ausland heutzutage kaum ein Drittel derer

von vor einem Jahr und als Beweis der Sicherheit hier im Land haben sich die ausländischen Einlagen bei den kubanischen Banken erhöht.

Ich muss mich noch auf ein weiteres aktuelles Thema beziehen. Durch souveräne Entscheidung und in strikter Einhaltung unserer Gesetze ist in den letzten Tagen die Haftentlassung und die Ausreise der ersten 21 konterrevolutionären Häftlinge vollzogen worden, die zu den 53 gehörten, die im Jahre 2003 wegen Vergehen gegen die Sicherheit des Staates verurteilt worden waren.

Schon vorher war seit dem Jahr 2004 weiteren 22 in der gleichen Rechtssache Verurteilten die Erlaubnis zur Haftentlassung gewährt worden.

Es darf daran erinnert werden, dass kein Einziger dieser Bürger wegen seiner Ideen verurteilt worden ist, wie es die brutalen Diskreditierungskampagnen gegen Kuba in verschiedenen Regionen der Welt darzustellen versucht haben.

Wie auf unwiderlegbare Weise bei der mündlichen Gerichtsverhandlung nachgewiesen, hatten alle Delikte begangen, die in unseren Gesetzen vorgesehen und mit Strafe belegt sind, indem sie im Dienste der Regierung der Vereinigten Staaten und ihrer Politik der Blockade und des Umsturzes gehandelt haben.

Man darf nicht vergessen, dass zu jener Zeit – im Jahr 2003 – der damalige Präsident George W. Bush, trunken von den scheinbaren Siegen in den Kriegen im Irak und in Afghanistan, zum "Regimewechsel" in Kuba aufrief und in direkter Weise unsere nationale Sicherheit bedrohte, wobei er sogar so weit ging, öffentlich einen Bevollmächtigten zu ernennen, der das Land, ähnlich wie gerade im Irak geschehen, nach seiner Besetzung verwalten sollte. In der Folge wurden Dutzende von Plänen zur internen Destabilisierung und zur Entführung von Flugzeugen und Schiffen geschmiedet, denen wir unter strikter Respektierung unserer Gesetze mit aller Entschiedenheit entgegen treten mussten.

Die Revolution kann großzügig sein, weil sie stark ist, ihre Kraft liegt in der mehrheitlichen Unterstützung des Volkes, das es verstanden hat, so viele Jahre der Aggressionen und Opfer durchzustehen, von daher erweist es sich nicht als müßig zu wiederholen, dass es für die Feinde des Vaterlandes, die versuchen sollten, unsere Unabhängigkeit in Gefahr zu bringen, keine Straflosigkeit geben wird (Applaus).

Niemand sollte sich täuschen. Die Verteidigung unserer geheiligten Errungenschaften, unserer Straßen und Plätze, wird weiterhin die erste Pflicht der Revolutionäre sein, denen wir dieses Recht nicht nehmen können (Anhaltender Applaus).

Nebenbei können wir noch erwähnen, dass der arme, von George W. Bush ernannte Bevollmächtigte arbeitslos geblieben ist (Gelächter).

Was Kuba und die Vereinigten Staaten angeht, hat sich im Wesentlichen nichts geändert; unsere tapferen Fünf Helden erleiden weiterhin ungerechte Haft und missbräuchliche Behandlung von Art der Grausamkeit, wie sie zurzeit gegen den Genossen Gerardo Hernández Nordelo angewandt wird und die von dieser Versammlung verurteilt wurde. Auch wenn es weniger Rhetorik gibt und gelegentliche bilaterale Gespräche über besondere und begrenzte Themen stattfinden, wird die Blockade nach wie vor angewendet, und wir werden weiterhin mit der Gelassenheit und Geduld handeln, die wir in mehr als einem halben Jahrhundert gelernt haben.

Uns, den kubanischen Revolutionären, rauben die Schwierigkeiten nicht den Schlaf, unser einziger Weg besteht darin, den Kampf mit Optimismus und dem unerschütterlichen Glauben an den Sieg fortzusetzen.

Vielen Dank (Ovation)

Leticia Martínez Hernández: Gewerbetätigkeit - Viel mehr als eine Alternative (August 2010)

Am 1. August 2010 verkündete Armeegeneral Raúl Castro Ruz in der Nationalversammlung den Beschluss, die Gewerbetätigkeit auszuweiten und sie als eine weitere Alternative der Beschäftigung für diejenigen zu benutzen, die nach dem Prozess der Reduzierung der aufgeblähten Stellenpläne verfügbar sind, den das Land durchführen muss, um ein angemessenes Verhältnis zwischen Gehältern und Arbeitsproduktivität zu finden. Es wurde ebenfalls Flexibilität bei der Anstellung von Arbeitskräften in bestimmten Tätigkeitsbereichen angekündigt.

Die selbständige Gewerbetätigkeit wird eine Erweiterung des Angebots von Gütern und Leistungen ermöglichen.

Seitdem haben viele eine Lösung erwartet, die, entfernt von Improvisation und Flüchtigkeit, das Anwachsen des Güter- und Dienstleistungsangebots ermöglichen und dabei gleichzeitig denjenigen Einkommen sichern wird, die sich entschließen, sie auszuüben. Sie wird auch dazu beitragen, dass der Staat einen großen Teil der übermäßigen Subventionslast abstreifen kann, wenn er Angebote in nichtstaatlichen Händen belässt, die er trotz der schwierigen Wirtschaftslage jahrelang übernommen hatte.

Die Maßnahme, die selbständige Arbeit zu flexibilisieren, ist eine der Entscheidungen, die das Land treffen muss (und trifft) in der Umgestaltung seiner Wirtschaftspolitik, um das Niveau der Produktivität und der Effizienz zu erhöhen. Es geht außerdem darum, dem Werktätigen noch eine weitere Möglichkeit zu bieten, sich durch persönliche Anstrengungen nützlich zu fühlen, und uns von jenen Konzeptionen zu entfernen, die die selbständige Gewerbetätigkeit fast zum Aussterben verurteilten und diejenigen stigmatisierten, die in den 90er Jahren beschlossen, diese Arbeit legal aufzunehmen.

Am 1. August wurde auch die Annahme einer Steuerregelung für die Gewerbetätigkeit bekannt gegeben, die dem neuen wirtschaftlichen Szenario des Landes entspricht. Dass der mehr abführt, der mehr einnimmt, ist das Prinzip der neuen Steuerregelung, die helfen wird, die Einnahmequellen des Staatshaushaltes zu vergrößern und eine angemessene Umverteilung dieser im gesellschaftlichen Maßstab zu erreichen.

Die selbständige Gewerbetätigkeit wird in 178 Tätigkeiten ausgeführt werden können.

Aber wie wird die Gewerbetätigkeit erweitert? Welche Tätigkeiten werden neu aufgenommen? Welche Verbote werden aufgehoben? Wie wird sie organisiert und kontrolliert werden? Welche Steuern werden bezahlt werden? Granma ging diesen und anderen Fragen nach und beriet sich mit Spezialisten der Ministerien für Wirtschaft und Planung, Finanzen und Preise und Arbeit und Soziale Sicherheit, die die Regelungen der Gewerbetätigkeit bereitstellen, deren Anwendung im Oktober beginnen soll.

Admi Valhuerdi Cepero, erste Vizeministerin des Ministeriums für Arbeit und Sozial Sicherheit, erklärte, dass das Kleingewerbe in 178 Tätigkeiten ausgeübt werden kann, wobei in 83 von ihnen Arbeitskräfte angestellt werden können, ohne dass sie Mitbewohner oder Angehörige des Inhabers sein müssen. "Es werden in 29 Tätigkeiten neue Genehmigungen erteilt, die gegenwärtig zwar ausgeübt werden, für die aber seit einigen Jahren keine neuen Genehmigungen gegeben wurden." Darunter erwähnte sie die Hersteller und Verkäufer von Nahrungsmitteln verschiedener Modalitäten, den Weinhersteller, den Holzsäger, den Steinmetz, den Aufwickler von Motoren, Spulen und anderen Geräten, den Hersteller und Verkäufer von Blumenkränzen und Blumen, den Spengler, den Sportübungsleiter (außer Kampfsport), den Sammler und Verkäufer von Sekundärrohstoffen, den Masseur...

Es wird auf das Erfordernis verzichtet, in Rente zu sein oder ein Arbeitsverhältnis zu haben, um Zugang zu selbständiger Gewerbetätigkeit zu haben. Zu den Tätigkeiten, die es gab, kommen sieben neue dazu, darunter Buchhalter, mit Ausnahme von denen mit Hoch- oder Fachschulabschluss, die ein Arbeitsverhältnis in der Spezialität haben; der Wärter von öffentlichen Toiletten und Parks; der Nachhilfelehrer, mit Ausnahme von Lehrern im aktiven Dienst; der Gelegenheits-Landarbeiter; der Verkäufer von Agrarerzeugnissen an Verkaufsstellen und Kiosken an Landstraßen und Autobahnen; und der Passagiervermittler, womit die Personen gemeint sind, die auf den Bahnhöfen Passagiere an die privaten Taxis vermitteln.

Valhuerdi erklärte ebenfalls, dass die Erteilung neuer Genehmigungen für die Gewerbeausübung vorläufig in neun Tätigkeiten eingeschränkt bleibt, weil es keinen zulässigen Markt für den Erwerb der Rohstoffe gibt, obwohl Alternativen untersucht werden, die ihn möglich machen. Das sind: Autoschlosser; Hersteller und Verkäufer von Gegenständen aus Granit und Marmor; Hersteller und Verkäufer von Seife, Schuhcreme, Tinten, Seilen und ähnlichem; Gie-

ber; Schmied; Brennschneider; Hersteller und Verkäufer von Gegenständen aus Aluminium; Fußbodenpolierer; und Hersteller und Verkäufer von nicht metallischen Gusserzeugnissen.

Zu dem notwendigen Markt für diese Tätigkeiten erklärte Marino Murillo Jorge, Vizepräsident des Ministerrats und Wirtschaftsminister: "Wir sind dabei zu analysieren, was wir im Wirtschaftsplan des nächsten Jahres einbeziehen müssen in Anbetracht der neuen Transformationen, die Eisenwaren anfordern, gastronomische Geräte erforderlich machen werden, die heute nicht verkauft werden. Wir müssen den Plan so gestalten, dass wir eine Übereinstimmung mit den geschaffenen Tatsachen erreichen. Das Optimale ist ein Großhandel mit anderen Preisen für sie. Aber das werden wir in den nächsten Jahren nicht machen können. Wir müssen jetzt einen Markt schaffen, wo sie das Notwendige kaufen können, auch wenn es zu den Einzelhandelspreisen ist."

Valhuerdi bemerkte, dass nachdem die Resolution in Kraft tritt, in den Privatgaststätten, den "Paladares", bis zu 20 Plätze benutzt werden können, wo es früher 12 waren; und dass erlaubt wird, in ihnen Nahrungsmittelprodukte zu verkaufen, die mit Kartoffeln, Meeresfrüchten und Rindfleisch zubereitet sind. Es wird auch von der Bedingung abgesehen, Rentner zu sein oder ein Arbeitsverhältnis zu haben, um einer Beschäftigung dieser Art aufzunehmen.

Mit diesen Regelungen wird die Weiterführung der Gewerbetätigkeit der Universitätsabsolventen und Fachkräfte von vor 1964 ratifiziert. So wird die Arbeit respektiert, die seit über vier Jahrzehnten eine kleine Gruppe von Personen ausführt, die im Register der Gewerbesteuerzahler eingeschrieben sind.

Und bei der Flexibilisierung der Gewerbetätigkeit wurde auch die Erweiterung im Bereich der Wohnungsvermietung berücksichtigt. Sie hebt frühere Verbote auf, mit denen ein "gut sichtbares" Geflecht von Illegalitäten verbunden war. Solche Verbote, die zu einem bestimmten Zeitpunkt ihre Funktion erfüllten, bilden heute ein Hindernis bei der Bewältigung des schwierigen Wohnungsproblems. So wird den Personen die Vermietung erlaubt, die eine Wohngenehmigung im Ausland (PRE) haben oder in Kuba leben und für mehr als drei Monate das Land verlassen. Ebenso, und um die Gewerbetätigkeit zu unterstützen, wird die Möglichkeit gegeben, Wohnungen, Zimmer oder Räume für deren Ausübung zu mieten.

Es ist darauf hinzuweisen, dass der Inhaber der Wohnung einen Vertreter ernennen kann, um die Lizenz zur Vermietung zu beantragen, was eine Verfahrenserleichterung für die ist, die sich nicht im Land aufhalten und ihre Wohnung vermieten wollen. Die Genehmigung vergibt in jedem Fall der Direktor der Wohnungsverwaltung des Stadtbezirks. Gleiches geschieht mit den Fahrzeugbesitzern, die sich entschließen, eine Gewerbetätigkeit aufzunehmen. Diejenigen, die im Ausland wohnen oder länger als drei Monate reisen, können auch einen Vertreter ernennen, um ihre Fahrzeuge zu vermieten.

Wenn die neuen Regelungen in Kraft treten, werden diejenigen, die bereits Gewerbetreibende sind, und die, die diese Tätigkeit neu aufnehmen, die Pflicht haben, Steuern auf das persönliche Einkommen, auf den Ertrag, die öffentlichen Dienste und die Nutzung von Arbeitskräften zahlen und außerdem einen Sozialversicherungsbeitrag.

Besondere Erwähnung gebührt wegen seiner Tragweite dem Beitrag des Gewerbetreibenden zur Sozialversicherung. Mit dem Ziel, ihm Schutz zu bieten im Alter, bei totaler Invalidität, bei der Mutterschaft, und im Todesfall seiner Familie, wurde für ihn ein besonderes System geschaffen, dem er als unerlässliche Voraussetzung für die Ausübung selbständiger Arbeit beitreten muss. Ausgenommen sind die, die auch im staatlichen Sektor arbeiten, Rentner sind oder Nutznießer eines anderen Sozialversicherungssystems.

All diese Maßnahmen in Verbindung mit der Gewerbetätigkeit, die Granma in nächsten Berichten detaillieren wird, werden dazu beitragen, dass diese Beschäftigungsform eine weitere Alternative sein wird, um unter dem wachsenden Auge des Staates, als Vertreter des Volkes, dazu zu dienen, Lösungen zu suchen, um das Lebensniveau der Kubaner zu erhöhen, wobei immer die in unserer Verfassung verankerten sozialistischen Prinzipien respektiert werden. Wie der Armeegeneral am auf der 3. ordentlichen Sitzungsperiode der 7. Legislatur des Parlaments am 1. August 2009 sagte, ist es das Ziel, den Sozialismus zu verteidigen, zu erhalten und weiter zu vervollkommen, nicht, ihn zu zerstören. Auf diesen Wegen befindet sich unser Kuba.

Die Regelung des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit über die Erweiterung der Ausübung von Gewerbetätigkeit führt aus, dass, wer sich ihr anschließt, mehr als eine Tätigkeit verrichten kann, sowohl in der Herkunftsgemeinde als auch an jedem anderen Ort des Landes, sofern die vom Verwaltungsrat festgelegten Regelungen erfüllt werden. So werden sie die Möglich-

keit haben, der Arbeit in ihrer Wohnung oder in jeder anderen gemieteten Räumlichkeit oder an jedem gemieteten Platz nachzugehen. Das Dokument sieht vor, dass die Gewerbetreibenden ihre Produkte und Leistungen innerhalb der finanziellen Beschränkungen, die diese haben, staatlichen Einrichtungen verkaufen können.

In diesem Moment wird mit der Zentralbank Kubas darüber beraten, auf welchem Wege die Möglichkeit geboten werden kann, denjenigen, die sich entscheiden, Gewerbetätigkeit auszuführen, einen Bankkredit zu erteilen, damit sie mit der gewählten Tätigkeit beginnen können.

Die Beamten des Nationalinstituts für Wohnraum gaben bekannt, dass ab Oktober das Verbot aufgehoben wird, gesamte Wohnungen für CUC³ zu vermieten; stundenweise zu vermieten; vom Staat nach dem Jahr 2001 übergebene Immobilien zu vermieten oder diejenigen, an denen in den letzten Jahren gebaut wurde. Diese Maßnahmen werden ohne Ausnahme für das gesamte Landesgebiet angenommen. Die neue Regelung erlaubt es, Arbeitskräfte unter Vertrag zu nehmen und weitere selbständige Tätigkeiten auszuführen.

Leticia Martínez Hernández; www.granma.cu/aleman/kuba/

Cubanischer Gewerkschaftsbund CTC: Das Prinzip der sozialistischen Verteilung wiederbeleben (September 2010)

Kuba, Dienstag, den 14. September 2010 um 15:49 Uhr .

Der kubanische Gewerkschaftsbund CTC veröffentlichte am Montag (Ortszeit) in seiner Zeitung »Trabajadores« eine Erklärung zur bevorstehenden Streichung von einer halben Million Arbeitsplätzen im staatlichen Sektor des Landes.

³ CUC = Konvertibler kubanischer Peso

Die kubanische Revolution vollendet 52 Jahre ihrer siegreichen Existenz, und heute mehr denn je sind in der Führung der Nation und in unserem Volk der Willen und die Entschlossenheit lebendig und unverrückbar, den Aufbau des Sozialismus fortzusetzen, bei der Entwicklung und der notwendigen Aktualisierung des Wirtschaftsmodells voranzuschreiten und so die erreichten Errungenschaften zu festigen.

Die Führung der Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen erarbeitet, die die Veränderungen, deren Einführung in der Wirtschaft und Gesellschaft notwendig und unaufschiebbar sind, garantieren, um den gegenwärtigen Produktions- und Arbeitsprozess zu transformieren und effizienter zu machen.

Kuba steht der Dringlichkeit gegenüber, ökonomisch voranzukommen, die Produktion besser zu organisieren, die Produktivitätsreserven auszubauen, die Disziplin und Effizienz zu verbessern. Das wird nur durch die würdige und heilige Arbeit unseres Volkes möglich sein. Die Pflicht der Kubaner ist heute zu arbeiten, und dies gut, ernsthaft und verantwortlich zu tun und eine bessere Ausnutzung der Ressourcen, über die wir verfügen, zu erreichen, um so unsere Bedürfnisse zu befriedigen.

In Übereinstimmung mit dem Aktualisierungsprozess des Wirtschaftsmodells und den Wirtschaftsprognosen für die Zeit 2011 bis 2015 wird in den Vorgaben für das kommende Jahr der Abbau von mehr als 500 000 Arbeitern im staatlichen Sektor und parallel ihre Schaffung im nichtstaatlichen Sektor vorgesehen. Der Zeitplan für ihre Durchführung wird von den Organismen und Unternehmen bis zum ersten Quartal 2011 festgelegt.

Für die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiter ist es eine unvermeidbare Aufgabe, die größte Aufmerksamkeit auf den Abbau der Arbeitsplätze, den Prozess der Schaffung von Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten und das Erreichen einer angemessenen Nutzung der menschlichen Ressourcen zu lenken. Es ist bekannt, dass der Überhang an Plätzen die Zahl von einer Million Personen in den budgetierten und unternehmerischen Bereichen übersteigt.

Unser Staat kann und darf nicht weiter Unternehmen sowie budgetierte, produktive und Dienstleistungseinrichtungen mit einer aufgeblähten Zahl von Arbeitsplätzen unterhalten. Verluste, die die Wirtschaft belasten, sind kontraproduktiv, schaffen schlechte Verhaltensweisen und deformieren die Haltung der Arbeiter. Es ist notwendig, die Produktion und die Qualität der Dienstleistung-

gen zu erhöhen, die aufgedunsenen Sozialabgaben zu reduzieren und unnötige Gratsleistungen, übermäßige Subventionen, das Studium als Arbeitsmöglichkeit und den vorzeitigen Ruhestand zu beseitigen.

Der Erfolg des jetzt beginnenden Prozesses wird von der politischen Absicherung abhängen, die wir Gewerkschaftsführer aus der Gewerkschaftsbewegung und unter der Führung der Partei vor der Durchführung der zu ergreifenden Maßnahmen geben werden, und von dem gesellschaftlichen Konsens, den wir über die wirtschaftliche und politische Bedeutung dieses Schritts erreichen müssen. Diese Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten zielen auf das Erkennen von nicht unverzichtbaren Plätzen und ihr Verschieben auf eine andere Stelle, wo sie notwendig und möglich sind, oder die Neuorientierung der Arbeiter, die diese Stellen besetzen.

Für den Umgang mit den Arbeitern, die sich in einer Einrichtung oder auf einem Arbeitsplatz als zur Disposition stehend herausstellen, erweitert und diversifiziert sich der gegenwärtige Horizont von Optionen durch neue Formen nichtstaatlicher Arbeitsbeziehungen als Alternative zur Beschäftigung. Dazu gehören Verpachtungen, Nutzungsrechte, Kooperativen und die Arbeit auf eigene Rechnung, wohin sich in den kommenden Jahren Hunderttausende Arbeiter bewegen werden.

Innerhalb des staatlichen Sektors wird es nur möglich sein, die unverzichtbaren Plätze in historisch unter Arbeitskräftemangel leidenden Bereichen wie der Landwirtschaft, dem Bauwesen, Lehrer, Polizisten, Industriearbeiter und anderen zu besetzen.

Das Land erlebt in verschiedenen Bereichen wie dem Erdöl, dem Bauwesen, der Biotechnologie, der pharmazeutischen Industrie und dem Tourismus einen wichtigen Investitionsprozess. Ebenso werden andere Güterproduktionen gefördert und der Export von Dienstleistungen ausgeweitet, was ebenfalls Arbeitsmöglichkeiten schaffen wird.

Diese Veränderungen in der Beschäftigungspolitik werden nach und nach angewendet, sie beginnen sofort und umfassen aufgrund ihres Umfangs alle Bereiche.

Dieser gesamte Prozess vollzieht sich auf neuen Grundlagen und Normen und wird die gegenwärtigen Arbeits- und Gehaltsregelungen für die zur Dispositi-

on stehenden und Unterbrochenen (Entlassenen, Anm. d. Übers.) verändern, denn es wird nicht mehr möglich sein, die Formel des unbegrenzten Schutzes und Zahlens von Gehältern für die Arbeiter beizubehalten. Bei der Identifizierung, Versetzung und Verlegung zu anderen Arbeiten wird das Verhalten und die persönliche Bereitschaft des Interessierten sehr wichtig sein.

Die Definition derjenigen, die zur Disposition stehende Plätze im jeweiligen Arbeitskollektiv besetzen, wird unter Berücksichtigung des Prinzips der gezeigten Eignung durchgeführt.

Eine Angelegenheit von einzigartiger Bedeutung stellt das Gehalt dar. Das Prinzip der sozialistischen Verteilung muss wiederbelebt werden, jeden nach dem Maß und der Qualität seiner geleisteten Arbeit zu bezahlen. Die Systeme der Zahlung nach Ergebnis, die in Zentren mit besser angepassten Plätzen angewandt werden, bleiben der Weg, um die Produktivität und damit das Einkommen der Arbeiter zu erhöhen.

Zu unterstützen, dass die Gewerkschaftsorganisation auf jeder Führungsebene zur Erfüllung dieser Politik beiträgt, wird die Fortsetzung des Aufbaus des kubanischen Sozialismus garantieren, indem das Konzept der Revolution vom richtigen historischen Augenblick angewandt und alles verändert wird, was verändert werden muss.

Als CTC und Gewerkschaften sind wird verpflichtet und sprechen uns aus für die strikteste Beachtung und Anwendung des Prinzips der gezeigten Eignung, um das beste Recht zur Besetzung eines Platzes festzustellen, sowie für die Transparenz, mit der dieses durchgeführt werden muss. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaft, in ihrem Bereich mit großem Einsatz zu handeln und die systematische Kontrolle des Verlaufs dieses Prozesses von seinem Beginn bis zu seinem Abschluss aufrechtzuerhalten, die angemessenen Maßnahmen zu ergreifen und ihre übergeordneten Organe und die CTC informiert zu halten.

Die Einheit der kubanischen Arbeiter und unseres Volkes war der Schlüssel, um die gigantische, von der Revolution geleistete Arbeit zu realisieren. In den Veränderungen, die wir nun unternehmen, bleibt sie unsere wichtigste strategische Waffe.

Nationales Sekretariat der CTC

W.I.Lenin: Textauszüge zur Neuen Ökonomischen Politik

Aus: Lenin:“Über die Neue Ökonomische Politik“; Referat am 29. Oktober 1921 bei der VII. Moskauer Gouvernements-Partei-konferenz

Im Frühjahr (1921; d.Red.) sagten wir, dass wir uns nicht scheuen werden, zum Staatskapitalismus zurückzukehren. ... Es wurde vorausgesetzt, dass im ganzen Staat die Industrierzeugnisse gegen die landwirtschaftlichen Produkte mehr oder minder sozialistisch ausgetauscht werden und dass durch diesen Warenaustausch die Großindustrie als die einzige Grundlage der sozialistischen Organisation wiederaufgebaut wird. Was stellte sich indes heraus? Es stellte sich heraus - heute wissen Sie das alle sehr gut aus der Praxis, aber das geht auch aus unserer ganzen Presse hervor -, dass der Warenaustausch gescheitert ist, gescheitert in dem Sinne, dass er in Kauf und Verkauf einmündete. Und wir sind jetzt genötigt, das zu erkennen, wenn wir nicht den Kopf in den Sand stecken wollen, wenn wir uns nicht wie Leute gebärden wollen, die ihre Niederlage nicht sehen, wenn wir uns nicht scheuen, der Gefahr direkt ins Auge zu sehen.

Wir müssen erkennen, dass sich der Rückzug als unzureichend erwiesen hat, dass wir einen zusätzlichen Rückzug antreten müssen, noch weiter zurück, indem wir vom Staatskapitalismus zur staatlichen Regelung des Kaufs und Verkaufs und des Geldumlaufs übergehen. Der Warenaustausch war ein Fehlschlag, der Privatmarkt hat sich als stärker erwiesen als wir, und statt des Warenaustausches ist gewöhnlicher Kauf und Verkauf, ist Handel zustande gekommen.

Man muss sich dem Handel anpassen, sonst wird die Flutwelle des Kaufs und Verkaufs des Geldumlaufs über uns zusammenschlagen.

Das ist der Grund, warum wir uns in der Lage von Menschen befinden, die immer noch zum Rückzug gezwungen sind, um in der Folge schließlich zum Angriff überzugehen.

Die Lage, die durch unsere Neue Ökonomische Politik geschaffen worden ist – Entwicklung kleiner Handwerksbetriebe, Verpachtung von Staatsbetrieben usw -, all dies bedeutet Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse, und das nicht sehen zu wollen, würde bedeuten, völlig den Kopf zu verlieren. Selbst-

verständlich ist die Stärkung der kapitalistischen Verhältnisse schon an und für sich eine Verschärfung der Gefahr. ... Jeder Schritt in dieser Neuen Ökonomischen Politik bedeutet eine ganze Reihe von Gefahren.

Als wir im Frühjahr sagten, dass wir die Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer ersetzen, dass wir den freien Handel mit den nach Entrichtung der Naturalsteuer verbleibenden Überschüssen dekretieren, gaben wir damit dem Kapitalismus Entwicklungsfreiheit. Das nicht zu wissen, würde bedeuten, völlig das Verständnis für die grundlegenden ökonomischen Verhältnisse zu verlieren und sich der Möglichkeit zur Orientierung und zum richtigen Handeln zu berauben.

Gewiss, die Kampfmethoden haben sich geändert, es haben sich auch die Gefahrenmomente geändert. Als die Frage der Sowjetmacht, der Auseinanderjagung der Konstituante zur Entscheidung stand, drohte die Gefahr von Seiten der Politik. Diese Gefahr erwies sich als ganz geringfügig. Als aber die Epoche des Bürgerkriegs anbrach, der von den Kapitalisten der ganzen Welt unterstützt wurde, trat die militärische Gefahr in Erscheinung – sie war schon bedrohlicher. Und als wir unsere ökonomische Politik änderten, wurde die Gefahr noch größer, weil die Ökonomik, die sich aus einer Unmenge wirtschaftlicher, alltäglicher Kleinigkeiten zusammensetzt, an die man sich zu gewöhnen pflegt und die man leicht übersieht, von uns besondere Aufmerksamkeit und Anspannung verlangt und mit besonderer Bestimmtheit die Notwendigkeit in den Vordergrund rückt, die richtigen Methoden zu ihrer Bewältigung zu erlernen. Wiederherstellung des Kapitalismus, Entwicklung der Bourgeoisie, Entwicklung bürgerlicher Verhältnisse aus dem Handel heraus usw. – das ist eben die Gefahr, die unserem jetzigen ökonomischen Aufbau, unserem jetzigen allmählichen Herangehen an die Lösung einer Aufgabe, die weit schwieriger ist als die vorhergehenden, eigen ist. Hier darf es nicht den kleinsten Irrtum geben.

Aus: Lenin: „Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgabe der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung“; Referat am 17. Oktober 1921 beim II. Gesamtrussischen Kongress der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung

Die Neue Ökonomische Politik...bedeutet den Übergang zur Wiederherstellung des Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaß. In wie großem Ausmaß,

das wissen wir nicht. Konzessionen an ausländische Kapitalisten, Verpachtung an Privatkapitalisten, - das ist eben eine direkte Wiederherstellung des Kapitalismus, und das ist mit den Wurzeln der Neuen Ökonomischen Politik verbunden. (...)

Wer wird siegen – der Kapitalist oder die Sowjetmacht?

Wer wird siegen, wer wird die Lage schneller ausnutzen – der Kapitalist, den wir selbst zur Tür hereinlassen, oder sogar durch mehrere Türen (und durch viele Türen, die wir selber nicht kennen und die ohne und gegen unsere Absicht aufgetan werden), oder die proletarische Staatsmacht? ...

Die ganze Frage ist die: Wer wird wen überflügeln? Gelingt es den Kapitalisten, sich früher zu organisieren, dann werden sie die Kommunisten zum Teufel jagen, darüber braucht man überhaupt kein Wort zu verlieren. Man muss diese Dinge nüchtern betrachten: Wer – wen? Oder wird die proletarische Staatsmacht imstande sein, gestützt auf die Bauernschaft, die Herren Kapitalisten gehörig im Zaum zu halten, um den Kapitalismus in das Fahrwasser des Staates zu leiten und einen Kapitalismus zu schaffen, der dem Staat untergeordnet ist und ihm dient? Man muss diese Frage nüchtern stellen. ...

Der Kern der Sache aber ist, dass der Kampf noch erbitterter, noch härter ist und sein wird als der Kampf gegen Koltschak und Denikin. Und zwar, weil jener Kampf ein militärischer war – das ist eine altgewohnte Sache. Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch hat man immer Krieg geführt. In der Kunst, im Krieg Menschen umzubringen, sind ungeheure Fortschritte gemacht worden. Allerdings saßen in den Stäben fast aller Gutsbesitzer, Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die sich heiser schrien über Volksrechte, über die Konstituante und darüber, dass die Bolschewiki alle Freiheiten verletzt hätten. Dennoch war es leichter, die militärische Aufgabe zu lösen als die, vor der wir jetzt stehen. Die militärische Aufgabe konnte man durch Ansturm, Angriff, Enthusiasmus lösen, geradezu durch die physische Kraft der Arbeiter und Bauern, die sahen, dass der Gutsbesitzer auf sie losging. Heute gibt es keine offenen Gutsbesitzer mehr. ...

Ein klares Bild davon, dass sich der Feind schon mitten unter uns befindet und dass es derselbe Feind ist, dass die Revolution vor einem Abgrund steht, auf den alle früheren Revolutionen gestoßen und vor dem sie zurückgeschaut waren – diese Einsicht kann das Volk nicht haben, ... Woher soll das Volk das

Bewusstsein haben, dass sich an der Stelle von Koltshak, Wrangel und Denikin hier, mitten unter uns, der Feind befindet, der alle früheren Revolutionen zugrunde gerichtet hat? Denn wenn die Kapitalisten die Oberhand über uns gewinnen, so bedeutet das die Rückkehr zum Alten, was auch durch die Erfahrung aller früheren Revolutionen bestätigt wird.

Unsere Partei hat die Aufgabe, das Bewusstsein zu wecken, dass der Feind mitten unter uns der anarchische Kapitalismus und der anarchische Warenaustausch ist. Man muss dieses Wesen des Kampfes klar begreifen: "Wer - wen? Wer wird die Oberhand gewinnen?" Die Diktatur des Proletariats ist der härteste, der erbitterteste Kampf, bei dem das Proletariat gegen die ganze Welt kämpfen muss,

Entweder die organisierte proletarische Macht – und die fortgeschrittenen Arbeiter wie der nicht große Teil der fortgeschrittenen Bauern werden diese Aufgabe begreifen und eine Volksbewegung um sich zu organisieren verstehen -, und dann werden wir als Sieger hervorgehen. Oder wir werden das nicht fertigbringen – und dann wird der Feind, der im Sinne der Technik über größere Kräfte verfügt, uns unweigerlich schlagen. ...

Lenin, Werke, Bd. 33, S. 40 ff

Prof. J. Petras: Das „Trojanische Pferd im Anmarsch“ - Zur neuen Strategie der USA gegen Cuba (Juni 2015)

Fünzig Jahre lang habe die USA eine konzertierte terroristische Sabotage-Kampagne, ein Wirtschaftsembargo und einen diplomatischen Krieg gegen ihren karibischen Nachbarn Cuba inszeniert.

Angesichts der nahezu totalen diplomatischen Isolierung bei den Vereinten Nationen (183:3 gegen die von den USA inszenierte Blockade), der allgemeinen Opposition gegen die US-Kriegspolitik gegenüber Cuba auf dem Gipfel Amerikas und in der Organisation der Amerikanischen Staaten und der überraschend freundlichen öffentlichen Meinung der US-Bürger bezüglich Cubas hat Washington entschieden, in offene Verhandlungen mit Havanna zu treten und diplomatische und Wirtschaftsbeziehungen herzustellen.

Von außen sieht der offensichtliche Wandel von der militärischen Konfrontation und den Wirtschaftssanktionen hin zu diplomatischen Verhandlungen so

aus, als wäre das eine Bewegung in Richtung einer friedlichen Koexistenz zwischen unterschiedlichen sozialen Systemen.

Wenn man jedoch Washingtons taktische Zugeständnisse gründlicher liest und seine strategischen Ziele kennt, kommt die Vermutung auf, dass das lediglich ein Wechsel der Methoden ist, die Vorzüge der sozialistischen Revolution aufzuheben.

Unter dem Mantel diplomatischer Vereinbarungen wollen die USA direkt oder indirekt Millionen von US-Dollar in Cubas privaten Sektor fließen lassen, um dessen Gewicht in der Wirtschaft zu verstärken und eine Partnerschaft mit diesem Sektor zu schaffen. Die Wirtschaftspolitik der US-Botschaft wird direkt auf die Ausweitung des privaten Geschäftssektors gerichtet sein, offen für das US-Kapital. Mit anderen Worten: Washington wird eine Strategie der Vergrößerung der Privatwirtschaft in Cuba verfolgen, um sich dort ökonomische und politische Alliierte zu schaffen.

Zweitens wird die US-Botschaft eine größere Rolle als Geldgeber, Werber und Konterrevolutionär spielen und eigene Cuba-„Dissidenten“ in ihre Zivilgesellschaft aufnehmen.

Drittens wird der große Einfluss von US-kontrollierten Telekommunikationsmitteln, kulturellen Programmen und Austausch sowie kommerziellen Verkäufen einen Effekt auf die Entradikalisierung der cubanischen Öffentlichkeit (vom Sozialismus über den Egalitarismus zum Großkonsumismus) haben und die brüderlichen Bande Cubas nach Lateinamerika reduzieren. Die antiimperialistische Solidarität mit den populären lateinamerikanischen Bewegungen und Regierungen wird sich verringern und die Cubaner werden eine Miami-Mentalität annehmen.

Viertens: Cubas ökonomischen und politischen Verbindungen mit Venezuela werden beibehalten werden, aber die US-Bemühungen, die boliviarische Regierung Venezuelas zu unterwandern oder Venezuela in einen „moderaten“ Staat umzuwandeln, könnten auf weniger Widerstand seitens Havanna stoßen.

Fünftens: Washington wird einen billigen Massentourismus fördern, um die einseitige Abhängigkeit der cubanischen Wirtschaft zu erhalten und das sozialistische Bewusstsein durch ein „Komparator-Bewusstsein“ zu ersetzen, eine dekadente Mentalität, die das Emporkommen einer Klasse von Akteuren und

„Brokers“ hervorbringt, die sich mit dem wirtschaftlichen Austausch zwischen dem „Sender“ (USA) und dem Empfänger (Cuba) beschäftigt und davon lebt. Diese cubanischen Akteure zwischen den imperialen USA und dem abhängiger Cuba könnten zu politisch-strategischen Akteuren in Havana werden.

Mit anderen Worten, die Konzessionen Washingtons haben via Diplomatie sicher gestellt, über ein „Trojanisches Pferd“ Subversion durch Annäherung zu betreiben, die sozialistische Wirtschaft zu untergraben und die cubanische Kooperation für eine De-Radikalisierung Lateinamerikas nutzen zu können.

Auszug aus: Prof. James Petras: Friedensverhandlungen oder Kriegsvorbereitung? Kolumbien, Iran, China, Cuba, Ukraine, Jemen, Syrien. Aufsatz vom 6.6.2015, publiziert in: Geheim-Magazin 2-2015, S. 18. Geheim-Magazin, Postfach 270324, 50509 Köln, Tel: 0221-2839995

Frank Flegel: Analyse der Wirtschaftsreformen des sozialistischen Kuba (2017)

Teil a) „Darstellung und Einschätzung der Beschlüsse und Maßnahmen der kubanischen Wirtschaftsreformen“ habe ich in drei Abteilungen gegliedert: Die politische Vorbereitung; Der Plan des „Aktualisierungsprozesses“ der Wirtschaft; Die Entwicklung. Ich habe sehr viel mit Quellen und Zitaten gearbeitet, wohl wissend, dass das die Lesbarkeit nicht verbessert, aber hier schien mir eine an Quellen abgesicherte Argumentation unerlässlich. Der Teil b) „Zusammenfassung der Ergebnisse“ ist, wie der Titel schon sagt, eine Zusammenfassung und deshalb wesentlich kürzer.

a) Darstellung und Einschätzung der Beschlüsse und Maßnahmen der kubanischen Wirtschaftsreformen

Die politische Vorbereitung:

„In Übereinstimmung mit der am 24. Februar 2008 auf der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung der Poder Popular vom Präsidenten des Staats und Ministerrates, Armeegeneral Raul Castro Ruz, aufgeworfenen Aufgabenstellung, dass 'heute eine kompaktere und effizientere Struktur mit weniger Organen der zentralen Staatsverwaltung und einer besseren Verteilung ihrer Funktionen' notwendig sei, beschloss der Staatsrat auf Vorschlag seines

Präsidenten und nach Beratung mit dem Politbüro des ZK der Partei in der am heutigen Tag abgehaltenen Versammlung die folgenden personellen Änderungen und Umstrukturierungen der Organe der zentralen Staatsverwaltung vorzunehmen: Der Genosse Luis Rodriguez Garcia wird vom Amt des Vizepräsidenten des Ministerrates und Minister für Wirtschaft und Planung befreit. ... Der Genosse Otto Riveros Torres wird von seiner Verantwortlichkeit als Vizepräsident des Ministerrates befreit. ... Der Genosse Raul de la Nuez Ramirez wird von seiner Verantwortlichkeit als Minister für Außenhandel befreit. ... Die Genossen Alejandro Roca Iglesias und Alfredo Lopez Valdes werden von ihren Ämtern als Minister für Ernährungs- und Fischereiwirtschaft befreit. ... Der Genosse Felipe Perez Roque wird von seiner Verantwortung aus Außenminister befreit. ... Die Genossin Barreiro Fajardo wird vom Amt der Ministerin für Finanzen und Preise befreit. ... Der Genosse Fernando Acosta Santana wird vom Amt des Ministers für Metallverarbeitende Industrie befreit. ... Der Genosse Alfredo Morales Cartaya wird vom Amt des Ministers für Arbeit und Sozialversicherung befreit. ... Der Genosse Carlos Lage Davila wird von seinem Amt als Sekretär des Ministerrates befreit.“⁴

Zusammengefasst - folgende führende Ämter wurden neu besetzt: Vizepräsident des Ministerrates, Sekretär des Ministerrates, Minister für Wirtschaft und Planung, Minister für Ernährungswirtschaft, Minister für Fischereiwirtschaft, Minister für metallverarbeitende Industrie, Minister für Finanzen und Preise, Minister für Arbeit und Sozialversicherung, Minister für Außenhandel, Außenminister. Da ist kein Stein auf dem anderen geblieben.

Nun werden die bis dahin sich im Amt Befundenen ja weder alle gleichzeitig schwer krank oder zu alt geworden noch plötzlich von gemeinsamer Verblödung befallen worden sein, sprich es kann sich hier nicht um eine normale Form des Ersatzes des einen Kaders durch einen anderen, jüngeren handeln. Manche meinten damals, es seien die Fidel-Anhänger entfernt und durch Raul-Anhänger ersetzt worden. Da ich keinen Einblick in die Interna der KP Kubas habe, kann ich das nicht einschätzen. Die Schärfe, mit der Raul Castro die Existenz von Auseinandersetzungen über die neue Wirtschaftspolitik abstreitet, deutet aber darauf hin, dass es sie gab und wahrscheinlich noch im-

⁴ Granma internacional, März 2008, „Amtliche Bekanntmachung“, ohne Datumsangabe (im Text kommt vor: „am heutigen Tage abgehaltene Versammlung...“, diese bleibt im Artikel aber undatiert)

mer gibt. Raul Castro erklärte am 1. August 2010, dass es manche Berichterstatte gäbe, die „... *in schriller Übertriebenheit die Bekanntgabe mutmaßlicher Reformen in unserem ökonomischen und sozialen System sowie die Anwendung von kapitalistischen Rezepten zur Neuordnung der Wirtschaft vorwegnahmen; wobei einige sich sogar soweit vorwagten, die Existenz eines Kampfes zwischen verschiedenen Linien in der Führung der Revolution zu beschreiben.*“⁵

Ich kann nur sagen, dass ich es für sehr unwahrscheinlich halte, dass solch tiefgreifende Veränderungen der Ökonomie, Veränderungen, die, wie wir sehen werden, den Charakter der kubanischen Wirtschaft als einer Planwirtschaft nicht nur stark gefährden, sondern auf die Dauer zerstören werden, ohne Widerspruch, Auseinandersetzungen und Machtkämpfe ablaufen.

Der Plan des „Aktualisierungsprozesses“ der Wirtschaft

„Arbeit auf eigene Rechnung“, Familienbetriebe und Kooperativen

Es geht darum, die Belegschaften in den staatlichen Betrieben zu verkleinern. Es soll ein Teil der Entlassenen zu eigenständigen Gewerbetreibenden werden, ein weiterer Teil zu selbstständigen Bauern bzw. zu Mitgliedern landwirtschaftlicher Kooperativen. Dazu Raul Castro im Rechenschaftsbericht beim 6. Parteitag der KP Kubas am 29. April 2011 sowie ein Auszug aus einem Artikel von André Scheer vom August 2010 aus der „jungen Welt“ und einen zweiten Auszug aus einem Artikel aus der Granma internacional über eine Tagung der Parteihochschule vom Dezember 2010:

„Dieses Prinzip (der Sozialfürsorge für Bedürftige, F.F.) behält voll Gültigkeit bei der Neuordnung der Arbeitskräfte, die schon im Prozess ist, um die aufgeblasenen Belegschaftszahlen im staatlichen Bereich unter strikter Einhaltung der bewiesenen Eignung zu vermindern. Dieser Prozess wird weitergehen, ohne Eile, aber ohne Pause, und sein Rhythmus ist durch unsere Fähigkeit bestimmt, die erforderlichen Voraussetzungen für seine völlige Entfaltung zu schaffen. Einen Beitrag hierfür muss unter anderen Faktoren die Erweiterung und Flexibilisierung der Arbeit in nichtstaatlichen Bereichen leisten. Diese Art der Beschäftigung, die seit vergangenem Oktober bis jetzt über

⁵ Granma internacional, Oktober 2010, Raul Castro, „Rede vor der Nationalversammlung am 1. August 2010“

200.000 Kubaner begonnen haben, womit sich die Anzahl der selbstständigen Erwerbstätigen verdoppelt hat, stellt eine Arbeitsalternative auf der Grundlage der gültigen Gesetzgebung dar und muss deshalb die Unterstützung, Rückendeckung und den Schutz der Behörden auf allen Ebenen erhalten. ...Die Zunahme des nichtstaatlichen Sektor der Wirtschaft – weit davon entfernt, eine angebliche Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums zu bedeuten, wie einige Theoretiker behaupten – ist dazu berufen, zu einem Faktor zu werden, der den Aufbau des Sozialismus in Kuba erleichtert...“⁶

„Ausgedehnt werden soll die Arbeit auf eigene Rechnung, die so zu einer Beschäftigungsalternative für erwerbslos werdende Angestellte werden soll. Zahlreiche Verbote sollen aufgehoben und die Möglichkeit zur Anstellung von Arbeitskräften 'flexibilisiert' werden.“⁷

„Zu Beginn der Debatte und angesichts der Beunruhigung mehrerer Teilnehmer in Bezug auf die Schaffung von Kooperativen in anderen Sektoren (als in der Landwirtschaft, F.F.) kommentierte der kubanische Wirtschaftsminister Murillo: ...Das Wirtschaftsmodell zu aktualisieren umfasse auch, mehrere gesetzliche Vorschriften zu ändern. Murillo war der Ansicht, dass die Kooperativen in die Kleinindustrie, in den Dienstleistungsbereich passten, 'denn es gibt Dinge, die mit staatlichen Formeln nicht funktionieren.'“⁸

Größere Eigenständigkeit der Betriebe und regionale Selbstständigkeit, Plan und Markt

Bei marktwirtschaftlichen „Reformen“ im Sozialismus geht es natürlich immer um die Beschneidung der Kompetenzen der Planungsbehörden, um Dezentralisierungen und um eine größere „Eigenständigkeit der Betriebe“. So auch in den Plänen zur „Aktualisierung des Wirtschaftsmodells“ in Kuba. Dazu hier Auszüge aus dem eben schon zitierten Artikel über die Tagung der

⁶ Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

⁷ jW, 03.08. 2010, „Kurskorrektur. Kubas Präsident Raul Castro kündigt 'strategischen Wandel' an“ von André Scheer

⁸ Granma internacional, Dezember 2010, „In diesem Prozess entscheidet das Volk“ von Yalma Puig Meneses und Leticia Martinez Hernandez über eine viertägige Tagung in der Parteihochschule über den Entwurf der neuen Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Parteihochschule und aus der ebenfalls bereits zitierten Rede Raul Castros beim 6. Parteitag:

„Unter anderen Themen wurde die Vergrößerung der Befugnisse der Betriebe untersucht, was – wie im Seminar erläutert wurde – synonym für mehr Verantwortung ist. Diesbezüglich wurde geklärt, wie die Grundsteuer, die die Betriebe zahlen werden, von den örtlichen Verwaltungsräten (CAM) erhoben werden wird, um die Entwicklung der Ortschaft zu unterstützen. Dazu hatte Raul am ersten Tag des Seminars die Entscheidung mitgeteilt, den örtlichen Verwaltungsräten mehr Befugnisse zu übertragen, um die territoriale Entwicklung zu fördern.“⁹

„Das volle Verständnis dieser Konzeption wird uns befähigen, mit Solidität und ohne Rückschläge die allmähliche Dezentralisierung der Befugnisse voranzubringen, und zwar von der zentralen Regierung auf die örtlichen Verwaltungen, von den Ministerien und anderen nationalen Institutionen zugunsten der zunehmenden Autonomie des staatlichen sozialistischen Betriebes. Das übermäßig zentralisierte Modell, das gegenwärtig unsere Wirtschaft kennzeichnet, muss geordnet und diszipliniert unter Teilnahme der Werktätigen in ein dezentralisiertes System überführt werden, in dem die Planung als sozialistisches leitungsmerkmal vorherrschen wird, das aber die auf dem Markt bestehenden Tendenzen nicht übersehen wird, was zur Flexibilität und zur ständigen Aktualisierung des Planes beitragen wird.“¹⁰

Ich wiederhole: das „übermäßig zentralisierte Modell“ soll in „dezentrales System überführt werden.“ Beeindruckend finde ich dabei die Wortwahl: die zentrale Planwirtschaft erscheint hier als ein „Modell“, neben dem es natürlich auch andere gibt, und dieses „Modell“ hat einen Fehler: den Zentralismus. Interessant wäre es, wenn wir darüber aufgeklärt würden, was daran denn falsch sein soll. Aber ich habe dafür keine Begründung in den mir zur Verfügung stehenden Quellen gefunden.

⁹ Granma internacional. Dezember 2010, „In diesem Prozess entscheidet das Volk“ von Yalma Puig Meneses und Leticia Martinez Hernandez über eine viertägige Tagung in der Parteihochschule über den Entwurf der neuen Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

¹⁰ Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

Wohin es statt Planwirtschaft gehen soll, bestimmt Blanca Rosa Pampin, Vizepräsidentin der Nationalen Assoziation der Ökonomen und Buchhalter Kubas, recht genau:

„Es geht darum, unseren Sozialismus zu perfektionieren, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu schaffen. Denn wir befinden uns heute im 21. Jahrhundert, und der Sozialismus muss der Zeit angemessen sein. Wir werden weiter Planwirtschaft haben, aber mit einer flexibleren Planung. Wir müssen den Markt berücksichtigen, denn der Markt existiert. ... Wir haben bestimmte Prinzipien. 68 Prozent der bebauten Ländereien Kubas sind in den Händen landwirtschaftlicher Kooperativen, während der Staat selbst sehr wenige Ländereien besitzt. Weiter fördern wir die selbstständige Arbeit auf eigene Rechnung, der bereits 35 Prozent unserer Arbeiter nachgehen. ... Wir fördern die Schaffung von Kooperativen in Bereichen, die über die Landwirtschaft hinausgehen, so bei den Dienstleistungen, z.B. Friseurgeschäften oder Handwerkern. Es gibt keinen Grund, warum der Staat einen Teil seiner Energie für solche Aufgaben einsetzen sollte.“¹¹

Es soll also eine flexible Planung geben (was immer das sei) und man muss den Markt berücksichtigen. Das Beste ist die Begründung für die Notwendigkeit, den Markt zu berücksichtigen: „...denn der Markt existiert“. Das nennt man glaube ich eine Tautologie: Erst schafft man den Markt, indem man Lebensmittel, kleine und mittlere Produktionsmittel, Dienstleistungen usw. privatisiert (näheres dazu weiter unten) und begründet das Geschaffene damit, dass es existiert. Ebenso unvorstellbar ist die Begründung für private Kooperativen im nicht-landwirtschaftlichen Bereich: „Es gibt keinen Grund, warum der Staat einen Teil seiner Energie für solche Aufgaben einsetzen soll.“ Die Frau ist die Vizepräsidentin der Nationalen Ökonomen und Buchhalter Kubas!

Arbeitsplatzabbau in bzw. Aufgabe von staatlichen Betrieben

Der Wirtschaftsminister Murillo kennt offensichtlich nur die betriebswirtschaftliche Rechnungsführung und will unrentable Betriebe schließen. Natürlich ist es fraglich, ob das Kalkül, die privaten Betriebe würden die dadurch

¹¹ jW, 24.07.2013, „Besseren Sozialismus durch mehr Sozialismus“, Interview mit Blanca Rosa Pampin, Vizepräsidentin der Nationalen Assoziation der Ökonomen und Buchhalter Kubas, das Interview führte André Scheer

entstehenden Produktionslücken schon schließen, tatsächlich aufgeht. Das Projekt ist jedenfalls nicht ohne Risiko, auch für die beschäftigten:

„Eine der Leitlinien, die die meisten Fragen aufwarfen, ist die Nr. 16, wo zum Ausdruck gebracht wird, dass staatliche Betriebe, die wiederholt Verluste vorweisen, einem Prozess der Auflösung unterworfen sein werden. 'Es ist nicht möglich, zehn Jahre lang einen Betrieb mit Verlust zu haben, und dass der Staat die Kosten übernehmen muss' äußerte der Wirtschaftsminister.“¹²

„Kuba steht vor dramatischen Veränderungen. Die vom Nationalen Sekretariat des Gewerkschaftsbundes CTC angekündigten Massenentlassungen von einer halben Million Menschen bis Ende März kommenden Jahres (=März 2011, F.F.) sind ein Drahtseilakt. Gelingt es nicht, die Entlassenen schnell in neue, stabile Arbeitsverhältnisse zu bekommen, könnte daraus eine gefährliche Situation entstehen.“¹³

Landwirtschaft

In der Sowjetunion war die Kollektivierung der Landwirtschaft neben ihrer Funktion im Kampf gegen die Kulaken ein Hebel zur Produktivkraftsteigerung, denn nur durch die staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen und die Zusammenfassung der kleinbäuerlichen Ländereien zu Großbetrieben war ein rationeller Einsatz der modernen Technik möglich. In Kuba sollen die Reformen eher in die gegenteilige Richtung gehen. Dazu einige Artikelauszüge aus der „jungen Welt“ und dem „Neuen Deutschland“:

„Die Transformation der industriell geprägten Landwirtschaft Kubas in eine, die von hoch produktiven, nachhaltig wirtschaftenden bäuerlichen Betrieben bestimmt wird, macht gute Fortschritte.“¹⁴

„Für die einfachsten Arbeitsmittel wie Macheten, Pflüge, Sicheln, Eggen, ... mussten die Bauern in einen Papierkrieg mit der Bürokratie ziehen, den sie allzu oft verloren. Seit dem 1. April sind die Bürokraten ausgeschaltet, die

¹² Granma internacional. Dezember 2010, „In diesem Prozess entscheidet das Volk“ von Yalma Puig Meneses und Leticia Martinez Hernandez über eine viertägige Tagung in der Parteihochschule über den Entwurf der neuen Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

¹³ jW, 15. 09.2010, „Entlassungen in Kuba. Systemfrage.“ von André Scheer

¹⁴ jW, 04.08.2010, „Revolution der Nachhaltigkeit“ von Peter Clausing

ersten Verkaufsstellen wurden eingerichtet, in denen Bauern einkaufen können.“¹⁵

*„Die Hälfte der heute rund 200.000 bäuerlichen Familienbetriebe betreibt biologischen Anbau. Insgesamt werden von diesen betrieben auf nur 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche mehr als 65 % der nationalen Produktion erzeugt. Mit dem im Juli 2008 verabschiedeten 'Gesetz 259' ermöglichte die Regierung Familien, die in die Landwirtschaft wechseln wollen, die Bewirtschaftung von bis zu 13,42 Hektar Land.“*¹⁶

*„Inzwischen sind nach Angaben des kubanischen Wirtschaftsministers Marino Murillo 920.000 Hektar Land zur Bewirtschaftung übergeben worden. ... Unterdessen kündigte Murillo an, dass die Landwirte in der Mehrzahl der 169 Landkreise Kubas die Möglichkeit bekommen sollen, ihren Bedarf (an Material und Gerätschaften, F.F.) durch direkten Einkauf zu decken. Bislang sind aufwändige Antrags- und Genehmigungsverfahren nötig. Generell ist die Beseitigung bürokratischer Hürden im Bemühen, die landwirtschaftliche Produktion durch die Förderung von Initiative und Verantwortung anzukurbeln, ein probates Mittel. Bleibt zu hoffen, dass mit diesen Maßnahmen nicht eine schleichende allgemeine Privatisierung der Wirtschaft eingeleitet wird.“*¹⁷

Die Produktionsmittel der Bauern werden also als Waren gehandelt. Die „Bürokraten sind ausgeschaltet“. Die industriell geführte Landwirtschaft wird in eine kleinbäuerliche Struktur überführt. Ob das grundsätzlich produktiver sein kann, muss bezweifelt werden.

Herunterfahren der Subventionen für Lebensmittel

Dass im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Landwirtschaft hin zu einer kleinbäuerlichen Produktionsweise und der Eröffnung privater Bauernmärkte, der Zulassung von Groß- und Einzelhändlern usw. die staatliche Subventionierung von Lebensmitteln störend wird, liegt auf der Hand. Deshalb wurde beschlossen, das Lebensmittelzuteilungsheft abzuschaffen. Hierzu aus dem Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag Raul Castro:

¹⁵ Neues Deutschland, 14.04.2008, „Kuba will Selbstversorgung ausbauen“ von Leo Burghardt

¹⁶ jW, 29.04.2010, „Kubas grünes Projekt“ von Peter Clausing

¹⁷ jW, 04.08.2010, „Revolution der Nachhaltigkeit“ von Peter Clausing

„Das Lebensmittelzuteilungsheft und seine Beseitigung war ohne Zweifel die Angelegenheit, die die meisten Wortmeldungen der Diskussionsteilnehmer (an der dreimonatigen Debatte der neuen Leitlinien) hervorbrachte und es ist logisch, dass das so ist. Zwei Generationen von Kubanern haben ihr Leben unter diesem Rationierungssystem verbracht, das trotz seines schädlichen Gleichmachungs-Charakters über Jahrzehnte allen Bürgern den Zugang zu den Grundnahrungsmitteln zu lächerlich geringen in hohem Grade staatlich gestützten Preisen ermöglichte. Dieses Verteilungsinstrument hat sich – wenn es auch in den 60er Jahren aus egalitärer Berufung in Augenblicken des Mangels eingeführt worden war, um die Bevölkerung vor der Spekulation und dem Hamsterkauf mit lukrativen Zielen seitens einiger Weniger zu schützen – im Verlaufe der Jahre in eine unerträgliche Belastung für die Wirtschaft verwandelt und in etwas, was der Arbeit jeden Anreiz nahm. ... Es ist wirklich so, dass das rationierte familiäre Grundnahrungsmittelpaket, das unter konkreten historischen Umständen gerechtfertigt war, jetzt, nachdem es sich so lange gehalten hat, in seinem Wesen dem Verteilungsprinzip widerspricht, das den Sozialismus auszeichnen sollte.“¹⁸

Dass staatliche Subventionierung und freies Spiel der Kräfte auf dem Markt einander widersprechen, ist klar. Aber muss eine solche demagogische Begründung wie „...schädlicher Gleichmachungs-Charakter..“ und „lächerlich geringe Preise“ wirklich sein?

Wirtschaftsreformen und deren Propagierung in den Massenmedien

Auch wenn Raul Castro „die Existenz eines Kampfes zwischen verschiedenen Linien in der Führung der Revolution“ empört zurückweist, scheint der „Aktualisierungsprozess“ so harmonisch, wie er es gern darstellt, nicht zu verlaufen. Die Medien werden jedenfalls sehr klar in die Pflicht genommen:

Zur „Behandlung kürzlich aufgetretener Unverständnisse ... müssen Partei und Regierung „mit verschiedenen Methoden und Stilen ... den Sorgen der Bevölkerung Aufmerksamkeit schenken und dieser klar und einfach die Dinge erklären, dann wird die Unterstützung der Maßnahme erreicht. Zur Erlangung dieser Bestrebungen ist die kubanische Presse in ihren verschiedenen Formaten dazu berufen, eine maßgebende Rolle bei der objektiven, konstan-

¹⁸ Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

ten und kritischen Klärung und Verbreitung des Stands bei der Anpassung des Wirtschaftsmodelles zu spielen, damit mit scharfsinnigen und konkreten Zeitungsartikeln und Arbeiten in einer für alle verständlichen Sprache eine Kultur bezüglich dieser Themen gefördert wird.“¹⁹

Wer „dazu berufen (ist) eine maßgebende Rolle bei der objektiven, konstanten und kritischen Klärung und Verbreitung des Stands bei der Anpassung des Wirtschaftsmodelles zu spielen“, der hat nicht die Aufgabe, der gesellschaftlichen Diskussion über ein Ja oder Nein zum „Aktualisierungsprozess“ Raum zu geben. Einer Grundsatzdebatte will Raul Castro in den Medien jedenfalls keinen Platz einräumen.

Die Entwicklung

„Das Resümee des Jahres 2012, das Kubas Parlament während der letzten Tagung seiner 7. Legislaturperiode gezogen hat, war mäßig optimistisch. ... Was wurde seit 2008 bewegt? Die Möglichkeiten für Beschäftigte auf eigene Kosten wurden erweitert. In diesem Sektor sind bereits 395.000 Bürger tätig. Es gab grünes Licht für die Gründung nicht-landwirtschaftlicher Genossenschaften, Kleinunternehmen in der Fischerei, Bauwirtschaft, bei Transport und Dienstleistungen. Drastisch wurden staatliche Planstellen in der Hoffnung gestrichen, dass sich viele selbstständig machen würden. Abertausende Hektar staatlichen Bodens wurden zur Nutzung an Interessenten übergeben. ... Das neue Gesetz zur Sozialversicherung sieht unter anderem vor, das Rentenalter für Frauen von 60 auf 65 Jahre und für Männer von 65 auf 70 Jahre heraufzusetzen; zugleich wird den Veteranen gestattet, weiter zu arbeiten, ohne den Rentenanspruch zu verlieren. ... Verständliche Verwirrung stiftete zunächst das Gesetz, dem zufolge die Kubaner zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert Steuern entrichten müssen. Dies hatten die Revolutionäre wie so Vieles im Überschwang nach ihrem Sieg im Januar 1959 abgeschafft. Auch Tourismusminister Manuel Marrero konnte einen Wachstumsrekord verkünden: 4,9 Prozent, geplant waren 5 Prozent. 2,85 Millionen Besucher kamen nach Kuba, 319.000 mehr als 2011. ... Marrero widmete einen Teil seiner Bilanz auch den 4280 privaten Zimmer- und 700 Wohnungsvermietern. Der Staat betrachtet sie heute nicht mehr als Konkurrenz, sondern als Ergän-

¹⁹ Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

zung seines Angebots. Die staatlichen Anlagen hätten inzwischen schon private Dienstleister wie Animatoren, Fotografen und Organisatoren für Feste verpflichtet.“²⁰

Wenn der Staat nicht mehr das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln verwaltet, ist er auch nicht mehr der Empfänger des gesellschaftlich produzierten Mehrproduktes. Da der kubanische Staat das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln zunehmend privatisiert, muss er zu seiner Finanzierung natürlich auf das Mittel des bürgerlichen Staates zurückgreifen und Steuern erheben. Es entbehrt nicht der Komik, dass der Autor meint, „die Revolutionäre“ hätten die Steuern „wie so Vieles im Überschwang nach ihrem Sieg im Januar 1959 abgeschafft“. „Im Überschwang“! Und jetzt werden sie offensichtlich langsam realistisch. Aber was soll’s, es ist halt das ND.

Dass die Alten zur Kasse gebeten werden und das Renteneintrittsalter um fünf Jahre erhöht wird zeigt, dass die Aktualisierung auch Opfer fordert. Auf die Gewinner komme ich später zu sprechen (es sind rund 8 – 10 Prozent der Bevölkerung).

„Die Änderungen, die nun eingeführt werden, haben hauptsächlich zum Ziel, die staatlichen Funktionen von den betrieblichen zu trennen“, führte der stellvertretende Leiter der Ständigen Kommission für Implementierung und Entwicklung aus. Die gegenwärtige Reorganisation, fügte er hinzu, verfolge eine rationellere und gesamtheitlichere Tätigkeit der Leitungsorgane beider Strukturen, der staatlichen und der betrieblichen.“²¹

Dies Bestreben der Trennung von Staat und Betrieb werden wir noch in mehreren Reden und Artikeln wiederfinden. Natürlich ist das ein notwendiger Schritt, wenn man die Privatwirtschaft sich entwickeln lassen will, denn da braucht es private „Initiative“, die nicht „bürokratisch“ gegängelt werden darf... Da das Thema aber über Jahre immer wieder auftaucht, scheint die Durchsetzung dieses großen und wichtigen Schrittes hin zur Demontage der Planwirtschaft nicht ganz so reibungslos abzulaufen.

²⁰ Neues Deutschland, 27.12.2012, „Kuba sucht seinen eigenen Weg“ von Leo Burghardt

²¹ Granma internacional, Juni 2013, „Kampf gegen unsere Beschränkungen und Unzulänglichkeiten“, Artikel ohne Verfasserangabe

„Verantwortlich für die Aktualisierung ist Marino Murillo. Vor einem kleinen Kreis internationaler Journalisten begründet der Vizepräsident des Ministerates die Notwendigkeit weitgehender Reformen. 'Wir müssen die Fesseln lösen', sagt er und spricht ungeniert von 'Vermögensbildung', 'Preisaneizen' und 'Marktabhängigkeit'. Wurde der Kapitalismus den Kubanern bisher in homöopathischen Dosen verabreicht, ist jetzt eine Organtransplantation daraus geworden. Seit diesem Sommer dürfen einige Staatsbetriebe ihr Budget selbstständig bestimmen, 50 Prozent ihrer Gewinne behalten und reinvestieren oder an ihre Mitarbeiter weitergeben. Macht das Modell die Unternehmen rentabler, soll es 2014 für alle Staatsbetriebe geöffnet werden. Zudem wurde die Verfassung geändert; sie erlaubt jetzt Kooperativen auch außerhalb der Landwirtschaft. 197 Genossenschaften sind gerade an den Start gegangen, in der Gastronomie, dem Transport-, dem Bausektor. Für westlich Entwicklungshelfer ist das ein entscheidender Schritt. 'Es ist die Keimzelle für kleinere und mittlere Unternehmen', sagt ein Berater. ... Dass die Wirtschaft jetzt weiter geöffnet wird, ist auch der Einsicht geschuldet, dass die bisherigen Veränderungen nicht genug bewirkt haben. Die Produktion stieg kaum an.“²²

Wenn die Betriebe 50 Prozent der Gewinne behalten dürfen, um sie zu „reinvestieren oder an ihre Mitarbeiter weiter(zu)geben“, was wird wohl passieren? Werden wir einen Investitionsboom erleben? Eher nicht. Ich kann ja jetzt schon verraten, dass die Investitionen im Jahr 2016 um 17 Prozent unter dem Plan lagen.

„Wir müssen uns auf ein weniger behördlich gesteuertes Funktionieren der Wirtschaft ausrichten“, sagte Marino Murillo Jorge, Vizepräsident des Ministerates und Leiter der Kommission der Umsetzung und Entwicklung der Leitlinien. ... Er bezog sich außerdem auf die Betriebe mit Verlusten, die vom Staat finanziert werden mussten. Jetzt wird vorgeschlagen, sie neu zu dimensionieren, mit anderen zusammenzulegen oder sie einfach zu schließen. ... Ein Betrieb, drückte er aus, muss 'produzieren, verkaufen, kassieren und Gewinn haben'.“²³

²² Hannoversche Allgemeine Zeitung, 30.07.2013, „Kuba im Gründungsfieber“ von Klaus Ehlingfeld

²³ Granma internacional, August 2013, „Die Entwicklung ist der Grundgedanke der Revolution, Bericht von der Abschlusssitzung der 1. Tagung der 8. Legislaturperiode der Nationalversammlung“

Brutaler kann man eine kapitalistische Ausrichtung der Betriebe nicht formulieren. Betriebe haben im Sozialismus die Aufgabe, Gebrauchswerte für die Menschen herzustellen – nach einem gemeinschaftlich aufgestellten Plan, um damit die in der Gesellschaft vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen. Natürlich muss die sozialistische Wirtschaft rationell und ressourcenschonend arbeiten. Leider erreicht man das kaum, wenn es nur um die Rentabilität des Einzelbetriebes geht, also um Betriebswirtschaft. Sozialismus ist Volkswirtschaft. Stalin hat zu diesem Thema dankenswerter Weise den Begriff der gesamtwirtschaftlichen Rentabilität eingeführt. (Siehe: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR).

Die Granma berichtet von der Zulassung weiterer privater Gewerbe:

„Das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit gab in der außerordentlichen Ausgabe Nr. 27 des Amtsblattes der Republik Kuba eine Resolution über die Regelung der Ausübung der Selbstständigen Gewerbetätigkeit bekannt. ... Zu den auffälligsten Neuheiten unter den Erwerbstätigkeiten gehört die Legalisierung der 'Makler für Wohnungstausch, -kauf und -verkauf', die im 'Auftrag von Kunden den Dienst ausüben, die Durchführung von Wohnungstauschen, -käufen oder -verkäufen zu leiten und zu koordinieren'. Auffällig ist auch die neue Figur des 'Telekommunikations-Agenten', der die 'Werbung und den Einzelverkauf von Telekommunikationsprodukten und Dienstleistungen übernimmt.' ... Andere neue Modalitäten der selbstständigen Erwerbstätigkeit sind unter anderem Groß- und Einzelhändler von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Vermittler von Mietwohnungen oder für die Möbelherstellung und -reparatur.“²⁴

Die Maßnahmen führten nicht zum gewünschten Wirtschaftswachstum. Raul Castro dazu vor der Nationalversammlung:

„Obwohl die kubanische Wirtschaft im laufenden Jahr (2013, F.F.) weitere Fortschritte erzielt hat, sind die vorgesehenen Ziele nicht erfüllt worden. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 2,7 Prozent, weniger als die geplanten 3,6 Prozent.“²⁵

lung“ von Oscar Sanchez Serra

²⁴ Granma internacional, November 2013, „Erweiterung der Modalitäten selbstständiger Gewerbetätigkeit“, Artikel ohne Verfasserangabe

Aber der Kurs muss weitergehen. Und selbstverständlich braucht man im Zusammenhang mit den Privatisierungen auch eine privatwirtschaftlich ausgerichtete Kreditpolitik und dem entsprechende Institute:

„Die Instrumente für die Kontrolle der Geldemission und des finanziellen Gleichgewichts der Bevölkerung werden unter den neuen Bedingungen vervollkommen, die eine wachsende Rolle des nicht-staatlichen Sektors vorsehen. Die schrittweise Entfaltung der Kreditpolitik wurde beibehalten, die breiteren Zugang zu Finanzierungen verschafft, sowohl für natürliche Personen, als auch für die verschiedenen Formen der genossenschaftlichen und privaten Geschäftsführung. ... So, wie die Partei und die Regierung – wir sagten es zum gegebenen Moment auch von den Gewerkschaften - die Pflicht haben, die Selbstständigkeit zu erleichtern und Stigmatisierung und Vorurteile zu verbannen, die es ihr gegenüber gab, so müssen auch durch sie alle die Ordnung und der Respekt vor dem Gesetz und die strikte Einhaltung der Steuerpflichten und anderen für diese Beschäftigten erhobenen Abgaben gewährleistet werden.“²⁶

Nun kommen wir zu einem besonderen Projekt, der Sonderwirtschaftszone Mariel. Dazu mehrere Zitate aus der „jungen Welt“, der „Granma internacional“, dem Portal „amerika 21“ und dem „RotFuchs, die ich hier zunächst unkommentiert stehen lassen möchte:

„Am Rande des Gipfeltreffens der lateinamerikanischen und karibischen Staatengemeinschaft (CELAC) haben der kubanische Präsident Raul Castro und seine brasilianische Kollegin Dilma Rousseff den Containerhafen in der Bucht von Mariel eingeweiht. Damit wurde auch der erste Abschnitt der dortigen neuen Sonderwirtschaftszone seiner Bestimmung übergeben. ... Die Entwicklung Mariels folgt dem chinesischen Erfolgsrezept der Sonderwirtschaftszonen, die Ende der 70er Jahre starke Impulse für die dortige wirtschaftliche Entwicklung gegeben haben. Die kubanische Regierung möchte mit der Sonderwirtschaftszone einerseits mehr ausländische Investitionen ins Land holen

²⁵ Granma internacional, Januar 2014, „Wir müssen mit Intelligenz, Geduld und vor allem mit Entschlossenheit handeln“, Rede Raul Castros bei der Zweiten Ordentlichen Sitzung der Achten Legislaturperiode der Nationalversammlung

²⁶ Granma internacional, Januar 2014, „Wir müssen mit Intelligenz, Geduld und vor allem mit Entschlossenheit handeln“, Rede Raul Castros bei der Zweiten Ordentlichen Sitzung der Achten Legislaturperiode der Nationalversammlung

und sie gleichzeitig räumlich begrenzen. Ihre Vision ist es, Mariel zum Produktionsstandort und Logistikzentrum für Mittelamerika und die Karibik zu machen. Sollte das Modell erfolgreich sein, werden weitere Sonderwirtschaftszonen folgen, kündigte Rodrigo Malmierca Diaz an, der kubanische Minister für Außenhandel und Auslandsinvestitionen.“²⁷

„Für die Sonderwirtschaftszone Mariel bewerben können sich ausländische natürliche oder juristische Personen, kubanische Personen oder natürliche Personen mit Wohnsitz im kubanischen Territorium, um produktive, Handels- oder Dienstleistungen zu realisieren.“²⁸

„Die Sonderentwicklungszone Mariel, deren Leitplan im vergangenen November (Nov. 2013, F.F.) in Kraft trat, ist eine der Prioritäten, um ausländische Investitionen im Land zu steigern. Dies wurde auch nochmals am vergangenen 29. März 2014 aus Anlass der Verabschiedung eines neuen Investitionsgesetzes im kubanischen Parlament erklärt. Die Direktorin der Regulierungsbehörde der Sonderentwicklungszone erinnerte auch daran, dass im Gebiet von Mariel Sonderregelungen gelten werden, die für Investoren größere Vorteile böten und erläuterte Einzelheiten zur Einstellung und Bezahlung von Arbeitskräften. Nach ihren Angaben gibt es keine 'Tarifordnung' in Bezug auf die Personalkosten, sondern dies werde im Vorhinein zwischen den Investoren und einer staatlichen Beschäftigungsagentur ausgehandelt, die Aspekte wie den Wert der Arbeitskraft in der Region und in Kuba berücksichtigen werde. ... Die Normen der Sonderzone sollen eine Politik ermöglichen, die ergebnisfördernd sei und keine 'Beschränkung' für ausländische Arbeitskräfte darstelle.“²⁹

„Das bisher gültige Gesetz für Auslandsinvestitionen stammt aus dem Jahr 1995 und sieht eine Staatsquote von mindestens 51 Prozent bei Joint-Ventures vor. Auch sind bestimmte Sektoren der Wirtschaft für ausländische Investitionen gesperrt. Pedro San Jorge, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung beim Ministerium für Außenhandel und Investitionen, sagte jetzt: 'Es wurde

²⁷ jW, 29.01.2014, „Vorbild China“, von Volker Hermsdorf

²⁸ Granma internacional, Oktober 2013, „Staatsrat verabschiedet Gesetz über die Sonderentwicklungszone Mariel“ von Leticia Martinez Hernandez und Yaima Puig Meneses

²⁹ Portal america 21, 20.04.2014, „15 Investoren für Sonderwirtschaftszone Mariel“ von Klaus E. Lehmann

entschieden, das neue Gesetz (über Auslandsinvestitionen in Kuba, F.F.) deutlich tiefergehend zu gestalten und an die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Landes anzupassen.' Bereits auf der Sitzung des kubanischen Parlaments im Dezember 2013 hatte Präsident Raul Castro angekündigt, dass ausländische Investitionen eine Schlüsselrolle bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes spielen werden. San Jorge sagte jetzt, dass sich ein Teil der neuen Investitionsbedingungen in Übereinstimmung mit den Regeln der Sonderwirtschaftszone Mariel befinden werden. Diese sehen unter anderem vor:

Bis zu 100 Prozent ausländischer Anteil an den Unternehmen.

Niedrige Export- und Importzölle.

Befreiung von lokalen Abgaben sowie der Lohnsteuer.

14 Prozent Sozialabgabe.

12 Prozent Gewinnsteuer (Befreiung in den ersten zehn Jahren).

1 Prozent Steuer auf Verkäufe und lokale Dienstleistungen.

Einzahlung von 0,5 Prozent des Gewinns an einen Fonds zum Erhalt und Ausbau der Zone. ³⁰

Auch wenn die Wirtschaft im Ganzen nicht die erhoffte Dynamik erhalten hat, so wächst der private Bereich derselben doch in rasantem Tempo:

„Die Zahl der Arbeiter, die ihren Lebensunterhalt in nicht-staatlichen Produktionsformen verdienen, ist innerhalb von nur 24 Monaten von 157.000 auf 442.000 angestiegen. ... Das strategisch wichtige Transportwesen ist mit am weitestgehendsten von den neuen Unternehmensformen durchzogen. ... Im der gleichen Weise bilden sich im Umfeld der Transportunternehmen Servicebetriebe, darunter unter anderem in den Bereichen Autowäsche, Reparaturwerkstätten, Reifendienste sowie der ganze Bereich der für den Personenverkehr notwendigen technischen Unterstützung. Das gleiche Managementsystem, das exklusiv private Arbeiter vereint, wurde in verschiedenen Bauernmärkten der Hauptstadt angewendet. Auch wenn die Preise bislang noch nicht im erwarteten Maße gesunken sind, wird erwartet, dass sie fallen, sobald die Zwischenhändler, die sich zwischen Acker und Verkaufstheke festgesetzt haben, verschwinden. ... Der Aktualisierungsprozess des kubanischen sozialisti-

³⁰ RotFuchs, April 2014, „Kuba will kein Paradies für ausländische Unternehmen werden. Zur Sonderwirtschaftszone Mariel“ von Marcel Kunzmann

schen Modells hat mit den neuerdings getroffenen wichtigen kreditpolitischen, steuerlichen und monetären Entscheidungen einen neuen Impuls erhalten. ³¹

Der Autor zitiert in der gleichen Ausgabe eine private Ladenbetreiberin, die sich wünscht, dass es auch für Ärzte möglich sein sollte, sich privat in Kooperativen zu organisieren. Das ist keine offizielle Verlautbarung, zeigt aber einen bestimmten Geist, der durch die Privatisierungen hervorgerufen wird: es gibt kein Halten mehr, und das sogar in Anbetracht eines staatlichen Gesundheitssystems, das für seine Leistungen weltweit als Vorbild gilt.

Die kubanische Nationalversammlung diskutierte Mitte 2014 die Entwicklung und musste feststellen, dass das geplante Wirtschaftswachstum nicht erreicht wurde. Dazu ein Artikelauszug von Tobias Kriele aus „Cuba libre“:

„Vier Tage lang analysierten die Abgeordneten der kubanischen Nationalversammlung, die im Kongresspalast von Havanna zusammengekommen waren, die Lage der Nation. ... Ein zentrales Anliegen war es herauszufinden, in welchem Maße die vom 6. Parteitag verabschiedeten Leitlinien erfolgreich umgesetzt werden konnten. ... Zu den Kooperativen im nicht-landwirtschaftlichen Bereich stellte Marino Murrillo, Vizepräsident des Ministerrates, fest, dass es bis jetzt 249 von ihnen gäbe und 498 in Planung seien. ... Die 467.000 Personen, die bis jetzt auf eigene Rechnung arbeiten, hätten zu einer Umstrukturierung des Arbeitsmarktes geführt. ... Adel Izquierdo, Minister für Wirtschaft und Planung, nannte diverse Gründe für das schwache Wachstum von 0,6 %. Wenn man sie externen Einnahmen steigern, könne man dem begegnen, denn das seien die Quellen, die der Wirtschaft einen stabilen Wachstumsrhythmus verleihen. Die neuen Veränderungen in der Unternehmensstruktur würden viele Probleme lösen. Für Ende des Jahres erwarte man ein BIP von 1,4 %, das sei weniger als die 2,2 %, die geplant waren. ... Das, was dieses Jahr erreicht wurde, 'befriedigt uns nicht, aber es entmutigt uns auch nicht im Geringsten', sagte Präsident Raul Castro. Es gelte einfach, konsequent und mit Optimismus weiter zu kämpfen. Dann werde man zu einem regelmäßigen Wachstumsrhythmus kommen und damit die sozialistische Entwicklung auf nachhaltige und irreversible Grundlage stellen. ³²

³¹ Cuba libre, 1-2014, Jan-April, „Jorgitos Log. Aus Kuba: Eine notwendige Aktualisierung“ von Jorge Enrique Jeréz.

³² Granma internacional, August 2014, „Das Parlament tagte“, Artikel ohne Verfasserangabe

„Kuba ist im Begriff, die Grundlagen seines gesellschaftlichen Lebensprozesses zu erneuern. Dieses Vorhaben befindet sich momentan in einer schwierigen Zwischenphase, in der der Schwung der ersten Maßnahmen verpufft ist. Die teilweise radikalen Umgestaltungen verlangen ihren Tribut, neue Wege müssen beschritten werden und die Reibungsverluste sind enorm. ... Inmitten des Umgestaltungsprozesses stagniert die kubanische Wirtschaft. Demgegenüber bleibt natürlich festzuhalten, dass es sich bei der Aktualisierung der wirtschaftlichen Grundlagen in Kuba um einen mittelfristig angelegten Prozess handelt, der auf mindestens fünf Jahre ausgelegt ist.“³³

Immer wieder betont wird die Notwendigkeit, staatliche und wirtschaftliche Kompetenzen voneinander zu trennen, Entscheidungsprozesse zu dezentralisieren und Zuständigkeiten von den Ministerien auf die „Unternehmenssysteme“ zu übertragen. Gleichzeitig sollen die „sozialistischen Staatsbetriebe“ leichter an den marktwirtschaftlichen Reformen teilhaben können. Nochmals dazu Raul Castro vom Dezember 2014:

„Im nächsten Jahr (2015, F.F.) werden wir mit den vorbereitenden Tätigkeiten für die Abhaltung des 7. Parteitages im April 2016 beginnen. Vor dem Parteitag wird eine breite und demokratische Debatte mit der kommunistischen Mitgliedschaft und dem ganzen Volk über den Stand der Umsetzung der Leitlinien durchgeführt werden. Eng verbunden mit der Aktualisierung des Wirtschaftsmodells ist der Prozess der schrittweisen, ich wiederhole schrittweisen Dezentralisierung, der Übertragung von Zuständigkeiten von den Ministerien auf das Unternehmenssystem. Das ist nicht etwas, was über Nacht geschehen kann, wenn wir Erfolg haben wollen. Es ist eine angemessene Zeit erforderlich, um, wie wir es tun, die Kader auf allen Ebenen vorzubereiten und zu schulen, die archaische Mentalität zu modifizieren und alte Gewohnheiten abzuschaffen sowie den rechtsrahmen und genaue Verfahren auszuarbeiten und umzusetzen. ... Für eine größere Autonomie des sozialistischen Staatsbetriebes wurde, neben anderen Maßnahmen, dessen Gesellschaftszweck erweitert und flexibilisiert, der staatliche Auftrag definiert und es wurden Befugnisse für die Vermarktung der Überschussproduktion gewährt.

³³ Cuba libre, 4-2014, Nov/Dez 2014, „Die Hoffnung heißt BRICS“ von Tobias Kriele

Ebenso wurde die Beseitigung administrativer Beschränkungen bei der Zahlung leistungsabhängiger Löhne angewiesen. ³⁴

Das klingt wie eine Kopie der Kossygin-Reformen und dem Beginn der Perestroika in der Sowjetunion – und ich befürchte, dass es nicht nur so klingt.

Aber immerhin, im Jahr 2015 hatte Kuba ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent vorzuweisen, genauso wie es geplant war. Leider lässt die Aufschlüsselung der Gründe für das Wachstum nicht auf eine innere Wirtschaftsdynamik schließen, sondern fast ausnahmslos auf günstige außenwirtschaftliche Umstände. Marino Murillo erklärte dazu jedenfalls:

„Das Bruttoinlandsprodukt Kubas wuchs im Jahr 2015 um 4 Prozent, was insbesondere im Zusammenhang mit Vorauszahlungen von Zahlungsmitteln, vorgezogenen Verträgen aus Krediten und deren Ausführung, sowie mit der fallenden Tendenz der Preise für Importe möglich war. ... Murillo erläuterte, dass im Vergleich zu 2014 sämtliche Wirtschaftszweige gewachsen sind. Insbesondere erwähnte er die Zuckerindustrie, die um 16,9 Prozent wuchs, das Bauwesen (um 11,9 Prozent) und die Fertigungsindustrie (um 9,9 Prozent).“ ³⁵

Das Anziehen von ausländischem Kapital war eine wichtige Funktion der Sonderwirtschaftszone Mariel. Das scheint relativ schnell auch Erfolge gebracht zu haben, wie das „Handelsblatt“ schreibt:

„Wirtschaftsminister Siegmund Gabriel kommt mit seiner Delegation (R. Festge, VDMA-Präsident; M. Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer; M. Kerber, BDI-Hauptgeschäftsführer; D. Gorny, Beauftragter von BMWi für Kreative und Digitale Ökonomie; A. Aumüller, Nordzucker; Ch. Diemer, Heitkamp&Thumann; A. Felber, SKM; J. Hanefeld, VW; M. Herrenknecht, Herrenknecht; E. Karsta, Dräger; B. Kawlath, Schubert&Salzer; P. Marcato, Giesecke&Devrient; W. Meixner, Siemens; H. Obilcnik, Bosch; J. Tillmann, Tönnies Lebensmittel; A. Walth, Messer Group.) reichlich spät auf die Insel. An-

³⁴ Granma internacional, Januar 2015, „Rede des kubanischen Präsidenten Raul Castro Ruz auf der Abschlusstagung der 4. Ordentlichen Sitzungsperiode der 8. Legislaturperiode der Nationalversammlung“

³⁵ Granma internacional, Januar 2016, „Bericht von der Ansprache Marino Murillo Jorges, Vizepräsident des Ministerrates und Minister für Wirtschaft und Planung, bei der Plenarsitzung der Nationalversammlung am 29. Dezember 2015“ von Yudy Castro Morales, Lissy Rodriguez Guerrero und Katheryn Felipe

dere Nationen schicken eine Delegation nach der anderen, nachdem die USA 2015 das Embargo gelockert hatten. Und auch Siegmars Gabriels SPD-Partei-kollege Frank-Walter Steinmeier war schon da. Aus Frankreich kam sogar Staatspräsident Francois Hollande, begleitet von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation, aus Italien Ministerpräsident Matteo Renzi. Allein im Herbst (2015, F.F.) reisten 25 Wirtschaftsdelegationen an.“³⁶

Mariel entpuppt sich aber nicht nur als Magnet für ausländisches Kapital, nein, die günstigen Bedingungen dort locken auch kubanische Betriebe in die Sonderwirtschaftszone. Es ist schwer zu verstehen, was das mit dem Anziehen ausländischen Kapitals zu tun haben soll, aber es scheint ja erlaubt zu sein. Jedenfalls wurden bereits drei Unternehmen mit „100%ig kubanischem Kapital“ bestätigt und es gibt andere, deren Unterlagen vorbereitet werden. Zu Mariel und den drei Projekten mit 100%ig kubanischem Kapital jetzt ein Auszug aus einem Gespräch mit der Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone, veröffentlicht in Granma internacional:

„Die Sonderentwicklungszone Mariel soll zu einem regionalen Referenzpunkt für die Anziehung ausländischen Kapitals werden, durch dessen technologische Entwicklung in Abstimmung mit unserer Wirtschaft Produktionen und Serviceleistungen von hohem Mehrwert erzeugt werden. Über dieses Projekt sprach Granma mit Ana Teresa Igarza Martinez, Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone. Ana Theresa Igarza: 'Im letzten Jahr (2015, F.F.) konnten wir ausgehend von der Marktforschung bestimmen, welche Unternehmen mit industriellen Profil und aus welchem Tätigkeitsbereich wir anziehen wollen. Davon ausgehend haben wir die Werbetätigkeit auf das Ausland gerichtet und werden 2016 damit fortfahren. ... Auch konnte die Sonderzone, in der besondere Richtlinien und Regeln zur Anwendung kommen, die Abwicklung der Formalitäten beschleunigen und bürokratische Hemmnisse aus dem Weg räumen. ... Ein großer Vorteil, in der Sonderentwicklungszone Mariel zu investieren, ist die qualifizierte Arbeitskraft, über die wir verfügen. Der universelle und kostenlose Charakter des kubanischen Bildungswesens begünstigt, dass Arbeitskräfte in breiten Wirtschaftsbereichen verfügbar sind, die wir den ausländischen Kapitalanlegern anbieten können. ... Während die Gewinnsteuer im Land bei 15 % für Auslandsinvestitionen in Joint Ventures

³⁶ Handelsblatt, 8./9./10. 01.2016, „Einsatz in Havanna“ von Dana Heide

und bei 35 % für hundertprozentig kubanisches oder ausländisches Kapital liegt, werden die Unternehmen ab Beginn ihrer Tätigkeit über zehn Jahre hinweg Steuerbefreiung genießen und danach nur 12 % entrichten. Dies regt viele Unternehmen des Landes (gemeint ist Kuba, F.F.) an, in die Zone zu investieren. Es gibt bereits drei bestätigte Projekte mit 100%ig kubanischem Kapital und andere, deren Unterlagen vorbereitet werden – in den Bereichen Industrie, Biotechnologie und Pharmazie.“³⁷

Leider wird aus diesem Gespräch mit der Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone nicht klar, ob es sich beim genannten kubanisches Kapital um privates Kapital oder um Kapital von Staatsbetrieben handelt (in ausgewählten Zonen dürfen die Staatsbetriebe inzwischen ja 50 % des Gewinns behalten), eins aber wird klar: diese kubanischen Unternehmen siedeln sich dort wegen der geringen Abgaben an, eine klare Folge der Vorgabe, Gewinne erwirtschaften zu müssen (Zur Erinnerung Murillo: *„Ein Betrieb muss produzieren, verkaufen, kassieren und Gewinn haben“*.)

Die Beweggründe der kubanischen Unternehmen sind schon nicht besonders „sozialistisch“, viel fataler aber sind die Folgen der Ansiedlung. Mariel ist zwar keine Freihandelszone, denn es gibt Zölle, wenn auch sehr niedrige, aber Einfuhr und Ausfuhr von dort sind völlig unabhängig von irgendwelchen Genehmigungen des kubanischen Staates - ein Außenhandelsmonopol des Staates würden sich kapitalistische Unternehmen, die ja angelockt werden sollen, auch nicht bieten lassen bzw. dann käme niemand. Von Mariel aus kann man als Unternehmen frei importieren und exportieren. Mit der dortigen Ansiedlung kubanischer Unternehmen ist das Außenhandelsmonopol des sozialistischen Staates ausgehebelt.

So kommt ein Baustein zum anderen. Werfen wir zum Jahresende 2015 einen kurzen Blick auf die innenpolitischen Folgen des Reformkurses:

„Die Reformen, die die Regierung initiiert hat, wurden im Ausland deutlich euphorischer aufgenommen als im Inland, die Skepsis war groß und die Löhne sind nach wie vor sehr niedrig. Die Zahl der Gewinner liegt bei 8 bis 10

³⁷ Granma internacional, Februar 2016, „Mariel im Trubel der kubanischen Wirtschaftsentwicklung, Gespräch mit der Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone“, geführt von Arlin Albety Loforte

Prozent der Bevölkerung: Diejenigen, die es geschafft haben, sich erfolgreich selbstständig zu machen, leben besser. ³⁸

Man könnte ja fast behaupten, dass das vorhersehbar war.

Im Frühjahr 2016 fand der 7. Parteitag der KP Kubas statt. Die Schlussrede Raul Castros wirkt einerseits etwas inhaltsleer, andererseits sehr verbissen, wenn es um die Durchsetzung der Leitlinien geht. Aber lest selbst:

„Lieber Companero Fidel, Companeras und Companeros, wir haben auf diesem 7. Parteitag, der gerade zu Ende geht, intensiv gearbeitet und Beschlüsse von strategischer Tragweite für die Gegenwart und die Zukunft der Nation gefasst. Der Parteitag hat den Zentralen Bericht und diverse Resolutionen über die wichtigsten Angelegenheiten, die analysiert wurden, angenommen und die Erfüllung der Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution überprüft und deren Aktualisierung zugestimmt, die in 274 Leitlinien zum Ausdruck kommt. ...

Gleichzeitig nahm der Parteitag mit Wohlwollen die vorgelegten Projekte hinsichtlich der Konzeptualisierung des Wirtschafts- und Sozialmodells und die Grundlagen des Nationalen Plans für die Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung bis 2030 auf. Wegen deren großer Bedeutung wurde beschlossen, mit den Mitgliedern der Parte, der UJC, Vertretern der Massenorganisationen und verschiedenen Sektoren der Gesellschaft eine breite und demokratische Debatte über diese programmatischen Dokumente zu führen. ... Die Komplexität der erwähnten Projekte macht es notwendig, alle diese erforderlichen Maßnahmen anzuwenden, und es geht an erster Stelle darum, sicherzustellen, dass sie verstanden werden, was im Vornhinein eine rigorose Vorbereitung derer voraussetzt, die die Diskussion darüber leiten werden. Bei Angelegenheiten dieser Art ist wesentlich, die bewusste Zustimmung der großen Mehrheit zu erreichen und deswegen ist es unerlässlich, zuzuhören, zu argumentieren und die Meinung der Mitglieder und des Volkes im allgemeinen zu berücksichtigen. ³⁹

³⁸ Neues Deutschland, 28.12.2015, „Die Investitionen sind überschaubar. Der kubanische Ökonom Pavel Vidal über Kubas Finanzpolitik und die Zukunftsprojekte der Wirtschaft“

³⁹ Granma interneconal, Mai 2016, „Rede Raul Castros auf der Sitzung des 7. Parteitages der Kommunistischen Partei Kubas“

Also: die Komplexität mache es notwendig, alle Maßnahmen anzuwenden. Dazu müsse man sicherstellen, dass sie verstanden werden (was „akzeptiert werden“ heißen soll). Dazu brauche man eine „rigorose Vorbereitung“ der Kader, denn man muss die „bewusste Zustimmung der großen Mehrheit“ erreichen. Trotz des sprichwörtlich hohen Bildungsniveaus in Kuba vertraut Raul Castro weder seinen Kadern noch seinem Volk. Die Kader müssen „rigoros“ vorbereitet werden, das Volk soll nicht selbst analysieren, reflektieren und entscheiden, sondern es muss zu einer richtigen, nämlich der von den „Reformern“ gewünschten Entscheidung angeleitet werden. Und das Ganze heißt dann: „Eine breite und demokratische Debatte über diese programmatischen Dokumente zu führen“.

Kommen wir zurück zur Wirtschaftsentwicklung. Das Wachstum im Jahr 2015 war ja, wie schon angemerkt, eher günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen geschuldet als der eigenen Wirtschaftskraft. Und das zeigte sich Ende des Jahres und zu Beginn des Jahres 2016. Dazu nun ein längerer Auszug aus der Rede Raul Castros vor der Nationalversammlung vom August 2016:

„Im Dezember 2015 habe ich erklärt, dass finanzielle Einschränkungen eingeplant werden mussten infolge der rückläufigen Einnahmen in unseren Exporten durch die gesunkenen Preise in den traditionellen Exportposten sowie der Beeinträchtigung in den beiderseitigen vorteilhaften Kooperationsbeziehungen mit verschiedenen Ländern, vor allem mit der Bolivarischen Republik Venezuela, der ein Wirtschaftskrieg auferlegt wurde, um die Unterstützung des Volkes für seine Revolution zu schwächen.

Im ersten Halbjahr (2016, F.F.) stieg das Bruttoinlandsprodukt um ein Prozent, die Hälfte von dem, was wir uns vorgenommen hatten. Dieses Ergebnis wurde bedingt durch die Verschärfung der externen finanziellen Restriktionen, hervorgerufen durch den Ausfall von Exporterlösen, wozu die Einschränkungen kamen, denen sich einige unserer wichtigsten Handelspartner aufgrund der gefallenen Ölpreise gegenüber sehen. ...

Ich muss zugeben, dass es einige Verzögerungen in den laufenden Zahlungen an Lieferanten gegeben hat. In diesem Zusammenhang möchte ich unseren Partnern für ihr Vertrauen und das Verständnis für die vorübergehende Situation danken und den festen Willen der Regierung bekräftigen, die Verzögerungen aufzuholen. Wir geben die Absicht nicht auf, die Wiederherstellung der

internationalen Glaubwürdigkeit der kubanischen Wirtschaft fortzusetzen. Wir können auch die schädlichen Auswirkungen der US-Blockade nicht ignorieren, die weiterhin in Kraft ist. Mehr als drei Monate nach den Ankündigungen von Präsident Obama am 15. März, dass für Kuba das Verbot beseitigt werden würde, in seinen internationalen Transaktionen den Dollar zu verwenden, ist die Wahrheit, dass noch nicht erreicht worden ist, Zahlungen oder Geldeinlagen in dieser Währung zu tätigen.

Unter diesen widrigen Umständen hat der Ministerrat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die darauf gerichtet sind, der Situation zu begegnen und die Hauptaktivitäten abzusichern, die die Vitalität der Wirtschaft gewährleisten, bei Minimierung der Auswirkungen auf die Bevölkerung.

Wie zu erwarten war, beginnen – mit der Absicht, Entmutigung und Unsicherheit bei den Bürgern zu sähen – Spekulationen und Prognosen aufzutauchen über einen bevorstehenden Zusammenbruch unserer Wirtschaft und die Rückkehr zur akuten Phase der Sonderperiode, mit der wir Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts konfrontiert waren und die wir dank der Widerstandskraft des kubanischen Volkes und seines unbegrenzten Vertrauens in Fidel und die Partei zu überwinden verstanden. Wir leugnen nicht, dass es Beeinträchtigungen geben kann, sogar größere als die gegenwärtigen, aber wir sind vorbereitet und besser in der Lage als damals, sie umzukehren.

Angesichts der Schwierigkeiten und Bedrohungen ist kein Raum für Improvisationen und noch weniger für Defätismus. Aus einer konjunkturellen Situation wie der, mit der wir konfrontiert sind, geht man siegreich hervor, indem man mit großer Energie, Gleichmütigkeit, Rationalität und politischer Sensibilität agiert, die Koordination zwischen der Partei und der Regierung immer enger gestaltet und vor allem viel Optimismus und Vertrauen in die Gegenwart und die Zukunft der Revolution an den Tag legt.“⁴⁰

Ergänzend Murillo zur Lage:

„Bei der Erzeugung von Elektroenergie lag der geplante Verbrauch bei 15.310 Gigawatt, aber es werden 786 Gigawatt weniger zur Verfügung stehen, was einer Einschränkung um 6 Prozent entspricht. Vom Gesamtver-

⁴⁰ Granma internacional, August 2016, „Rede von Raul Castro während der 7. Ordentlichen Sitzungsperiode der 8. Legislaturperiode der Nationalversammlung“

brauch an Elektrizität entfallen in Kuba 60 Prozent auf die Bevölkerung. Diese wird jedoch, wie beschlossen wurde, nicht von den Beschränkungen betroffen sein. Dem entsprechend müssen die Einschränkungen bei den restlichen 40 Prozent der Energiekonsumenten erfolgen, von denen aber jene Wirtschaftsbereiche, die die Deviseneinnahmen sicherstellen oder die Importe ersetzen, ausgeschlossen sind. ... Daraus resultierend wird die Versorgung mit Elektroenergie aller anderen Wirtschaftsbereiche global um 28 Prozent eingeschränkt, die Straßenbeleuchtung um 50 Prozent. ... In seinen klaren und verständlich strukturierten Ausführungen legte Murillo spezielles Gewicht auf die Verdeutlichung der Notwendigkeit, dass jegliche Lohnzahlungen stets von der Produktivität getragen sein müssen. Es werde einerseits einen gewissen Rückgang in der Produktion geben und andererseits eine leichte Verringerung des Durchschnittslohnes, wodurch die Relation zwischen Lohnzahlung und Produktion gewahrt bleibe. ... Bei Investitionen ist vorgesehen, dass das Ergebnis um 17 Prozent unter dem Jahresplan bleiben wird. ... Leider werde die Eigenproduktion von Lebensmitteln nicht bei allen Produkten erfüllt (Bohnen, Mais, Erbsen). Positiv zu bewerten sei die Übererfüllung der kubanischen Milchproduktion.⁴¹

Investitionen 17 Prozent unter dem Jahresplan. Obwohl die Privatisierung der Landwirtschaft das Heil bringen sollte auch dort keine Planerfüllung. Es mangelt an Elektroenergie, die Löhne werden sinken.

Wie wird das Ende 2016 reflektiert? Dazu Raul Castro vor der Nationalversammlung:

„Companeras und Companeros, die letzten Tage des Jahres waren wie gewöhnlich von intensiven Aktivitäten gekennzeichnet. Am, vergangenen Samstag hielten wir die Sitzung des Ministerrates ab, der beschloss, der Nationalversammlung den Wirtschaftsplan und den Entwurf des Staatshaushaltes für das Jahr 2017 vorzulegen, die wir am heutigen Tag analysierten.

Im Unterschied zu vorangehenden Tagungen wurde diesmal keine Auswertung des Verlaufs des Aktualisierungsprozesses des Wirtschafts- und Sozialmodells vorgenommen. Dies geschah in Anbetracht dessen, dass weiterhin am

⁴¹ Granma internacional, August 2016, „Bericht von der Ansprache von Marino Murillo Jorge, Vizepräsident des Ministerrates und Minister für Wirtschaft und Planung“ von Sheyla Delgado Guerra di Silvestrelli, Yudy Castro Morales und Lissy Rodriguez Guerrero

Entwurf seiner Konzeptualisierung und an den Grundlagen des Plans der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 2030 gearbeitet wird. ...

Große Bedeutung messen wir der Notwendigkeit bei, die ausländischen Investitionen in Kuba dynamischer zu gestalten, in Übereinstimmung mit der Leitlinie Nr. 78 der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution, die vom Siebten Parteitag beschlossen wurde. Ich gebe zu, dass wir mit diesem Bereich nicht zufrieden sind und dass es häufig zu übermäßigen Aufschüben im Verhandlungsprozess gekommen ist. Es ist erforderlich, ein für alle Mal mit der rückständigen und vorurteilsbehafteten Denkweise gegen die ausländischen Investitionen Schluss zu machen. Um entschlossen in dieser Richtung voranzukommen, müssen wir uns von unbegründeten Ängsten vor ausländischem Kapital befreien. Wir gehen nicht zum Kapitalismus über und werden das auch nicht tun, das ist vollkommen ausgeschlossen, so ist und bleibt es in unserer Verfassung verankert, aber wir dürfen uns nicht vor ihm fürchten und Hindernisse gegen das aufstellen, was wir innerhalb der gültigen Gesetze machen können. Dies erfordert in erster Hinsicht, eine systematische Vorbereitung und Befähigung der Kader und Fachleute abzusichern, die die Verhandlungen führen, sowie die gründliche Analyse der Unzulänglichkeiten und in der Vergangenheit begangenen Fehler, um diese nie wieder zu begehen. ...

Gehen wir zu einer anderen Angelegenheit über. Am heutigen Morgen (27.12.2016, F.F.) beschloss diese Nationalversammlung bis zur Beendigung der gegenwärtigen Achten Legislaturperiode im Jahre 2018 das Experiment weiter zu führen, das in den Provinzen Artemisa und Mayabeque vorgenommen wird, welches darauf gerichtet ist, die Leitung der Verwaltungsräte von den Provinz- und Gemeindeversammlungen der Volksmacht zu trennen. ...

Ebenso wurde erreicht, auf lokaler Ebene die staatlichen Funktionen von denen der Betriebe zu trennen, wobei sich in diesen Provinzen ein System von Dienstleistungsbetrieben für die Bevölkerung herausgebildet hat. All dies hat es erleichtert, die Anzahl der Funktionäre und Kader der Leitungsstrukturen in den Provinzen und Gemeinden in wesentlichen Maßen zu reduzieren. Es ist jedoch eine Reihe von Unzulänglichkeiten aufgetreten, die die wesentlichen Konzepte des Experiments zwar nicht ungültig machen, aber die Konsolidierung des in die Praxis eingeführten Verwaltungsmodells verhinderten, die für

den Erfolg der späteren Verallgemeinerung im Rest des Landes erforderlich ist. Einer der aufgedeckten Hauptfaktoren ist der hohe Fluktuationsgrad der Kader auf diesen Ebenen sowie die ungenügende Komplettierung der Belegschaften, weil die Auswahl, Vorbereitung und Kontrolle des Personals unterschätzt wurden. Hinzu kommt die ungenügende Betreuung und Überwachung des Verlaufs des Experiments von Seiten der Organismen und nationalen Einrichtungen, wodurch die Umsetzung der getroffenen Entscheidungen verzögert wurde.“⁴²

Ich möchte nur auf zwei Aspekte eingehen:

Erstens auf das Zetern gegen die „unbegründeten Ängste vor ausländischem Kapital“ und die Aufforderung, „ein für alle Mal Schluss zu machen mit der rückständigen und vorurteilsbehafteten Denkweise gegen die ausländischen Investitionen“, gekrönt von der Aussage: „Wir gehen nicht zum Kapitalismus über“ ...weil es ausgeschlossen ist und weil es so in der Verfassung steht ..., „aber wir dürfen uns nicht vor ihm fürchten“. Bei der Kritik an der „rückständigen ... Denkweise“ bzgl. des ausländischen Kapitals befinden wir uns jetzt in durchaus großer Nähe zum „Neuen Denken“ des Herrn Gorbatschow.

Zweitens auf den unbändigen Willen, das so genannte „Experiment“, staatliche Strukturen von den Betrieben zu trennen, zum Erfolg zu führen, damit es „der späteren Verallgemeinerung im Rest des Landes“ zur Verfügung steht. Hier ist nicht jemand am Werk, der ein Experiment durchführt, was ja eine praktische Prüfung eines Verfahrens vorurteilslos und mit offenem Ausgang ist, sondern hier ist jemand am Werk, der etwas durchsetzen will.

b) Zusammenfassung der Ergebnisse

Das Resultat der obigen Untersuchung ist furchtbar. Wir finden alle typischen Merkmale des Rückbaus der Planwirtschaft: Privatisierung von Teilen der Wirtschaft, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, darauf folgend Entwertung der Planung durch ihre Dezentralisierung und „Flexibilisierung“, so dass

⁴² Granma internacional, Januar 2017, „Rede von Raul Castro beim Abschluss der 8. Ordentlichen Sitzungsperiode der Nationalversammlung“

die Planung nicht mehr verbindlich ist, sondern nur noch eine Art Empfehlung bzw. Prognose darstellt. Durch die Teilprivatisierung der Wirtschaft werden ein Teil der Produktionsmittel wieder zu Privateigentum und zu Handelswaren, das erfordert die Vergrößerung des Kreditwesens, - und das alles zusammen führt zur Ausweitung der Warenzirkulation, was die Freigabe der Preise einschließt. Das Wertgesetz herrscht fast uneingeschränkt.

Der Gewinn wird die ökonomische Kennziffer für die Staatsbetriebe, die Staatsbetriebe dürfen einen Teil (50%) der erwirtschafteten Gewinnen behalten zwecks Selbsterwirtschaftung der Investitionen oder zur Ausschüttung. Damit erlahmt die Investitionstätigkeit, denn erstens sind die bei den Betrieben verbleibenden Gewinnanteile nicht immer ausreichend für innovative Investitionen und zweitens werden die Gewinnanteile auch gern privat angeeignet (was ja ausdrücklich erlaubt ist).

Der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und deren teilweise Privatisierung heben das Außenwirtschaftsmonopol des Staates auf – siehe Mariel in Kuba.

Das Ganze wird als „Vervollkommnung“ unseres „sozialistischen Wirtschaftsmodells“ verkauft und oft und viel von Harmonie und Einheit gesprochen (siehe Raul Castro, aber auch die chinesische Führung)

Aber die Gesellschaft zerfällt Schritt für Schritt in Einzelinteressen, denn es entsteht auf der einen Seite eine neue Klein- und Mittelbourgeoisie, die entsprechend ihres Klasseninteresses weitere „Liberalisierungen“, „Entbürokratisierungen“ usw. fordern wird, auf der anderen Seite ein Anteil der Arbeiterklasse, der sich in prekärer Beschäftigung oder in Arbeitslosigkeit wiederfindet (die Arbeitslosigkeit soll in Kuba zur Zeit bei 1,8 % liegen, wobei die offizielle Lesart aussagt, dass dies Personen sind, die nicht arbeiten wollen, weil sie andere Einkünfte haben wie Zuwendungen von Familienmitgliedern).

Jetzt Prognosen abzugeben ist selbstverständlich schwierig, die bisherigen Erfahrungen mit einem solchen wirtschaftspolitischen Kurs im Sozialismus zeigen zwei Resultate: die eine Entwicklungsrichtung führte zur annähernden Selbstaufgabe, zur Anlehnung und Öffnung gegenüber dem Imperialismus und schließlich zur offenen Konterrevolution, wie es in der Sowjetunion und in den sozialistischen Ländern Osteuropas geschah. Die andere Entwicklungsrichtung führte zu einer historisch völlig neuen Art der Konterrevolution, nämlich zur Überführung der sozialistischen Ökonomie in eine kapitalistische

mittels der Partei, die ehemals eine kommunistische war und heute noch so heißt. So geschehen in China und Vietnam. Eine Entwicklungsrichtung, die zur Stärkung des Sozialismus geführt hätte, ist bisher nicht überliefert.

Nach all dem bleibt mir nichts anderes, als zu sagen, dass ich für Kuba Schlimmstes befürchte.

Redaktion offen-siv: Weitere Stärkung des privaten Wirtschaftssektors in Kuba (2021)⁴³

Neue Rechtsform für Privatunternehmen in Kuba beschlossen. Betriebe bis 100 Beschäftigten nun legal.

Kubas Staatsrat hat den rechtlichen Rahmen für die Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen beschlossen.

Die neuen Gesetze sind Teil der "Wirtschafts- und Sozialstrategie des Landes im Rahmen der Erweiterung, Anerkennung und Stärkung des Managements der verschiedenen Wirtschaftsakteure", heißt es in der Pressemitteilung des kubanischen Parlaments. Sie waren für den September vorgesehen, ihre Erarbeitung wurde wohl aufgrund der Proteste vom 11. Juli beschleunigt.

Private und staatliche Betriebe mit bis zu 100 Mitarbeitern können sich unter der Rechtsform einer "Sociedad de responsabilidad limitada" gründen, die in etwa einer deutschen GmbH entspricht. Staatsbetrieben in dieser Modalität wird weitgehende Autonomie bei der Geschäftsführung gewährt.

Auch Produktions- und Dienstleistungskooperativen, die seit 2013 in kleiner Stückzahl und in experimenteller Form gebildet wurden, erhalten nun grünes Licht für ihre Konstituierung. Mit der Negativliste sind jetzt nur noch rund 120 der 2.110 Tätigkeiten des kubanischen Berufsindexes für den Privatsektor tabu. Auch gänzlich neue Vorschläge sollen geprüft werden, um der "Kreativität der Kubaner" entgegenzukommen.

⁴³ Gestützt auf amerika21: „Neue Gesetze zur Entwicklung und Diversifizierung der Produktion in Kuba“, „Neues Reformpaket: Kuba gibt Lebensmittelpreise frei“ sowie Radio Rebelde: „Kuba legalisiert den Garagenhandel“ und das „Deutsche Büro zur Förderung von Handel und Investitionen in Kuba“, welches gefördert wird vom Bundeswirtschaftsministerium, der DIHK und German trade and invest

Lebensmittelpreise freigegeben

Und Kubas Regierung hat ein neues Reformpaket umgesetzt, mit dem unter anderem die Lebensmittelproduktion auf der Insel angekurbelt werden soll. Bisherigen Preisobergrenzen für Agrarprodukte werden abgeschafft und "die realen Kosten für den Produzenten anerkannt".

Die Freigabe der Preise ist ein zentrales Element der im Mai begonnenen Landwirtschaftsreform, in deren Rahmen Kubas Bauern ihre Überschüsse eigenständig verkaufen dürfen. Auch wurde erstmals seit 1963 die private Rinderschlachtungen erlaubt und ein Prämiensystem für die Milch- und Rindfleischproduktion eingeführt, von dem bislang 6.000 Landwirte [profitiert haben](#).

"Die neue Vermarktungspolitik beinhaltet 51 Prinzipien, von denen 31 absolut neu sind. Sie brechen etablierte Schemen auf und beseitigen Hemmnisse", [sagte](#) Yisel González Marrero vom Agrarministerium dazu. "Der Produzent kann neue Verträge mit verschiedenen Abnehmern aushandeln, damit nichts verloren geht. Es gibt kein Monopol", erklärte der neue Agrarminister Ydael Pérez Brito. Privatunternehmen und Kooperativen dürfen dafür Fahrzeuge sowie Lager- und Kühlhäuser anmieten. Bauern können selbst Marktstände pachten und in Eigenregie Logistikunternehmen für den Verkauf an Industrie und andere Großabnehmer beauftragen.

Bis zur Währungsreform waren 40 Produkte mit Preisobergrenzen klassifiziert, seit Januar hat sich ihre Anzahl schrittweise reduziert. Jetzt wird der Preis sämtlicher Produkte zwischen Abnehmer und Produzent auf Ebene der Provinzen und Gemeinden ausgehandelt und vertraglich geregelt.

Als weitere Anreize wurden rückwirkend zum 1. Januar die Preise für Strom und Wasser für Landwirte stark reduziert, zudem entfällt für sie in diesem Jahr einmalig die Einkommenssteuer.

Auch die Bauernmärkte werden aufgewertet. "Märkte neuen Typs" entstehen: Alle Zahlungsströme sollen digital abgewickelt und ein erweitertes Sortiment angeboten werden. Den Anfang machen in der Hauptstadt [47 Verkaufsstellen](#). In Las Tunas wurde mit Tonerito.com der erste Markt auf Initiative privater Kleinbauern [gegründet](#). Von der Bevölkerung werden die neuen Märkte [gut angenommen](#).

"Es gibt unabdingbare Marktgesetze, doch wir werden die sozialen Fronten weiterhin verteidigen, niemals Schocktherapien oder neoliberale Rezepte anwenden", betonte Finanzministerin Meisi Bolaños Weiss.

Zusätzlich zur Agrarreform wurden eine Reihe weiterer Maßnahmen verabschiedet, u.a.:

- Importerleichterungen für Privatbetriebe: Sämtliche Zölle für den Import von Zwischengütern, Maschinen und Rohstoffen sind bis zum Jahresende ausgesetzt. Seit der Öffnung des Außenhandels für den Privatsektor im vergangenen Herbst können selbstständig Beschäftigte und Kooperativen bereits ihre Produkte über ausgewählte staatliche Firmen exportieren bzw. Maschinen und Ausrüstung einführen.
- Ausbau der Solarenergie: Ab sofort sind Solaranlagen zollfrei einführbar. Eine Einspeisevergütung für Privathaushalte ist in Arbeit.

„Garagenhandel“ legalisiert

Und mit einem neuen Gesetz ist in Kuba der An- und Verkauf von Haushaltsgegenständen und anderen Konsumgütern für Privatpersonen erleichtert worden. Im Rahmen des sogenannten "Garagenhandels", vergleichbar mit hiesigen Flohmärkten, kann demnächst auch ohne eigene Lizenz für das Privatgewerbe aus Wohnungsportalen, Garagen und in Parks mit Waren gehandelt werden. Damit wird ein Teil des Schwarzmarkts de facto legalisiert.

Die Maßnahme soll "die Verkaufsmöglichkeiten flexibler gestalten und den Handel näher an die Stadtviertel bringen", heißt es in dem Gesetz. Nicht erlaubt ist der Verkauf von Lebensmitteln, Tierhäuten, Edelhölzern sowie größerer Chargen an Neuwaren aus dem Ausland oder von staatlichen Fabriken.

Bislang findet der von den Behörden weitgehend geduldete Schwarzmarkt vor allem mittels WhatsApp- oder Telegrammgruppen statt, wo Lebensmittel und andere Konsumgüter ausgetauscht werden. Die Garagenverkäufe dürfen jetzt in den sozialen Medien sowie mit Aushängen beworben werden.

Unabhängige Exporte und Importe des privaten Sektors der Wirtschaft

Die Handelskammer der Republik Kuba bietet privaten Unternehmen und nicht staatlichen Genossenschaften, die am Export ihrer Produkte interessiert sind, Werbe-, Informations-, Schulungs- und Beratungsdienste an.

Vizepräsident der cubanischen Handelskammer, Ruben Ramos Arrieta betonte, dass die Regierung die Beziehungen zwischen allen Wirtschaftsakteuren fördere, indem es nicht staatliche Wirtschaftsakteure ermutige, ihre Importnachfrage und Exportmöglichkeiten zu kanalisieren. Ramos wies darauf hin, dass die Registrierung von Marken, regionale Abkommen, Ursprungszeugnisse und die Festlegung von Preisen u.a. Themen sind, die bereits mit nicht staatlichen Wirtschaftsakteuren in Sektoren wie Lebensmittel, Textilien, Industrie und Bauwesen diskutiert werden. Laut Ramos wird einer der Hauptvorteile, den die Handelskammer privaten Unternehmen bietet, Werbung sein, da die Institution über eine große Sichtbarkeit und Reichweite verfügt.

Ende Juli 2020 gab die kubanische Regierung im Rahmen eines Pakets neuer wirtschaftlicher Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Krise grünes Licht für Exporte und Importe aus dem privaten Sektor. Privatbetriebe und Genossenschaften können seitdem auch von ausländischen Unternehmen unter Vertrag genommen werden. Laut MINCEX wurden bereits mehr als 3.500 Importverträge abgeschlossen;

Frank Flegel: Kuba – besorgniserregende, aber auch vorhersehbare Entwicklungen (Juli 2023)

Die beiden ersten Ausgaben von „Cuba libre“ 2023 und die Granma Internacional, deutsche Ausgabe, vom Juni 2023 enthalten interessante Informationen. Wir wollen sie hier kurz zusammenfassen und kommentieren.

„Es gibt neue wirtschaftliche Akteure: Die MIPYME (Micro Pequena Y Mediana Empresa) – kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Dieses Modell ist völlig neu für Kuba.

Seit der Umgestaltung gibt es in MIPYME 62.000 Beschäftigte auf eigene Rechnung. Diese Unternehmen dürfen auch Personen beschäftigen (maximal 100). (...) Und die Dynamik unterstreichen hier ein paar Zahlen: Seit September 2021 entstanden 5165 neu anerkannte Betriebe. Davon 5056 im privaten Sektor, 51 staatliche und 58 Kooperativen im nichtlandwirtschaftlichen Bereich. ... Es werden Teilaufgaben (aus den staatlichen Betrieben) ausgegliedert, wenn dies dazu beitragen kann, dass sich das Land weiterentwickelt. MI-

*PYNE gibt es nicht in der Landwirtschaft. Ihr Entstehen konzentriert sich auf Handwerk, Bauwesen, Restaurants, Vermietungen, und es gibt sehr viele im elektronischen Bereich. MIPYNE dürfen über MINCEX ex- und importieren, aber seit kurzem ist dies auch mit Autorisierung direkt möglich. ... In den neugeschaffenen Unternehmen wird verstärkt auf Arbeitsschutz, Antidiskriminierung und Verbot der Ausbeutung geachtet. ... In der Landwirtschaft geht eine Umorientierung vonstatten: Vom Export zu mehr Selbstversorgung, Eröffnung von Bauernmärkten. ... Die Kooperativen schließen Verträge mit dem Staat über die Produktionsquoten ihres Hauptprodukts. Daneben werden Lebensmittel verkauft. ...*⁴⁴

Einundfünfzig neue staatliche Betriebe stehen 5065 neuen Betrieben im privaten Sektor gegenüber, Teilaufgaben aus staatlichen Betrieben werden ausgliedert, Import und Export sind ohne Kontrolle uneingeschränkt möglich, und nicht ohne Komik wirkt der Satz: *„In den neugeschaffenen Unternehmen wird verstärkt auf Arbeitsschutz, Antidiskriminierung und Verbot der Ausbeutung geachtet.“*⁴⁵ In Privatbetrieben mit bis zu 100 Beschäftigten wird auf ein Verbot der Ausbeutung geachtet! Ach was! Privatbetriebe mit bis zu 100 Beschäftigten können keine Sozialfürsorgeeinrichtungen sein, sondern müssen ihre Beschäftigten ausbeuten. Man kann doch nicht ernsthaft behaupten, dass in einem privaten Betrieb in der angegebenen Größenordnung die Gesetze der Kapitalverwertung nicht gelten würden, dass also Geld nicht in Kapital verwandelt würde und die sich in Privatbesitz befindenden Produktionsmittel nicht dazu da Wären, mittels Warenproduktion unbezahlte Mehrarbeit einzusaugen, die Produktion dieser Betriebe also keine Mehrwertproduktion sei!

In der kubanischen Landwirtschaft zeigt sich ein ähnliches Bild, auch wenn dort keine MIPYNE zugelassen sind: Die Kooperativen produzieren auf eigene Rechnung, ein Teil der Produktion geht vertraglich geregelt an den Staat, den Rest können sie frei verkaufen, mehr Bauernmärkte werden eröffnet.

Die „Granma internacional“ hat in der Ausgabe Juni 2023 vom 6. Plenum des ZK der KP Kubas berichtet.⁴⁶ Dort wurde die „Auswertung der Erfüllung der

⁴⁴ Cuba libre, Ausgabe 1-2023, S. 31

⁴⁵ ebenda

⁴⁶ „Wir müssen die Reihen schließen und das Tempo beschleunigen“ von Yaima Fuig Meneses, Alina Perera Robbio und René Tamayo León, Granma Internacional, Aus-

Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution für den Zeitraum 2021 – 2026 sowie die Arbeitslinien zu deren Erfüllung“ gebilligt. Wie es bei solchen Verlautbarungen leider oft ist, gibt es viele blumige Worte und umschreibende Formulierungen und man muss genau hinsehen, um den verklausulierten Inhalt zu begreifen:

„Was den von der Partei ausgehenden Impuls für den 8. Parteitag verabschiedeten Arbeitslinien und deren Kontrolle angeht, erklärte Queipo Ruiz⁴⁷, dass das Ziel sein müsse sie in allen Strukturen der Partei und unter den Mitgliedern zu verankern, und zwar so, dass `sie einen Einfluss nehmen können, wie man die Dinge anders machen kann, und dass sie die Ursachen und Bedingungen beeinflussen können, die den Fortschritt jedes Sektors der Wirtschaft begrenzen.`

Nach der Vorstellung der Arbeitsrichtlinien, die ebenfalls vom 6. Plenum des Zentralkomitees gebilligt wurden, wies Queipo Ruiz darauf hin, dass `sie den wichtigsten Kadern eine Hilfe bei der politischen Arbeit mit den Basisorganisationen der Zentren sind, die Entscheidungen im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Provinzen treffen, sowie beim ständigen Austausch mit Mitgliedern, Jugendlichen, und der Bevölkerung im Allgemeinen, wofür die Kader verstärkt geschult werden müssen`. ...

Der Minister für Wirtschaft und Planung, Alejandro Gil Fernández, berichtete über den Stand der Umsetzung der Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik ... `Wir haben die Hälfte der Zeit um, die wir uns für die Umsetzung der Leitlinien für den Zeitraum 2021 – 2026 gestellt haben, aber deren Erfolg zeigt sich nicht nur in diesen Klassifizierungen, sondern auch im täglichen Leben des Landes`, betonte Jil Fernández. In einer kritischen Bewertung der Wirtschaftsleistung verwies der Minister unter anderem auf das Ausbleiben der erwarteten und notwendigen Ergebnisse bei der nationalen Produktion – wie der Landwirtschaft -, den Exporten von Waren und Dienstleistungen, den Auslandsinvestitionen und der Effizienz im Investitionsprozess.

Das Gleiche gelte für die makroökonomische Stabilisierung, einen der komplexesten Aspekte, die es zu erreichen gelte und deren Auswirkungen sich un-

gabe Juni 2023, S. 4f.

⁴⁷ Joel Queipo Ruiz, Mitglied des Sekretariats der Partei und Leiter der Abteilung für Wirtschaft und Produktion

ter anderem in einer hohen Inflation, Preisverzerrungen, einem Kaufkraftverlust bei Löhnen und Renten und einer Abwertung der Währung im informellen Wechselkurs äußerten.

In seinen Ausführungen auf der 6. Plenartagung des Zentralkomitees ging Gil Fernández auf die 13 Leitlinien ein, bei denen keine Fortschritte zu verzeichnen waren ... und die sich hauptsächlich auf die Agrar- und Nahrungsmittelproduktion beziehen.

Obwohl die Umsetzung der Leitlinien noch nicht den Bedürfnissen des Landes und den Anforderungen der Bevölkerung entsprechen, hob er gleichzeitig auch die Maßnahmen zur Umsetzung derjenigen positiv hervor, die am weitesten fortgeschritten sind, wie die Wiederherstellung des Devisenmarktes (trotz der negativen Auswirkungen des informellen Marktes) die schrittweise Umsetzung der Verbesserung der staatlichen Unternehmen (wie die Gründung von Tochtergesellschaften und staatlichen Klein- und Kleinstunternehmen), die Dezentralisierung des Lohnsystems (der bereits mehr als 500 Unternehmen beigetreten sind) sowie die Fortschritte bei der Klassifizierung der staatlichen Unternehmen und dem Unternehmensgesetz.

Der Minister konnte als positive Nachricht melden, dass es Ende April nur noch 285 Unternehmen im Land gab, die Verluste aufwiesen, während es vor eineinhalb Jahren noch etwa 500 waren. Wer räumte jedoch ein, dass einige der Unternehmen, die immer noch Verluste machen, sich nicht wegen erwiesener Ineffizienz in diesem Zustand befänden, sondern weil die Preise zentral gedeckelt worden seien, ein Problem, das für einige, die jetzt Gewinn ausweisen, gelöst worden sei, auch wenn – wie er klarstellte – diese Entscheidung zu einer Preiserhöhung geführt habe, die auf das Produkt umgelegt worden sei.

Bei der umfassenden Bewertung der Umsetzung der Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution für den Zeitraum 2021 – 2026 sagte er, dass wir in diesem Prozess 'auf halbem Wege sind, aber nicht gut vorankommen. Wir müssen die Reihen schließen und das Tempo beschleunigen'. ... 'Nichts wird vom Himmel fallen und es gibt keine Magie. Was wir haben, ist eine enorme Blockade', sagte er, 'aber gleichzeitig haben wir eine Reihe von Maßnahmen zur Hand, die noch nicht alle Ergebnisse gebracht haben, aber über ein großes Potential verfügen. ...

Bei der 6. Plenartagung ... kamen auch Vertreter der Provinzen, der Ministerien, der Wissenschaften und anderer Bereiche zu Wort. ... Carlos César Torres Páez, Mitglied des ZK ... verwies unter anderem auch auf die Notwendigkeit, von der Basis der Partei aus die Einhaltung all dessen zu fördern, zu fordern und zu kontrollieren, was sich auf die Umsetzung der Leitlinien auswirke. Keine Maßnahme werde für sich alleine die erforderlichen Ergebnisse bringen, weshalb auch eine tiefgreifende und umfassende Umgestaltung notwendig sei ... Es gebe noch viele Vorbehalte, betonte Torres Páez, für den der Fortschritt bei der Umgestaltung des Wirtschaftsmodells einer grundlegenden Änderung in der Konzeption des Wirtschaftsplans und der Mittelzuweisung sowie in den bestehenden Strukturen, wie den übergeordneten Organisationen der Unternehmensführung bedürfe und eine Stärkung auf der Ebene der Provinzen und der Kommunen erfordere.“

Sie benutzen Begrifflichkeiten der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre, reden der Dezentralisierung, ja sogar einer Kommunalisierung der Wirtschaft und ihrer Planung das Wort, halten zentral geregelte Preise für falsch, geben zu, dass die beschlossenen Maßnahmen noch nicht in allen Gliederungen der Partei akzeptiert seien, ja dass es sogar noch viele Vorbehalte gäbe, halten die Wiederherstellung des Devisenmarktes und eine Dezentralisierung des Lohnsystems für gut und wollen für all das die Kader verstärkt schulen. Gleichzeitig verpacken sie all das in eine äußerst verschleiernde, manchmal fast inhaltsleere Sprache.

Aber nun zu einem anderen Blick, nämlich weg von den Gremien und offiziellen Verlautbarungen und hin zur unmittelbaren Anschauung: In dem Heft der Zeitschrift Cuba libre, Ausgabe 2-2023 hat Renate Fausten einen interessanten Bericht veröffentlicht⁴⁸, der mit der Schönfärberei aufräumt und stattdessen die Folgen der Wirtschaftsreformen im Alltag darstellt. Ich möchte hier einiges daraus zitieren:

„ 2023 wird ein besseres Jahr“. Das war der Satz, den man zu Beginn des neuen Jahres von offizieller Seite hörte, der aber auch die Hoffnung fast aller hier zum Ausdruck brachte. Damit es nicht nur bei der Hoffnung bleibt, muss sich allerdings einiges ändern.

⁴⁸ „2023 wird ein besseres Jahr“ von Renate Fausten, Cuba libre, Heft 2-2023, S. 4ff.

Das Land hat ein hohes Haushaltsdefizit, eine Inflation, die staatliche Gehälter und Renten stark entwertet. Es leidet zunehmend unter sozialer Ungleichheit und anderen Ungleichgewichten...

'Die Tatsache dass wir nicht über genügend Liquidität verfügen, um die Nachhaltigkeit des Wechselkurssystems zu gewährleisten, zwingt uns derzeit, so viele ausländische Währungen wie möglich zu kaufen – insbesondere Dollar und andere Arten von Währungen, so dass wir, wenn wir diese Kapazität erreicht haben, die Dollars verkaufen können. Dann würde das Wechselkurssystem selbst auch seine eigenen Devisen generieren und wir wären somit nicht mehr gezwungen, diese wichtigen internationalen Währungen von essentiellen Planungen des Landes abzuleiten, um damit Lebensmittel, den Einzelhandelsmarkt, Öl und Energieprogramme zu finanzieren. Damit würde das System effizient.' Das erläuterte Ramón Labanino Salazar, der Vizepräsident der Nationalen Vereinigung der Ökonomen und Buchhalter Kubas, den Fernsehzuschauern in einer der sonntäglichen Sendungen von 'Cuadrando la Caja' (Abrechnung der Kasse). ... Die Sendung, ..., soll dem kubanischen Zuschauer die Geheimnisse der Ökonomie näher bringen. ...

Laut Umfragen steht auf Platz Nummer drei der Wünsche für dieses Jahr, dass es keine Stromausfälle geben soll. ... Wunsch Nummer vier bei dieser Umfrage war anscheinend die Abschaffung der MLC-Läden, den Läden mit denen man über devisengestützte Magnetkarten Dinge einkaufen kann, die es sonst nicht oder zu überhöhten Pesopreisen gibt. ... (Die Wünsche eins und zwei sind übrigens Gesundheit und Zusammenhalt in der Familie.) ...

In den meisten Restaurants ist neben dem Peso-Preis auch der in Dollar und Euro vermerkt, natürlich nur in Cash, obwohl offiziell die Bezahlung in einer anderen Währung als in Peso nicht gestattet ist. Alle offiziellen Geschäfte laufen nur über Karte. Die Taxifahrer vor den Hotels fühlen sich sowieso einer anderen Gattung zugehörig und sind normalerweise gar nicht erst bereit, für Peso zu arbeiten. ... Wie man das in den Griff bekommen möchte, weiß ich auch nicht. Es hängt aber ganz sicher mit dem oben abgehandelten Problem zusammen.

Die neuen Wirtschaftsakteure, die sogenannten Mipymes (kleine und mittlere Unternehmen), bringen oft auch nicht das, was man sich von ihnen erhofft hat. Sicher gibt es einige, die wirklich innovativ arbeiten und eine Bereiche-

rung für die Wirtschaft darstellen, wenn sie Produkte herstellen, die in Unternehmen gebraucht werden und mit diesen eine Geschäftsbeziehung herstellen. Viele jedoch verkaufen aber einfach nur Dinge, die sie sich für Devisen via Internet beschafft haben. Wenn man sich vorstellt, dass sie die dortigen Preise in Peso umrechnen und noch eine Gewinnspanne hinzukommt, kann man sich leicht denken, dass ein Durchschnittskubaner mit 4000 Pesos Monatsgehalt kein Kunde sein kann. Ein weiteres Problem ist, dass, wenn etwa bei landwirtschaftlichen Produkten ein staatliches Unternehmen sich endlich auf einen bestimmten Betrag für bestimmte Produkte geeinigt hat, Mipymes kommen und den Preis überbieten. ...

Die Bevölkerung bekommt jetzt einmal im Monat für die auf der Libreta eingetragenen Personen ein Modul. Die die Libreta ausgebenden Stelle ist auch die Stelle, die monatlich für die Zuteilung an Reis, Bohnen, Zucker und Kaffee und alle zwei Monate Öl, Zahnpasta, Seife und gelegentlich Spülmittel zuständig ist. Mit einem dort ausgestellten Kärtchen und der Libreta und dem Carné (dem Ausweis) darf man jetzt an einem festgesetzten Tag sein Modul kaufen. Damit wird verhindert, dass Leute, die hier „coleros“ heißen den Tag damit verbringen, sich in irgendwelche Schlangen zu stellen, anderen Leuten alles wegkaufen, um es dann teurer zu verkaufen. ...

Die Auswanderung so vieler junger Leute ist ein weiteres großes Problem, das dringend gelöst werden muss, aber eng mit den oben genannten wirtschaftlichen Phänomenen zusammenhängt. Für manche scheint es selbstverständlich, dass, nachdem sie erfolgreich ihr von der Allgemeinheit bezahltes Studium abgeschlossen haben, sie sich ins Ausland absetzen. ...“

Soweit Renate Fausten.

Die Privatisierungen in der Wirtschaft gehen weiter, die Währungsprobleme verschärfen sich, die Differenzierung in der Bevölkerung wächst, die kubanische Gesellschaft ist auf dem Weg in eine Klassengesellschaft. Das ist alles ganz furchtbar, aber das war alles auch voraussehbar.

Wenn wir jetzt darauf hinweisen, dass wir das in der offen-siv schon sehr früh gesehen haben, geschieht das nicht als Eigenlob, sondern um zu zeigen, dass die Theorie unserer Klassiker Marx, Engels, Lenin und Stalin (und bei den beiden Letztgenannten auch die Praxis) uns das Werkzeug in die Hand gegeben hat, gesellschaftliche Prozesse zu erkennen und zu analysieren und so ihre

Logik und damit auch ihre zukünftigen Entwicklungstendenzen zu verstehen, um manche Fehler oder Irrwege zu vermeiden.

Wie oben schon angemerkt: der Kommunismus ist grundsätzlich in der Lage - gestützt auf die Theorie des Marxismus-Leninismus - aus der Theorie und aus der Praxis, aus der Vergangenheit, aus Erfolgen und Erfahrungen, aus Fehlern und Irrwegen zu lernen. Und nur wenn er das beherrscht, kann er in der Lage sein, die Zukunft zu gestalten. Unverzichtbar dazu gehört ein unbeirrter Kampf gegen den Revisionismus, wie wir gerade heute zum etneuten Male sehen.

Frank Flegel: Kuba in großer Gefahr (März 2024)

Im vergangenen Monat sind über die Kuba-Solidaritätsbewegung in den zugehörigen deutschsprachigen Medien aus bzw. über Kuba einige Informationen veröffentlicht worden, die die schlimmsten Befürchtungen leider bestätigen.

Wir haben hier Auszüge aus den Artikeln zusammengestellt und unter folgenden Überschriften gesetzt: „Der Alltag der Menschen“, „Probleme der nationalen Produktion, Importzwänge und deren Folgen“, „Soziale Spannungen und prokapitalistische Propaganda“ und „Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt“. Zwischendurch habe wir einige kurze Kommentare eingestreut.

Macht Euch selbst ein Bild.

Der Alltag der Menschen:

„...wenn es ihnen gelungen ist, ihren Arbeitsplatz zu erreichen und auch für den Rückweg der Bus gekommen ist, wenn die Suche nach Piccadillos, einer Art Gehacktes in Wurstform, das man als Brotaufstrich, aber auch für Hamburger u ä. verwenden kann, erfolgreich war, wenn dann auch noch die Nachbarin ihr altes Brot vorbeigebracht hat, und man daraus die allseits beliebten Kroketten machen kann, dann hat man wieder einen Tag geschafft und die Familie ist zufrieden.“⁴⁹

„Da man es hier – aus welchen Gründen auch immer – bis jetzt nicht geschafft hat, den Bedarf der Bevölkerung an Reis auch nur annähernd durch

⁴⁹ Renate Fausten: „Alles oder Nichts – Jeder Tag, den Kuba übersteht, ist ein Sieg“, in: Cuba libre, Ausgabe 1-2024, S. 14

eigenen Anbau zu decken, muss man ihn importieren. ... Da man für diese vielen Tonnen aber auch entsprechende Devisen braucht, kann man sie oft nur häppchenweise kaufen. Die Läden, die so genannten Bodegas, werden auch nur mit Teilmengen beliefert, sodass die Leute mehrfach hinlaufen müssen, um an ihre sieben Libras⁵⁰ zu kommen. Es kann aber auch vorkommen, dass man sie nicht ganz bekommt oder erst im nächsten Monat. Jeder verfolgt also gebannt, ob genug Devisen da sind, um Reis zu kaufen und ist beruhigt, wenn versichert wird, dass die sieben Libras für den Monat November garantiert sind.“⁵¹

„Fakt ist aber auch, dass man, wenn man jetzt etwas braucht, seien es Joghurt, Mehl, Toilettenpapier, Bier oder was auch immer, man es in den Mipymes findet“⁵²

Es herrscht offensichtlich ein Missverhältnis in der Belieferung der unterschiedlichen Vertriebssysteme von Konsumgütern: Die zu den Überbleibseln des Sozialismus gehörende „Libreta“, die die Grundversorgung der Bevölkerung zu günstigen Preisen sicherstellen sollte und diese Aufgabe auch Jahrzehnte lang erfüllt hat, wird offensichtlich durch die Herrschaft des Wertgesetzes ausgehöhlt: die Waren wandern dorthin, wo sie die höchsten Preise und damit die größten Profite erzielen, denn inzwischen ist Profit und nicht etwa die Versorgung der Bevölkerung der Motor der wirtschaftlichen Bemühungen.

Probleme der nationalen Produktion, Importzwänge und deren Folgen:

„Die Menschen Kubas konsumierten 2022 im Schnitt 438 g tierisches Protein monatlich, 2023 waren es im Mai nur 347 g. Ernährungsempfehlungen liegen bei etwa 1,5 kg pro Monat. Milch für Erwachsene fehlt. Unter diesen Bedingungen nimmt Viehdiebstahl zu und erreicht Höchststände: Über 45.000 Tiere wurden bis Oktober 2023 gestohlen. ... Eier sind schon immer eine wichtige Quelle für tierisches Eiweiß gewesen. Gegenwärtig stockt auch dort die Produktion und auf der Zuteilung Libreta gab es in den letzten Monaten nur

⁵⁰ Eine Libra entspricht etwa 453 Gramm

⁵¹ Renate Fausten, a.a.O., Cuba libre, S. 14

⁵² Renate Fausten, a.a.O., Cuba libre, S. 16. Zum Begriff der Mipymes: „Die Mipymes, also diese mikro, kleinen und mittleren Unternehmen sind in der Verfassung als neue Wirtschaftsakteure des Landes anerkannt...“ (Renate Fausten, a.a.O., S. 15)

noch fünf Stück monatlich pro Person. Sonst sind sie nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich, wo eine Palette mit dreißig Stück im Oktober 2023 für 2800 Pesos verkauft wurde. Das ist in etwa doppelt so viel wie eine durchschnittliche monatliche Rente, wie „Cubadebate“ feststellte.“⁵³ „Aus der Provinz Guantánamo wurde berichtet, dass 2021 noch etwas mehr als 64 Millionen Eier produziert wurden, womit man jedoch bereits mit neun Millionen Stück unter dem Planziel lag. 2022 wurde mit etwas über 47 Millionen Eiern nur die Hälfte der geplanten Menge erreicht. Die unzureichende Futterversorgung der Hühner, die verspätete Belieferung mit Junghennen sowie die erhöhten Preise für Treibstoffe und andere Betriebsmittel wurden als Erschwernisse für die Produktion benannt. Im Oktober 2022 wurde aus Santiago de Cuba über einen Großbetrieb berichtet, der statt einer geplanten Stückzahl von 390.000 Hennen nur über 280.000 verfügte und nur knapp 50 Prozent der anvisierten Produktionsmenge erreichte. Die eingeplanten Futtermengen, vor allem Soja und Mais, waren nicht zu beschaffen, was die Legeleistung der Hühner stark beeinträchtigte.“⁵⁴

„So sollen von den Landflächen, die seit 2008 für Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung gestellt wurden, etwa 250.000 Hektar immer noch brach liegen.“⁵⁵

„Die Aufwertung des Peso ging nicht einher mit einer Steigerung der materiellen Produktion. Diese wäre notwendig, um die Preissteigerungen unter Kontrolle zu bringen. 2022 betrugen diese 39 Prozent, 2023 lagen sie bis August bei weiteren 18 %. Bei den Lebensmitteln müssen etwa 80 % importiert werden, während es vor 5 Jahren nur etwa 70 % waren.“⁵⁶

Der Stellvertretende Premierminister und Minister für Wirtschaft und Planung, Alejandro Gil Fernández sagte, indem er „die Priorität und den Umfang der Regierungsprojektionen für 2024“ vorstellte, dass es „nicht allein um Preiserhöhungen“ gehe, „sondern um die notwendige Ankurbelung der Produktionstätigkeit, die Steigerung der nationalen Produktion, der Exporte

⁵³ Wolfgang Mix: „Wir haben keine Kultur der Produktion“, in: Cuba libre, Ausgabe 1-2024, S. 22

⁵⁴ Wolfgang Mix, a.a.O., Cuba libre, S. 22

⁵⁵ Wolfgang Mix, a.a.O., Cuba libre, S. 22

⁵⁶ Wolfgang Mix: a.a.O., Cuba libre, S. 21

und der Deviseneinnahmen sowie die makroökonomische Stabilisierung. „Es gehe nicht darum, die Preise um ihrer selbst willen zu erhöhen, sondern darum, das Sparen zu fördern, die Ressourcen effizienter zu nutzen (...) „Das ist der Sinn der Tarife und Preise, die wir aktualisieren, denn sie wurden im Laufe der Zeit von den Kosten abgekoppelt, so dass heute in Wirklichkeit die Verschwendung gefördert wird.“⁵⁷

Es gibt nicht genug Reis, nicht genug Eier, nicht genug Futtermittel⁵⁸, aber es liegen 250 000 Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche brach. Was tut eine Planwirtschaft in einer solchen Situation und was tut eine kapitalistische Wirtschaft einer solchen Situation?

Die Planwirtschaft setzt am Nutzen an, d.h. im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, dass diese Produkte produziert werden müssen, also müssen Menschen in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften oder – besser noch – in volkseigenen Gütern die Brachen erschließen und das Ackerland bestellen. Bei einer guten gesellschaftlichen Planung ist eine diesbezügliche Kampagne möglich, es gibt genug Beispiele dafür. Der Gebrauchswert steht im Vordergrund und vor allem die „gesamtwirtschaftliche Rentabilität“, nicht die kurzfristige Rentabilität eines einzelnen Betriebes. Auch wenn die Urbarmachung der Ländereien zunächst Ressourcen beansprucht und eventuell nicht sofort zu einem riesengroßen Nutzen führt, so ist auf die Strecke die gesellschaftliche Rentabilität größer als der heutige Ist-Zustand.

Und im Kapitalismus? Da muss sich schon die Urbarmachung der 250 000 Hektar brach liegenden Landes „lohnen“, denn der Unternehmer tut nur etwas, wenn es Gewinn verspricht. Und man macht das Land nur urbar, wenn der darauffolgende Anbau von Ackerfrüchten ausreichende Gewinnen verspricht. Hier steht nicht der Gebrauchswert im Vordergrund, sondern der Profit – und der muss sofort da sein. Langfristige Entwicklungsprojekte binden

⁵⁷ „Ministerrat: Sich allem entgegenstellen, was vom Geist der Revolution abweicht“, Zusammenfassung der ersten Sitzung des kubanischen Ministerrats in diesem Jahr von Leticia Martinez Hernández; aus: Granma Internacional, deutsche Ausgabe, Februar 2024, S. 5

⁵⁸ ...und Mangel an noch einigem anderen, zum Beispiel Treibstoff, aber das hat nicht direkt etwas mit der Landwirtschaft zu tun, deshalb lassen wir diese Bereiche hier unerörtert.

Kapital und verhindern so eine schnelle Realisierung von Profiten, eine dynamische Kapitalakkumulation. Also meint der kubanische Minister für Wirtschaft und Planung, Alejandro Gil Fernández, dass dafür Preiserhöhungen der Waren der richtige Weg seien, anders ausgedrückt, dass die „kleinen Leute“ die Zeche zahlen sollen.

Etwas anderes wäre der bundesdeutschen FDP auch nicht eingefallen.

Soziale Spannungen und prokapitalistische Propaganda:

„...letztendlich steht immer die Idealvorstellung dahinter, dass alle gleich wenig oder gleich viel haben sollen. Das war zu den Zeiten der Sonderperiode auch mehr oder weniger der Fall, als wirklich das Wenige, was es gab, gleichmäßig verteilt war und die Zahl der Privilegierten, die Zugang zu Devisen hatten, relativ gering war. Inzwischen ist es aber nicht mehr so, und das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Die Situation ist, „...dass es solche gibt, die arbeiten und sich etwas leisten können, solche, die hart arbeiten und sich nichts leisten können und solche, die nicht arbeiten und sich trotzdem viel leisten können.“⁵⁹

Es ist bitter feststellen zu müssen, dass es die kubanische Führung war, die diese Verhältnisse mit ihren kapitalistischen Reformen hergestellt hat. Aber machen wir weiter mit dem Unmut der Bevölkerung:

„Ein Teil der Bevölkerung gibt diesen Mipymes die Schuld an der Inflation und an allen sozialen Asymmetrien, die es zur Zeit gibt, der andere Teil sieht in ihnen die Möglichkeit, der Wirtschaft einen Impuls zu geben, Arbeitsplätze und Reichtum zu schaffen. ... Viele sind aber besorgt ob der schieren Menge dieser Unternehmen, die in so kurzer Zeit entstanden sind, so dass sie, was die reine Zahl angeht, die staatlichen bereits übertreffen.“⁶⁰

Da muss die kubanische Regierung natürlich gegensteuern. Vor einigen Jahren - ich finde die Quelle leider nicht wieder, muss die Äußerung von Miguel Díaz Canel also aus dem Kopf wiedergeben – hat er gegen die Kritik an dem Erstarken des privatwirtschaftlichen Sektors in der Wirtschaft geantwortet: „Sind das etwa keine Kubaner? Wir sind doch alle Kubaner!“ Und heute

⁵⁹ Renate Fausten, a.a.O., Cuba libre, S. 15

⁶⁰ Renate Fausten, a.a.O., Cuba libre, S. 15

macht man bösartige Manipulationen von „Akademikern“ aus dem Ausland dafür verantwortlich, dass manche die Ursache für die wirtschaftlichen Probleme in Kuba im wachsenden Privatsektor sehen. Hier einige Beispiele.

„Wir lesen häufig Artikel, die von Akademikern verfasst und in ausländischen Medien veröffentlicht werden, die von der schweren Wirtschaftskrise sprechen, die unser Land durchmacht. Unter anderem werden hohe Inflation, Versorgungsengpässe und Energieknappheit erwähnt, und dann wird uns erzählt, wie schlimm dies für den Durchschnittsbürger ist. ... Ein aufmerksamer Leser könnte sich fragen: Was ist der Sinn einer solchen Erklärung des Offensichtlichen? Nun sagen wir, es handelt sich nicht um eine Binsenweisheit im eigentlichen Sinne, sondern um ein Hilfsmittel, um eine bestimmte Meinung zu konstruieren. Und ist die Krise nicht real, könnte derselbe Leser fragen. Doch, die Krise ist real, aber nicht der Diskurs, der darüber geführt wird. ... Auch die Methode des 'falschen Dilemmas' wird verwendet, die darin besteht, nur zwei mögliche Optionen zu präsentieren, die fast immer entgegengesetzt sind, während es in Wirklichkeit andere Alternativen gibt, die nicht berücksichtigt werden. Dies haben wir zum Beispiel in Texten gesehen, die die Meinungsmatrix verstärken, indem sie die Krise auf das aktuelle Wirtschaftsmodell Kubas schieben. ... Schließlich soll durch das Weglassen zahlreicher Beweise, die nicht mit dem Wirtschaftsmodell zu tun haben, der so genannte „single cause fallacy“ erreicht werden. Dieser besteht darin von einer einzigen Ursache auszugehen, während es sich in Wirklichkeit um die Kombination mehrerer Ursachen handelt.“⁶¹

„Die Vielfalt der Probleme 'führt zu Verhaltensweisen, welche die allgegenwärtige Blockade verstärken durch Passivität, Apathie, Unsensibilität, Unfähigkeit oder ganz einfach Müdigkeit und Mangel an Glauben' stellte Präsident Diaz-Canel im August (2023; d.Red.) fest. Die kleinen und mittleren Privatbetriebe, 'Mipymes' genannt, die eine stärkere Rolle in der Produktion spielen sollen, haben dieses Ziel bestenfalls in kleinen Teilbereichen erreicht. Sie unterliegen weitgehend den gleichen Bedingungen, den Beschränkungen, dem Mangel an Ressourcen und an Kapital wie die Staatsbetriebe. Wo sie Erfolge erzielen, verstärken sie die soziale Ungleichheit und werden nicht zuletzt

⁶¹ Antonio Rodriguez Salvador: Wirtschaft und Desinformation; in: Granma Internacional, deutsche Ausgabe, Februar 2024, S. 2

deshalb kontrovers diskutiert oder stoßen auf Vorbehalte. Eine Ausweitung dieser Produktionsform könnte das soziale Gefüge der vom Anspruch her immer noch egalitären Gesellschaft Kubas in Frage stellen und erodieren lassen. ... Gegenwärtig erlebt das Land eine Auswanderungswelle ... ⁶²

„Díaz-Canel wies die Versuche der Feinde der Revolution zurück, die Projektionen der kubanischen Regierung als neoliberale Paket darzustellen...“ ⁶³

Das klingt in der Zusammenfassung der ersten Sitzung des Ministerrats von Leticia Martínez Hernández in diesem Jahr, hier konkret die Zusammenfassung des Referates des Premierministers Manuel Marero Cruz, in der Granma Internacional, so ⁶⁴: *„Es gehe um die ‚Umgestaltung des institutionellen regulatorischen und organisatorischen Umfelds der Wirtschaft. ... Das größte Risiko bestehe darin, sich nicht zu verändern und umzuwandeln.‘“* ⁶⁵ *„Das Szenario wird sich nicht ändern, es wird sehr komplex sein, aber wir müssen unsere Wirtschaft umgestalten und wir werden ermutigt durch die Beispiele von Menschen, von Kollektiven, von Organisationen, die unter denselben schwierigen Bedingungen die Dinge anders gehandhabt haben, die nach Alternativen gesucht haben. ... Jedes Mal, wenn wir sehen, dass etwas aufgrund der Haltung eines Kaders stecken bleibt, können wir das nicht zulassen.“* ⁶⁶

Wir sehen hier eine sehr interessante Sprache: Es wimmelt von Begriffen wie „Umgestaltung“, „verändern“, „umwandeln“, wir „werden ermutigt“, weil es Leute gibt, die „die Dinge anders gehandhabt haben“ und die „nach Alternativen gesucht haben“. Kein Wort darüber, wohin denn umgewandelt und verändert werden soll, in welcher Richtung Dinge anders gehandhabt werden sollen und wie eine Alternative aussieht. Mehr Nebelvorhang geht nicht. Nur in einem ist der Text sehr deutlich, in der Androhung von Repression: *„Jedes Mal, wenn wir sehen, dass etwas aufgrund der Haltung eines Kaders stecken*

⁶² Wolfgang Mix, a.a.O., Cuba libre, S. 22f.

⁶³ „Ministerrat: Sich allem entgegenstellen, was vom Geist der Revolution abweicht“, a.a.O., Granma Internacional, deutsche Ausgabe, Februar 2024, Wiedergabe einer Äußerung von Präsidenten der Republik Kuba, Miguel Díaz Canel, S. 4

⁶⁴ „Ministerrat: Man muss sich allem entgegenstellen...“, Minister für Wirtschaft und Planung, Alejandro Gil Fernández, Ebenda, S. 4 f.

⁶⁵ Derselbe, Ebenda, S. 5

⁶⁶ „Ministerrat: Man muss sich allem entgegenstellen...“, Premierminister Manuel Marero Cruz, Ebenda, S. 5

bleibt, können wir das nicht zulassen.“ Im Klartext: Wenn sich ein Kader gegen die privatwirtschaftlichen Maßnahmen sträubt, gibt es Ärger.

Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt:

Die folgenden Zitate aus „Cuba libre“, Ausgabe 1-2024, stammen aus einem Artikel von Javier Gómez Sánchez. Er ist ein Kubanischer Film- und Fernsehregisseur, sowie Dekan der Medienfakultät der Kunsthochschule ‘Instituto Superior de Arte’ in Havanna. Dieser Artikel wurde am 10.11.2023 veröffentlicht auf ‘telegraph’ und im Januar 2024 deutschsprachig in „Cuba libre“.

„Vor dreieinhalb Jahren, im Mai 2023, wurde in der Zeitung Granma ein Artikel von Carlos Luque Zayas Bazán mit dem Titel „La bondad neoliberal de los entusiastas consejeros“ (Die neoliberale Güte der begeisterten Berater) veröffentlicht. ...

Die ‘Mipymes’ waren noch nicht zugelassen, und erst recht hatten sie die alten staatlichen Geschäfte ... noch nicht beinahe vollständig ersetzt; das kleine Wort ‘Mipymes’ ... tauchte auf wie ein Zauberstab, wie die (erzwungene) Lösung für alle unsere Probleme. Joe Biden war noch nicht Präsident der Vereinigten Staaten und in der Ukraine war der Krieg noch nicht ausgebrochen. ... Es waren noch nicht Hunderttausende von Kubanern an der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze angekommen. Es war noch nicht zu einer Privatisierung der neuen Art gekommen, bei der nicht die Infrastruktur privatisiert wird, sondern das Management, das Geschäft und die Gewinne. Es war noch niemand auf die Idee gekommen, den Unsinn des ‘sozialistischen Privatunternehmens’ zu verbreiten und auch niemand, dem Beifall zu spenden. Kommerzielle Werbung wurde in staatlichen Medien noch nicht als unverzichtbar für ein modernes Land angesehen, Medien, in denen vor Jahren die Reden von Fidel Castro live übertragen worden waren. Wir hatten noch nicht entdeckt, dass die Dialektik, wie sie von den marxistischen Theoretikern vorgeschlagen wurde, auch zur Auslöschung des Marxismus eingesetzt werden kann. Es gab keine Foren von Geschäftsleuten mit der Unterstützung freundlicher ausländischer oder inoffizieller kubanischer Stellen, noch gab es Versammlungen fröhlicher junger Kapitalisten noch welche von fröhlichen kapitalistischen Jugendlichen.

Der Artikel von Carlos Luque Zayas Bazán ließ aber schon damals die Gefahren all dessen erahnen, was wir seitdem erlebt haben. Als er veröffentlicht wurde, war die Reaktion heftig.

Alle konterrevolutionären Übergänge zum Kapitalismus brauchen eine intellektuelle Front, um die notwendige subjektive Unterstützung für die ideologische Abkehr vom Sozialismus und die kulturelle Akzeptanz des Kapitalismus zu schaffen. ... Die US-Regierung hat zusammen mit dem Versuch, eine regierungsfeindliche kubanische Zivilgesellschaft aufzubauen (was ihr nicht vollständig gelang) in Kuba eine organische Intelligenz für den Übergang zum Kapitalismus aufgebaut. Über einen Zeitraum von mehreren Jahren hat sie ... Gruppen von Individuen und Bereiche der Intelligenz, der Wissenschaft und des wirtschaftlichen Denkens in unserem Land unterwandert und für sich gewonnen. ...

Das Jahr 2020 war noch ein Zwischenstadium zwischen dem Moment, in dem Instrumente der Einflussnahme auf die kubanische Intelligenz, wie das 'Ideenlabor' Cuba Posible (2014-2019), ein Verlagsprojekt, das während der Ära Obamas mit der Finanzierung der 'Open Society' funktionierte, ihre Aufgabe erfüllt hatten und nicht mehr notwendig waren, weil danach dieselben Räume der kubanischen institutionellen Presse und ihre Autoren die Übergangssprache, die ihnen eingeimpft worden war, als etwas Natürliches annahmen und ansahen.

Zu dem damaligen Moment wurde auf den Artikel, die ihn veröffentlichenden Medien und seinen Autor alle Kräfte geworfen, die im kubanischen Orbit als kapitalistischer intellektueller Verteidigungsmechanismus vorgesehen waren, um jeden Versuch eines sozialistischen intellektuellen Widerstandes anzugreifen und zu neutralisieren: Beleidigungen, Artikel, Veröffentlichungen in Sozialen Netzwerken, alle Medien der Konterrevolution, von denen der Sozialdemokratie bis zu denen der offensten und aggressivsten, von den größten bis zu den theoretischsten, einschließlich der 'Kubanologen', schlossen sich zusammen, um den zu vernichten, der dies gewagt hatte. Dies mit der Absicht, einen lähmenden Terror zu verbreiten.

Der Autor veröffentlichte anschließend keine weiteren Beiträge mehr, Granma griff das Thema nie wieder auf, und niemand sonst besaß die Kühnheit,

den Versuch zu unternehmen, einen kritischen Gedanken darüber zu formulieren. ...

Wir haben von der realen Möglichkeit eines Übergangs zum Kapitalismus und dem allmählichen Verlust des realen Ausdrucks des Sozialismus zu sprechen, in einem kubanischen, nationalen und alltäglichen Szenario, für dessen Bevölkerung der Kapitalismus etwas immer Konkreteres und der Sozialismus etwas immer Abstrakteres ist. Der Kapitalismus ist nie ohne Intellektuelle ausgekommen und kein Sozialismus hat je ohne sie überlebt.“⁶⁷

Soweit Javier Gómez Sánchez in Cuba libre, Ausgabe 1-2024.

Im Sonderheft „Kuba. Analyse der `Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells‘“ von 2020 hatte ich geschrieben: „*Mir ist wichtig, dass der Prozess der Erosion der Planwirtschaft sichtbar wird und ich möchte ebenfalls zeigen, dass unsere Theorie, der Marxismus-Leninismus, in der Lage ist, solche Prozesse in ihrer Entstehung zu erkennen und die Entwicklungsrichtung aus deren innerer Logik heraus ziemlich genau vorhersagen zu können. Die Kraft unserer Theorie ist einzigartig. Wir müssen sie nur anwenden. ...*

Die Maßnahmen der Wirtschaftsreformen in Kuba gleichen denen Gorbatschows wie eine schlechte Kopie. Das Tempo nimmt zur Zeit zu. Die Planwirtschaft ist inzwischen so gut wie abgeschafft, das Wertgesetz wird zum Regulator der Produktion ausgerufen und die kubanische Regierung ergreift alle Maßnahmen, um das durchzusetzen.

Kleine aktuelle Bemerkung: Die Mipymes genießen in Kuba Verfassungsrang! Sieh Fußnote 13. Aber weiter mit dem Text von 2020:

30 Jahre nach der Konterrevolution in Europa in einem sozialistischen Land die Maßnahmen zu kopieren, die den Sozialismus in Europa sturmreif geschossen haben, kann weder Dummheit noch Zufall sein. Es müssen Konterrevolutionäre am Werk sein, und sie kommen nicht als Invasoren mit Waffengewalt von außen, sondern sind groß geworden im Innern, in der Partei. Trotzdem haben sie Namen, Anschrift und Gesicht. Ich nenne jetzt nur drei. Natürlich können diese drei das nicht allein bewerkstelligt haben, sondern nur mit

⁶⁷ Javier Gómez Sánchez: Was können wir tun – zerstören oder kämpfen; in: Cuba libre, 1-2024, S. 26f.

vielen Helfershelfern, aber diese drei haben Schlüsselpositionen besetzt: Marino Murillo Jorge, Leiter der Kommission zur Umsetzung der Leitlinien (der Wirtschaftsreformen, d.Red.), Alejandro Gil Fernandez, Wirtschaftsminister und Miguel Díaz-Canel, Präsident Kubas.“

Es ist wirklich furchtbar. Die Tentakel des Kapitalismus sind überall in der kubanischen Wirtschaft angekommen und eine Umkehr dieser Entwicklung ist wahrscheinlich nicht möglich, denn die Partei ist ja die treibende Kraft dieser prokapitalistischen Entwicklung. Sicherlich, in manchen Andeutungen werden Widerstände erkennbar, aber dass daraus eine ernst zu nehmende Kraft erwachsen könnte, scheint sehr fraglich, denn dazu bräuchte es eine organisatorische Kraft neben der Partei, was kaum zu machen sein wird. Ich mag mir kaum ausmalen, was über Kuba im Falle einer offenen, siegreichen, die Reste von Sozialfürsorge weglegenden Konterrevolution hereinbrechen und welche weitere weltweite Depression der kommunistischen Bewegung darauf folgen wird.

Tim Schoenmakers: Die kubanische Bourgeoisie erhebt ihr Haupt – Auswertung einer Reise (Mai 2024)

In der kommunistischen Bewegung gibt es zurzeit ein sehr ungeklärtes Verhältnis zu den anhaltenden Marktreformen in Kuba zulasten der Arbeiterklasse und dem darauffolgenden konterrevolutionären Prozess.

Exemplarisch heißt es in der Grundsatzerklärung der neu gegründeten Europäischen Kommunistischen Aktion (EKA), dass sie „*die Solidarität mit Kuba und dem kubanischen Volk gegen die Blockade und die imperialistischen Pläne der USA und der EU verstärken*“ und sich „*für ein Ende der Blockade und alle Formen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas*“ einsetzen will.⁶⁸

Die entstandenen wirtschaftlichen Probleme in Kuba werden allein dem US- und EU-Imperialismus angelastet. Über die Entstehung einer eigenen, nationalen Bourgeoisie in Kuba als zentrales Problem der entstandenen wirtschaftlichen Entwicklung, schreibt die EKA nichts.

⁶⁸ Europäische Kommunistische Aktion, Grundsatzerklärung. Zitiert nach: offen-siv 1-2024, S. 10.

In der Zeitung der Schwedischen Kommunistischen Partei (SKP) findet man kritischere Töne gegenüber der kubanischen Regierung: Im Dezember 2023 weist sie auf die derzeitige Rezession der kubanischen Wirtschaft hin und nennt auch gleich eine Teil-Ursache: *„Anfang dieses Monats wurde ein Gesetzesentwurf vorgestellt, der die Rolle der staatlichen Unternehmen in der kubanischen Wirtschaft grundlegend verändern soll. Diese ähneln stark den Wirtschaftsreformen, die in den 1960er Jahren dazu beitrugen, die Planwirtschaft zu untergraben [...]“*⁶⁹

Mit der Benennung von einzelnen Marktreformen – hier im Bereich des Staatssektors, der keinem gesamtwirtschaftlichen Plan mehr unterliegt – wird die konterrevolutionäre Entwicklung in Kuba zum Teil anerkannt.

Nachfolgend soll zum einen der ökonomische Transformationsprozess der kubanischen Ökonomie in Ansätzen nachvollzogen, und zum anderen mit konkreten Eindrücken, die kürzlich aus einer Kuba-Reise gewonnen wurden, untermauert werden.

Der Start der grundlegenden ökonomischen Veränderungen in Kuba wird mit dem Zeitraum von 2008 bis 2010 datiert. Nachdem die kubanische Regierung im Jahr 2008 wichtige Ministerposten in Bereichen der Ökonomie neu besetzen ließ, privatisierte sie zwei Jahre später im Rahmen eines „Aktualisierungsprozesses“ einzelne staatliche Betriebe, die zu selbständigen Kooperativen umgewandelt wurden.⁷⁰ Dies geschah zunächst vorrangig in der Landwirtschaft, in der sich selbstständig gemachte Bauern zusammenschlossen, aber auch im Kleinindustrie- und Dienstleistungsbereich.⁷¹ Neben dieser Entstehung eines „nicht-staatlichen Sektors“, der rasch betriebswirtschaftlich-rentabel ausgerichtet worden war, wurden im staatlichen Sektor ebenfalls Befugnisse, die vorher der gesamtwirtschaftliche Plan innehatte, einzelnen Betrie-

⁶⁹ Riktpunkt. <https://riktpunkt.nu/2023/12/kubas-ekonomi-fortsatt-i-recession-bnp-sjonk-med-1-2-procent-2023/>

⁷⁰ Vgl. Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma Internacional, 29.04.2011. Zitiert nach: offen-siv 10-2020, S.29.

⁷¹ Vgl. Granma international. Dezember 2010, „In diesem Prozess entscheidet das Volk“ von Yalma Puig Meneses und Leticia Martinez Hernandez über eine viertägige Tagung in der Parteihochschule über den Entwurf der neuen Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zitiert nach offen-siv 10-2020, S. 30.

ben, sowie „örtlichen Verwaltungsräten“ übertragen.⁷² Im Zeitraum zwischen 2008 und 2010 ließ man noch weitere kleinere Produktionsmittel privatisieren. Das waren z.B. in der Landwirtschaft: Macheten, Pflüge, Sicheln und Eggen, die von Bauern auf dem Markt gekauft werden konnten.⁷³

Durch die Privatisierungen in Industrie und Landwirtschaft stellten die betreffenden Produktionsmittel kein gesellschaftliches Eigentum mehr dar und zirkulierten als Waren in der kubanischen Wirtschaft.

Als Ware wurde früh auch die Arbeitskraft behandelt: Man nannte dies „Arbeit auf eigene Rechnung“. 2011 waren es schon 35% der Arbeiter, die solch einer Beschäftigung nachgingen.⁷⁴

Die Jahre darauf ließ die kubanische Regierung die Gründung von privatwirtschaftlichen Unternehmen in diversen Bereichen der Industrie zu: Fischerei, Bauwirtschaft sowie bei Transport und Dienstleistungen.⁷⁵ In der Landwirtschaft wurden 2012 „*abertausende Hektar staatlichen Bodens*“ privatisiert.⁷⁶ Neben der Zunahme des Privatsektors wurden die Staatsbetriebe gänzlich umgestaltet: Im Jahr 2013 wurde ein Beschluss gefasst, der es Staatsbetrieben erlauben sollte, 50 Prozent ihres Gewinns zu behalten und zu reinvestieren.⁷⁷ Verschärft wird die Situation durch die Sonderwirtschaftszone Mariel, die 2014 ins Leben gerufen wurde, um ausländisches Kapital anzuziehen, aber auch um Kooperationen inländischer Unternehmen zu fördern.

Marino Murillo Jorge, Vizepräsident des Ministerrates, bringt die entstandene ökonomische Entwicklung mit seiner politischen Zielstellung auf dem Punkt:

⁷² Ebenda

⁷³ Vgl. Neues Deutschland, 14.04.2008, „Kuba will Selbstversorgung ausbauen“ von Leo Burghardt. Zitiert nach offen-siv 10-2020, S. 33.

⁷⁴ Vgl. jW, 24.07.2013, „Besseren Sozialismus durch mehr Sozialismus“. Interview mit Blanca Rosa Pampin, Vizepräsidentin der Nationalen Assoziation der Ökonomen und Buchhalter Kubas, das Interview führte André Scheer. Zitiert nach offen-siv 10-2020, S. 32.

⁷⁵ Vgl. Neues Deutschland, 27.12.2012, „Kuba sucht seinen eigenen Weg“ von Leo Burghardt. Zitiert nach offen-siv 10-2020, S. 36.

⁷⁶ Ebenda

⁷⁷ Vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung, 30.07.2013, „Kuba im Gründungsfieber“ von Klaus Ehringfeld. Zitiert nach: offen-siv 10-2020, S. 38.

Ein kubanischer Betrieb müsse seiner Ansicht nach: „*produzieren, verkaufen, kassieren und Gewinn haben*“.⁷⁸

Im Ergebnis wird die betriebswirtschaftliche Rentabilität zum Motor der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Kubas, was die grundsätzliche Dezentralisierung und Entmachtung des Plans zur Folge hat. Das Wertgesetz reguliert die Produktion, es entsteht eine Bourgeoisie sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie. Der kubanische Staat, vertreten durch die Kommunistische Partei Kubas, verwaltet den konterrevolutionären Prozess als ideeller Gesamtkapitalist.

Der schrittweise ökonomische Transformationsprozess hatte und hat einige Massenentlassungen zur Folge.⁷⁹ Ebenso ist die Ausweitung der Warenzirkulation für die anhaltende Versorgungsknappheit und die steigenden Lebensmittelpreise verantwortlich.⁸⁰ Auch wurden die Transferleistungen stets verringert, d.h.: Lohnkürzungen, Rentenkürzungen, Kürzungen von Sozialleistungen, usw.^{81,82}

Was bedeuten die Marktreformen für die gesellschaftlichen Beziehungen zueinander? Das habe ich mir kürzlich mit meiner Familie im Rahmen einer Kuba-Reise ansehen können. Auf unserer Reise vom 11.03. bis 18.03. haben wir hauptsächlich die Stadt Havanna gesehen, neben einem Tagesausflug in Viñales zu einer Landwirtschaftsfarm.

Deutlich zu erkennen war im Rahmen einer Stadtrundfahrt die verfallene Infrastruktur: marode Straßen, kaum Busverbindungen, Sammeltaxis, Schlangen

⁷⁸ Granma internacional, August 2013, „Die Entwicklung ist der Grundgedanke der Revolution, Bericht von der Abschlusssitzung der 1. Tagung der 8. Legislaturperiode der Nationalversammlung“ von Oscar Sanchez Serra. Zitiert nach: offen-siv 10-2020, S. 38.

⁷⁹ Vgl. jW, 15.09.2010, „Entlassungen in Kuba. Systemfrage.“ von André Scheer. Zitiert nach: offen-siv 10-2020, S. 33.

⁸⁰ Vgl. Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kubanischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29.04.2011. Zitiert nach: offen-siv 10-2020, S. 35.

⁸¹ Vgl. Granma internacional, August 2016, „Bericht von der Ansprache von Marino Murillo Jorge, Vizepräsident des Ministerrates und Minister für Wirtschaft und Planung“ von Sheyla Delgado Guerra di Silvestrelli, Yudy Castro Morales und Lissy Rodriguez Guerrero. Zitiert nach: offen-siv 10-2020, S. 51.

⁸² Vgl. Neues Deutschland, 27.12.2012, „Kuba sucht seinen eigenen Weg“ von Leo Burghardt. Zitiert nach offen-siv 10-2020, S. 36.

vor Geldautomaten sowie unzureichende Strom- und Wasserleitungen. Für günstigeres Telefonieren und Internet wollten wir uns eine kubanische SIM-Karte besorgen. Wir haben dafür eine Filiale des Staatskonzerns „ETECSA“ aufgesucht. Wir standen zwar ungefähr zwei Stunden an, erhältlich waren SIM-Karten jedoch trotzdem nicht.

Wenn Betriebe *„produzieren, verkaufen, kassieren und Gewinn haben“* sollen, wie es Marino Murillo Jorge beschreibt, sind die Versorgungsengpässe vorprogrammiert. Eine Ware – wie in unserem Beispiel die kubanische SIM-Karte – hat Gebrauchswert und Wert, wobei die Realisierung dessen Werts das Bestimmende ist. SIM-Karten oder andere Elektronikwaren kann der Staatskonzern „ETECSA“ nur verkaufen, wenn sich die zu produzierenden Waren auch verwerten lassen. Das gilt auch dann, wenn vor dem Geschäft eine Schlange steht.

Auffällig war der Schwarzmarkthandel in Havanna, der eine Konkurrenz zum „offiziellen“ Markt darstellt. Man bot uns ständig ein vermeintlich günstiges Taxi, eine Oldtimerfahrt oder kubanische Zigarren an. Ebenso bemerkten wir in weiteren Spaziergängen der kommenden Tage durch Havanna einerseits an jeder zweiten Straßenüberquerung Bettler, die einem nach Pesos, Euro oder Dollar fragten und andererseits eine reiche Oberschicht, die sich die importierten Autos aus Russland, China sowie den USA oder Westeuropa leisten kann.

Dies verdeutlicht einerseits die fortgeschrittene antagonistische Spaltung der kubanischen Gesellschaft in Klassen, andererseits die Öffnung der kubanischen Wirtschaft für Importe aus dem imperialistischen Ausland. Restaurants, Taxis und ähnliche Dienstleistungen, die wir in Havanna in Anspruch genommen haben, waren neben der einheimischen Währung auch mit dem Euro und Dollar bezahlbar.

Bei einem Ausflug nach Viñales haben wir die kubanische Landwirtschaft näher kennengelernt sowie einiges weitere über die gesellschaftlichen Beziehungen in Erfahrung gebracht. Während der Busfahrt von Havanna nach Viñales erzählte uns eine Kubanerin, die uns durch den Ausflug geführt hat, wie schlecht es doch im Sozialismus sei. Dies verknüpft mit einer Suggestivfrage: *„Wollen sie stattdessen ein Leben ohne Strom, ohne Nahrung und ohne Kleidung?“* Sie sei 2021 wegen der Versorgungsprobleme gegen die kubanische

Regierung mit auf die Straße gegangen und beschwerte sich dabei über die angeblich noch zu wenigen Möglichkeiten kubanischer Unternehmen, sich zu bereichern – vor allem in der Landwirtschaft.

Während der Busfahrt Richtung Viñales sah man tatsächlich zahlreiche brach liegende landwirtschaftliche Felder, die nicht bearbeitet werden. Doch darüber muss man sich nicht wundern, wenn die gemeinsame Nutzung von vergesellschafteten Produktionsmitteln in der Landwirtschaft durch die Einzelwirtschaft ersetzt wird. Der kubanischen Gesellschaft scheint man jedoch einreden zu können, dass der Sozialismus daran die Schuld trägt.

Darüber hinaus erzählte uns die Kubanerin, dass Kuba im Gegensatz zu anderen Behauptungen aufgrund fehlenden Personals eigentlich ein sehr miserables Gesundheitssystem hätte. Die kubanischen Ärzte wanderten mittlerweile für einen besseren Lohn nach Mexiko oder in die USA aus. Das erscheint als logisches Produkt der Öffnung der kubanischen Wirtschaft hin zum ausländischen Kapital.

Dann erreichten wir die Farm in Viñales. Sie stellt Zigarren und Honig her. Der Bauer der Farm erzählte unserer Gruppe, dass inklusive Traktor alle Produktionsmittel seiner Farm gehören. Die Farmen müssen 90% ihres Erlöses an den Staat abgeben. 10% dürfe der Bauer behalten. Allerdings, so erzählte uns der Bauer stolz, wurde eine Methode gefunden, die Abgabepflicht zu unterwandern und damit mehr für die Farm zu behalten.

Selbstverständlich hat der kubanische Staat, z.B. durch die Autonomie der Staatsbetriebe, längst bürgerlichen Charakter angenommen. Wie schnell sich jedoch der vermeintlich „sozialistische“ Staat im Bewusstsein der Bauern als Feind verankert hat, ist schon bemerkenswert.

An der Darstellung der kubanischen Revolution in den Museen können Rückschlüsse über die vorliegenden Verhältnisse gezogen werden.

An einem Tag besuchten wir das Museum „Centro Fidel Castro Ruz“, das 2021 neu errichtet wurde. Deutlich fiel der Personenkult um Fidel Castro auf, der nicht seinem revolutionären Wirken, sondern seinen „Ideen“ für „Menschlichkeit“ und „soziale Gerechtigkeit“ galt. Die während der Revolution erfolgte Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Kollektivierung der Landwirtschaft war zu keinem Zeitpunkt Thema. Viel mehr ging es um Tref-

fen, die Fidel Castro mit anderen Staats- und Regierungschefs hatte, um Waffentypen, die während der Revolution benutzt wurden, um Fidel Castros Medaillen, um Stühle, auf denen er gesessen hat, usw. usf.

Ähnlich personengebunden war auch der Inhalt des Hauses von Che Guevara, dass wir an einem anderen Tag besucht hatten. Uns wurde abstrakt sein Lebenslauf nähergebracht, sein Talent für das Schach-Spielen und die Geräte (z.B. Schreibmaschine), die Che benutzt hat. Es hing sogar ein Portrait aus, was Che Guevara mit Jesus gleichsetzen sollte.

Gleichzeitig begegnet man auf der Straße zahlreichen Propagandaschildern für die kubanische Revolution. Doch für was genau – was *Inhalt* der damaligen Revolution war, erfährt man so gut wie gar nichts. Schließlich müssen die vorherrschenden Verhältnisse abgesichert und somit alles, was in der kubanischen Geschichte konkret mit Sozialismus zu tun gehabt hat, uminterpretiert oder gar verschwiegen werden.

Zusammenfassend kann man zum konterrevolutionären Prozess in Kuba sagen, dass sich die Bourgeoisie ökonomisch durchgesetzt hat und nun alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Kuba bestimmt. Sowohl was den Transformationsprozess – von einer planwirtschaftlichen Ökonomie, hin zu einer warenproduzierenden, d.h. kapitalistischen Ökonomie –, als auch was den kubanischen Alltag angeht, deutet in Kuba nichts mehr auf eine sozialistische Wirtschaft hin.

Für uns Kommunisten zeigt sich darin ein weiteres Mal, dass es keine „sozialistische Marktwirtschaft“ geben kann. Statt klassenneutral „*Solidarität mit Kuba*“ auszurufen, wie es die EKA in ihrer Stellungnahme tut, sollten wir die kapitalistische Entwicklung in Kuba zur Kenntnis nehmen. Es ist Solidarität mit der kubanischen Arbeiterklasse zu üben. Sie ist mehrheitlich noch im Sozialismus aufgewachsen und lernt nun den Kapitalismus auf die harte Tour kennen.

***Red. offen-siv: Das Gaesa-Konsortium*⁸³ (2026)**

Das GAESA-Konsortium wurde 1990 inmitten der sogenannten [Período Especial](#) in Kuba gegründet. Nach dem Ende des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und dem Ende der Sowjetunion brachen quasi von heute auf morgen Kubas wesentliche Außenhandelspartner weg. Dem Militär wurde damals am ehesten ein effizientes Wirtschaften zugetraut. Demzufolge wurde ihm die neue [devisenorientierte](#) Wirtschaft übertragen. Leiter der neuen Unternehmensgruppe wurde [Luis Alberto Rodríguez López-Calleja](#), Schwiegersohn des damaligen Verteidigungsministers [Raúl Castro](#). Unter dessen Präsidentschaft ab 2008 wurde Bedeutung und Einfluss der GAESA stetig ausgebaut. Heute unterstehen ihr die lukrativsten Teile der kubanischen Wirtschaft. Deswegen kam die Gesellschaft unter der US-Präsidentschaft von [Donald Trump](#) zunehmend in den Fokus für Erweiterung und Verschärfung des [Embargos gegen Kuba](#).[[]

Die GAESA Business Administration Group ist ein kubanisches [Geschäftskonglomerat](#), das den [kubanischen Streitkräften](#) gehört und von ihnen betrieben [wird](#). Es gilt als eine der „mächtigsten Institutionen“ des Landes. Es wird geschätzt, dass es mindestens 70% der kubanischen Wirtschaft kontrolliert, wobei das Einkommen dreimal höher ist als der Staatshaushalt.

GAESA hat vor allem Interesse an den Sektoren Tourismus, [Finanzinvestitionen](#), [Import](#), [Export](#) und Überweisungen an [die kubanische](#) Wirtschaft. Sein Portfolio umfasst in Panama gegründete Unternehmen. Es besteht aus Dutzenden von Unternehmen und ist auch in den Bereichen Hotel, Bauwesen, Hafenlogistik, Fischerei, Finanzdienstleistungen und Einzelhandel tätig. In Bezug auf die Hotellerie hat er die ausschließliche Kontrolle darüber, aus der er in der Vergangenheit Milliarden von US-amerikanischen und kanadischen Dollar an Einnahmen erzielt hat,

⁸³ Redaktion offen-siv: Der Text ist zusammengestellt aus den im Internet verfügbaren Informationsquellen wie wikipedia, Cubakunde, Cubaforum EU und anderen. Uns fehlen leider die Möglichkeiten und die Mittel, diese auf ihre unbedingte Verlässlichkeit und Richtigkeit zu überprüfen. Wir bringen diesen Text trotzdem, weil bei allen Eventualitäten sicherlich unstrittig ist, dass es Gaesa gibt, dass dieses Konsortium einen sehr großen Einfluss auf die kubanische Wirtschaft hatte und hat und dass das Ganze recht wenig mit Sozialismus zu tun hat.

Der Gesamtwert seiner Vermögenswerte ist Gegenstand der Debatte unter Experten. Laut [Miami Herald](#) besitzt GAESA, das als wirtschaftlicher Arm des kubanischen Militärs fungiert, bis August 2025 etwa 18.000 Millionen US-Dollar an Vermögenswerten. Die Forscherin Emily Morris, die in *The Belly of the Beast Cuba* schreibt, argumentiert jedoch, dass die durchgesickerten Dokumente zeigen, dass GAESA weniger als 1 Milliarde US-Dollar an Vermögenswerten besitzt. [Das Konglomerat wurde bis zu seinem Tod im Jahr 2022 vom kubanischen General Luis Alberto Rodríguez López-Calleja geleitet](#). GAESA wurde 1995 von Raúl Castro gegründet, um den kubanischen Streitkräften während der Sonderzeit eine finanzielle Basis zu bieten.

Liste der mit GAESA verbundenen Unternehmen

Military Historical Museums Complex - verwaltet historische Stätten [wie das Museum der Revolution](#).

TRD-Caribe - Geschäfte, die Produkte nur im Austausch gegen [Fremdwährung](#) verkaufen.

Gaviota (Gaviota S.A. Tourism Group) - kontrolliert einen Großteil des kubanischen [Tourismus](#).

[Aerogaviota](#) - Kubanische Fluggesellschaft.

RAFIN S.A. und die International Financial Bank.

Redaktion offen-siv: 18. Juni 2026 – Kuba verlässt endgültig den sozialistischen Weg und kehrt zum Kapitalismus zurück

Kuba hat ein Programm aus 176 Punkten beschlossen, das die Öffnung der Wirtschaft für nationales und internationales Kapital ohne Restriktionen oder hemmende Vorschriften ermöglichen soll. Vorbilder sollen China und Vietnam sein.

Einige konkrete Informationen⁸⁴:

⁸⁴ Informationen von „amerika21“ und der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Die Rolle der zentralen Planung wird auf „ein Instrument zur Diagnose, Prognose und Anpassung der Wirtschafts-Politik“ reduziert.

Freier Warenimport und -export für die Unternehmen, freier Arbeitsmarkt.

Die bisher noch vorhandenen Staatsbetriebe werden in Aktiengesellschaften umgewandelt, diese Aktien können von Privatpersonen und/oder ausländischen Investoren gekauft werden.

Die Unternehmenssteuern werden gesenkt.

Private Banken werden zugelassen, ein digitaler Devisenmarkt soll den Kapitalverkehr erleichtern.

Die Veräußerung staatlichen Grund- und Immobilienbesitzes an in- und ausländische Privatpersonen und Unternehmen ist vorgesehen. Auch bisher geschützte Liegenschaftsbereiche wie die Altstadt von Havanna, Trinidad oder die vorgelagerten Inseln sollen für Investitionen aller Akteure geöffnet werden.

In allen Bereichen, also auch im Energie-, Immobilien- Finanz- und Tourismussektor gilt in Kuba ab jetzt Freiheit für das private Kapital.

Das staatliche Außenhandelsmonopol entfällt.

Reiseagenturen, Autovermietungen und weitere touristische Dienstleistungen können von privaten Unternehmen betrieben werden.

Die Preise der Waren sollen über „Marktmechanismen“ gebildet werden.

Die „Libreta“, das Bezugsheft für Grundnahrungsmitteln zu subventionierten Preisen, wird abgeschafft. Für Strom, Wasser Brot, Transport und Treibstoff sollen die tatsächlichen Preise gezahlt werden – ohne Subventionen.

Die Löhne werden ab jetzt frei ausgehandelt.

Eine Mehrwertsteuer wird eingeführt

Diaz-Canel sagte dazu, die Wirtschaftsreformen seien „für den Fortschritt in der Verteidigung des Sozialismus, zur Unterstützung und Ausweitung sozialer Gerechtigkeit, zur Schaffung wirtschaftlichen Reichtums und zu einer gerechten Verteilung“ notwendig.

Diese Maßnahmen bedeuten das Ende. Kuba wird dem internationalen Kapital zum Fraß vorgeworfen und zu einem elenden, neokolonial unterdrückten Staat werden. Nur eine kubanische Kompradorenbourgeoisie wird ein paar Brosamen abbekommen.

Einige unserer Buchveröffentlichungen zum Thematik Revisionismus, Konterrevolution, Ökonomie des Sozialismus:

- Harpal Brar: Perestrojka. Der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus

2002, Zweite Auflage 2020, 341 Seiten, 16,- €

- Unter Feuer. Die Konterrevolution in der DDR

Autoren: Erich Buchholz, Klaus Eichner, Klaus Hesse, Kurt Gossweiler, Dieter Itzedrott, Hermann Jacobs, Heinz Keßler, Herrmann Leihkauf, Michael Opperskalski

2009, Zweite Auflage 2019, 230 Seiten, 12,- €

- Kurt Gossweiler: Wie konnte das geschehen? Band 1: Beiträge zur Faschismus- und Revisionismusanalyse

2017, 326 Seiten, 16,- €

- Hermann Jakobs: Nas NÖS als Widerspruch. Vier Arbeiten aus knapp zwei Jahrzehnten und ein Briefwechsel mit Wolfgang Berger, Berater Walter Ulbrichts aus dem Jahr 1965

2021, 184 Seiten, 13,- €

- Hermann Jacobs: Verkannte Dialektik. Ist der Kommunismus in der Übergangsperiode nach dem Kapitalismus noch eine Warenproduktion?

2023, 130 Seiten, 4 Euro

